

# WISO



WISO - Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen

---

ZEITLEISTE: Krise im Osten Europas

ÜBERBLICK: Der Tiroler Arbeitsmarkt im ersten Quartal 2014

WISO WISSEN: Wachstumskritik

WISO WESHALB: Deflationstendenzen im Euroraum

WISO TAX: Das Abgabenänderungsgesetz 2014

Voll- und Teilzeitarbeit in Tirol

IN ZAHLEN: Das erste Quartal 2014

---

WISO - WIRTSCHAFTS- und SOZIALSTATISTISCHE INFORMATIONEN  
Ausgabe 2014/ I  
Arbeiterkammer Tirol

Kontakt:  
Mag. Armin Erger  
Wirtschaftspolitische Abteilung  
[armin.ergger@ak-tirol.com](mailto:armin.ergger@ak-tirol.com)  
0800 - 22 55 22 DW 1453



AK-Präsident Erwin Zangerl

# Liebe Leserin, lieber Leser,

In der neuesten WISO-Ausgabe findet sich eine Reihe relevanter Artikel und Daten zum wirtschafts- und sozialpolitischen Geschehen.

Von der Krise in der Ukraine, der EU-Bankenunion, dem politischen Wandel in Italien und Frankreich, der Hypo-Alpe-Adria und der Tiroler Konjunktur: die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Monate werden kompakt zusammengefasst.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nehmen in Tirol zu. Wie verlief das erste Quartal 2014 am Tiroler Arbeitsmarkt? Sie finden auch Ergebnisse zu allen Tiroler Bezirken.

Was kritisiert eigentlich die „Wachstumskritik“? Was steckt hinter einer stärker werdenden Bewegung, die das derzeitige Wirtschaftssystem verändern möchte?

Europa durchlebt eine Phase niedriger Inflation. Was wären die volkswirtschaftlichen Gefahren einer Deflation im Euroraum?

Welche Änderungen gibt es im steuerlichen Bereich? Das Abgabenänderungsgesetz 2014 wird zusammengefasst erklärt.

In Tirol wandeln sich die Arbeitsformen: immer mehr Teilzeit, immer weniger Vollzeit. Wie sah die Entwicklung der letzten Jahre in den verschiedenen Branchen und Bezirken aus?

Die wichtigsten Daten und Kennzahlen zu den Themen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und vielem anderen mehr sind – wie gewohnt – am Ende der Ausgabe nachzulesen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

A handwritten signature in black ink that reads "Erwin Zangerl". The signature is written in a cursive style with a checkmark at the end.

# WISO 2014 I

## Inhalte

<b>ZEITLEISTE: Krise im Osten Europas</b> Krise in der Ukraine, Eurobanken im Test u.v.m	<b>Seite 5</b>
<b>Überblick: Der Tiroler Arbeitsmarkt</b> Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im ersten Quartal 2014	<b>Seite 19</b>
<b>WISO WISSEN: Wachstumskritik</b> Kritik am unbegrenzten Wirtschaftswachstum	<b>Seite 28</b>
<b>WISO WESHALB: Deflationstendenzen im Euroraum</b> Was sind die volkswirtschaftlichen Risiken von Deflation?	<b>Seite 30</b>
<b>WISO TAX: Abgabenänderungsgesetz 2014</b> Neues gesetzliche Regelungen bei der Steuer	<b>Seite 36</b>
<b>Vollzeit- und Teilzeitarbeit in Tirol</b> Die Beschäftigungsentwicklung in Tirol 2004 - 2011	<b>Seite 38</b>
<b>IN ZAHLEN: Das erste Quartal 2013/4</b>	<b>Seite 61</b>



# Krise im Osten Europas

Die Situation in der Ukraine löst Erinnerungen an den Kalten Krieg aus

Als im November 2013 auf dem Maidan, dem Hauptplatz der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Proteste gegen die Regierung von Präsident Wiktor Janukowitsch begannen, setzte sich damit eine Kettenreaktion in Gang, welche die Gefahr eines Krieges in Europa seit längerem als realistische Perspektive erscheinen lässt.

Kurz zur Abfolge der Ereignisse: Die Proteste entzündeten sich an der Nicht-Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der Europäischen Union und schaukelten sich im Laufe der nächsten Monate immer weiter auf.

Dabei wurde eine tiefe Spaltung der Ukraine offensichtlich: während der nördliche und westliche Teil der Ukraine einen westorientierten Kurs bevorzugt, sind die südlichen und östlichen Teile des Landes, in denen hohe Anteile von Russischsprachigen wohnen, für enge Beziehungen zu Russland. Gepaart mit Frustration über die korrupte Regierung und die schlechte wirtschaftliche Lage der Ukraine, ergab sich eine explosive Mischung.

Die Proteste in Kiew spitzten sich im Februar 2014 deutlich zu, Gewaltausbrüche und rund 80 Tote, waren die Konsequenz. In der Folge floh Präsident Janukowitsch, der hauptsächlich mit den Stimmen der russischsprachigen Bevölkerung an die Macht gekommen war, nach Russland. Am 22. Februar erklärte das ukrainische Parlament Janukowitsch für abgesetzt. Die Rechtsgültigkeit dieses parlamentarischen Aktes war zwar umstritten, aber der Weg für eine Übergangsregierung freigemacht. Als Übergangspräsident folgte der Schriftsteller Olexandr Turtschynow, Ministerpräsident wurde Arsenij Jazenuk, beide Mitglieder der „Vaterlandspartei“ von Julija Tymoschenko. Auch drei Vertreter der rechtsextrem-nationalistischen Swoboda-Bewegung übernahmen Regierungsposten.

Während des turbulenten Machtübergangs in Kiew schuf Russland auf der Halbinsel Krim, auf der vorwiegend Russen leben, Fakten. Die Krim, die als Hauptbasis der russischen Schwarzmeerflotte bereits über eine große russische Militärpräsenz verfügte, wurde militärisch unter Kontrolle gebracht, die ukrainische Armee auf der Halbinsel wechselte in vielen Fällen



**Nutzte den Umsturz in der Ukraine, um die Krim nach Russland zu holen: Präsident Vladimir Putin**

die Seite oder gab kampflos die Stützpunkte auf. Am 16. März wurde ein Referendum über die staatliche Zugehörigkeit der Krim durchgeführt, das mit großer Mehrheit für einen Anschluss an Russland ausfiel.

Am 18. März unterzeichnete der russische Präsident Vladimir Putin das Beitrittsabkommen der Krim mit Russland. Sowohl die ukrainische Regierung, als auch die UN-Vollversammlung erkannten die Ergebnisse des Krim-Referendums nicht an.

Zum jetzigen Zeitpunkt (Stand: 08. Mai 2014) haben sich die Unruhen auf die Ostukraine und auf den Süden des Landes, vor allem auf Odessa, ausgeweitet. Pro-russische Milizen und Einheiten der ukrainischen Armee liefern sich zum Teil heftige Gefechte mit dutzenden Toten. Politische Lösungsversuche sind bislang an der Realität in der Ukraine gescheitert.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht hat die Krise in der Ukraine vielfältige Auswirkungen: Zum einen betrifft es die prekäre wirtschaftliche Situation der Ukraine selbst. Zum anderen geht es um die Beziehung zu Russland, und – ein wesentlicher Punkt – die europäische Energiesicherheit.

<sup>1</sup> vgl. Forbes, 28. März 2014

<sup>2</sup> vgl. IMF, 27. März 2014

## Die Ukraine in wirtschaftlichen Turbulenzen

Trotz einer Einwohnerzahl von fast 46 Millionen ist die Ukraine im Vergleich zu Österreich ein wirtschaftlicher Zwerg. Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine ist nicht einmal halb so groß wie das Österreichs und sogar um rund 30% geringer als das BIP Griechenlands. Das BIP pro Kopf der Ukraine ist weniger als 10% des österreichischen Wertes. Die Ukraine weist ein hohes Leistungsbilanzdefizit von 9% auf und hat Auslandsschulden von 142 Milliarden US-Dollar bzw. in der Höhe von 65% der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Die ohnehin schon angespannte Budgetsituation (2013 betrug das Budgetdefizit 4,5%) wird durch die Krise noch weiter verschärft werden.<sup>1</sup> Für 2014 rechnet der Internationale Währungsfonds mit einem Defizit von 10%. Besonders schmerzhaft für die Ukraine ist die Beendigung der Gaspreisvergünstigungen durch Russland mit 1. April. Dadurch verteuerten sich die Preise für Gas schlagartig um rund 43%. Die Ukraine verfügt jedoch kaum über Ausweichmöglichkeiten auf andere Energieformen. Russland drohte in der Folge mit einem Stopp der Gaslieferungen, sollte die Ukraine nicht ihre Schulden bei Gazprom in der Höhe von rund 1,7 Milliarden US-Dollar begleichen.

Anfang März einigte sich die ukrainische Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds auf einen Hilfskredit in der Höhe von 14 bis 18 Milliarden Dollar (insgesamt erhält die Ukraine von westlichen Geldgebern rund 27 Milliarden Dollar), allerdings ist die Unterstützung des IWF mit harten Reformauflagen verbunden. Die Geldpolitik der Ukrainischen Nationalbank muss angepasst werden, der Finanzsektor reformiert, die Staatseinnahmen erhöht und die Staatsausgaben gesenkt werden.<sup>2</sup>

Das Ziel eines Budgetdefizits von 2,5% im Jahr 2016 wird nur durch eine Erhöhung der Einkommenssteuer, Erhöhungen der Steuern auf landwirtschaftliche Tätigkeiten und vor allem durch drastische Erhöhungen der Gaspreise (+50%) erreichbar sein. Dies wird für die Bevölkerung der Ukraine signifikante soziale Härten mit sich bringen und auch wirtschaftlich nicht leicht zu verkraften sein.

Für 2014 wird aufgrund der restriktiven Budgetpolitik mit einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um 3% gerechnet, die Inflation dürfte vor allem aufgrund der Erhöhung des Gaspreises auf 12-14% ansteigen.



Ein großer Teil der europäischen Gasversorgung stammt aus Russland und verläuft über Pipelines über ukrainisches Gebiet.

### Fragile Energiesicherheit Europas?

Der Konflikt in der Ukraine hat erneut auch die Frage der europäischen Energiesicherheit dringlich auf das Tapet gebracht. Rund 24% des gesamten europäischen Gasbedarfes werden mit russischem Gas gedeckt, wovon knapp die Hälfte durch Pipelines über ukrainisches Territorium geliefert wird. Die Abhängigkeit vom russischen Gas ist je nach EU-Mitgliedsstaat höchst unterschiedlich. Österreich bezieht etwa 60% des heimischen Gasbedarfes aus Russland (der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauchs in Österreich beträgt ca. 20%<sup>3</sup>), Deutschland etwa 37%, die meisten osteuropäischen Länder, die baltischen Staaten und Finnland sind fast völlig von russischen Gaslieferungen abhängig.<sup>4</sup> Eine Bedrohung der Energieversorgung muss dabei nicht einmal eine direkte Konfrontation mit Russland als Voraussetzung haben, denn es reicht schon, wenn,

<sup>4</sup> vgl. The Economist, 5. April 2014, S. 29

<sup>5</sup> vgl. ebda., S. 32

wie bereits beim russisch-ukrainischen Gasstreit von 2009 geschehen, Russland der Ukraine den Gashahn zudreht und damit ebenso die Versorgung der „stromabwärts“ gelegenen EU-Staaten unterbricht.

Einige Faktoren tragen dazu bei, dass keine der beteiligten Parteien leichtfertig die Versorgungssicherheit gefährdet. Kurzfristige Lieferengpässe oder –ausfälle können von den europäischen Staaten durchtaucht werden. Der Frühling und der vorhergehende milde Winter sorgen dafür, dass der Bedarf an Gas nicht sehr groß ist und auch die Lager gut gefüllt sind. Darüber hinaus wurde die Verflechtung des europäischen Gasliefernetzwerkes seit 2009 mittels sogenannter „Interkonnektoren“, d.h. Verbindungsstücken zwischen verschiedenen Gaspipelines, verdichtet. Das bringt mit sich, dass Gas aus anderen Quellen (Norwegen, Nordafrika) auch in andere Teile Europas transportiert werden kann. Auch der Neubau von Pipelines trägt mittelfristig zur Versorgungssicherheit bei.

So zum Beispiel die Trans-Adriatic-Pipeline, die im Jahr 2018 fertiggestellt werden soll und Gasfelder in Aserbaidschan über die Türkei durch die Adria mit Süditalien verbinden wird (Die Trans-

Adriatic-Pipeline hatte letztes Jahr das Nabucco-Projekt der OMV ausgestochen.). Aber diese Maßnahmen, zusammen mit anderen, wie beispielsweise eine verstärkte Versorgung aus dem Iran, der Import von – teurem – verflüssigten Erdgas u.a., werden die Abhängigkeit von Russland nicht ganz und auch nur langfristig reduzieren können. Ein viel stärkerer Faktor, die Versorgungssicherheit aus Russland zu garantieren, ist die Abhängigkeit Russlands selbst vom Verkauf des Erdgases. Denn Öl- und Gasexporte machen rund 70% des gesamten russischen Exportvolumens aus und die Einnahmen darauf decken 52% des russischen Staatshaushaltes. Auch Russland kann es sich nicht leisten, die Exporte über längere Perioden hin auszusetzen.<sup>5</sup>

### Finanzielle Verflechtungen mit Russland

Für Österreich von spezieller Bedeutung sind die finanziellen Verflechtungen mit Russland. Das hohe

Engagement der österreichischen Banken in Osteuropa ist weitläufig bekannt und entwickelte sich im Zuge der Wirtschaftskrise zu einem heiß diskutierten Thema. Weniger bekannt sind aber die finanziellen Verflechtungen österreichischer Banken mit Russland.

Wie die deutsche Zeitung „Die Welt“ recherchierte, sind österreichische Banken lt. offizieller Statistik mit Krediten in der Höhe von 37,6 Milliarden Euro in Russland tätig und damit nach den französischen Banken die zweitgrößten Kreditgeberinnen.

Allerdings dürfte Österreich tatsächlich sogar den ersten Platz einnehmen, da die Bank Austria, als Tochterunternehmen der italienischen UniCredit, Italien zugerechnet wird. Inkludiert man die Kredite der Bank Austria, so ergibt sich für Österreich die Gesamtsumme von 49,6 Milliarden Euro an Krediten in Russland.<sup>6</sup> Diese könnten sich im Falle eines verschärften Sanktionsregimes des Westens gegenüber Russland zu einem erheblichen Risiko für die österreichischen Banken auswachsen.

<sup>6</sup> vgl. Die Presse, 29. April 2014, S. 13





© tristan sparks

# EU und Eurozone

## Die Konjunktorentwicklung in Europa

Es ist ein zarter, ein träger und ein fragiler Aufschwung, aber immerhin ein Aufschwung. So ließe sich die derzeitige Konjunktorentwicklung in der Eurozone beschreiben. Was vor einigen Jahren als katastrophal niedriges Wirtschaftswachstum bezeichnet worden wäre, wird mittlerweile als positiv und hoffnungsverheißend interpretiert. Im vierten Quartal 2013 stieg das BIP in der EU (alle 28 Staaten) real um 0,4%, in der Eurozone um 0,2% gegenüber dem Vorquartal. Das bedeutet ein reales Wirtschaftswachstum in drei aufeinanderfolgenden Quartalen.

Auch die krisengeschüttelten Länder der südlichen Eurozone wiesen wieder Zuwächse auf. Spanien zeigte seit zwei Quartalen positive Zuwachsraten, Italien wuchs erstmals wieder im vierten Quartal 2013 (nach neun Quartalen mit schrumpfender Wirtschaft), auch für Portugal lassen sich positive Tendenzen erkennen, auch wenn die aktuellen Quartalsdaten noch nicht vorliegen. Für Griechenland fehlen noch die Daten, allerdings lassen die letzten vorliegenden Zahlen eine deutliche Verringerung der Abwärtstendenz erkennen, d.h. Griechenland verliert noch immer an Wirtschaftsleistung, jedoch weniger schnell als im Vorquartal.

Die positiven Nachrichten müssen jedoch relativiert werden. Denn bei den oben genannten Zuwächsen handelt es sich um Steigerungen im Vergleich mit dem Vorquartal (z.B. Zuwachs vom zweiten Quartal 2013 auf das dritte Quartal 2013). Zieht man nun den Vergleich mit dem Vorjahr heran (viertes Quartal

2012 mit viertem Quartal 2013), so verbleiben die meisten Länder nach wie vor im negativen Be-

reich. Die spanische Wirtschaft schrumpfte im Jahresvergleich um 0,1%, die italienische um 1,1%, die irische um 0,7% und die griechische um 2,3%. Das kleine Krisenland Zypern verlor sogar 5,1% seines BIP (bereits zehn negative Quartale) und auch die Wirtschaftsleistung in Finnland schrumpfte um 0,6%. Einzig Portugal wies mit einem Plus von 3,1% einen deutlichen Zuwachs in den Wirtschaftsaktivitäten auf.<sup>7</sup>

Der hohe Bestand an Schulden drückt auf das zu erwartende Wirtschaftswachstum. Die Verschuldung der privaten Haushalte reduziert die verfügbaren Mittel für den privaten Konsum, der keinen nennenswerten Wachstumsbeitrag leistet. Hohe Unternehmensschulden schränken die Möglichkeiten für Investitionen ein. Die Vergabe von Krediten wird durch die Belastung der Banken durch den großen Bestand notleidender Kredite und die erhöhten Eigenkapitalanforderungen gedämpft. Die derzeit niedrige Inflation und die restriktive Budgetpolitik erschweren den Schuldenabbau. Hinsichtlich des Arbeitsmarktes warnt das WIFO vor einer Verfestigung von Unterbeschäftigung, bei gleichzeitiger schwacher Binnenfrage und einem erschwerten Zugang zu Krediten.<sup>8</sup>

Für die Jahre 2014 und 2015 rechnet das WIFO für die Eurozone mit einem Wirtschaftswachstum von

<sup>7</sup> BIP Daten vgl. EUROSTAT

<sup>8</sup> vgl. WIFO, Monatsbericht 01/2014, S. 7

1,1% bzw. mit 1,4%. Unterhalb der Ein-Prozent-Schwelle beim Wachstum würden Italien, die Niederlande, Spanien, Slowenien und Portugal liegen. Überdurchschnittliche Wachstumserwartungen hätten Deutschland, Finnland, Österreich und die Slowakei.<sup>9</sup>

Ein schwerwiegendes Problem bleibt die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenrate in der Eurozone beträgt knapp 12%, 19 Millionen Menschen sind in den Eurostaaten ohne Arbeit. In der gesamten EU sind es 25,9 Millionen. Verschärft ist die Arbeitsmarktlage für Jugendliche und junge Erwachsene, von denen 23,5% in der Eurozone ohne Arbeit sind (3,4 Millionen Personen). In der gesamten EU sind 5,4 Millionen Personen zwischen 15 und 24 Jahren ohne Arbeit (Arbeitslosenrate 22,9%).

Bei der Arbeitslosigkeit gibt es sehr große regionale Unterschiede. Die geringste Arbeitslosenrate (nach EUROSTAT-Konzept) wies im Februar 2014 Österreich mit 4,8% auf. Am anderen Ende der Skala stand Griechenland, wo mehr als ein Viertel (26,7%) ohne Arbeit war. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren zeigte Deutschland im Februar mit 7,7% die niedrigste Rate. In Griechenland waren katastrophale 56,8% der Frauen und Männer in dieser Altersgruppe ohne eine Beschäftigung! Mit 9,4% Arbeitslosenquote für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen wies Österreich die zweitniedrigste Rate nach Deutschland auf.

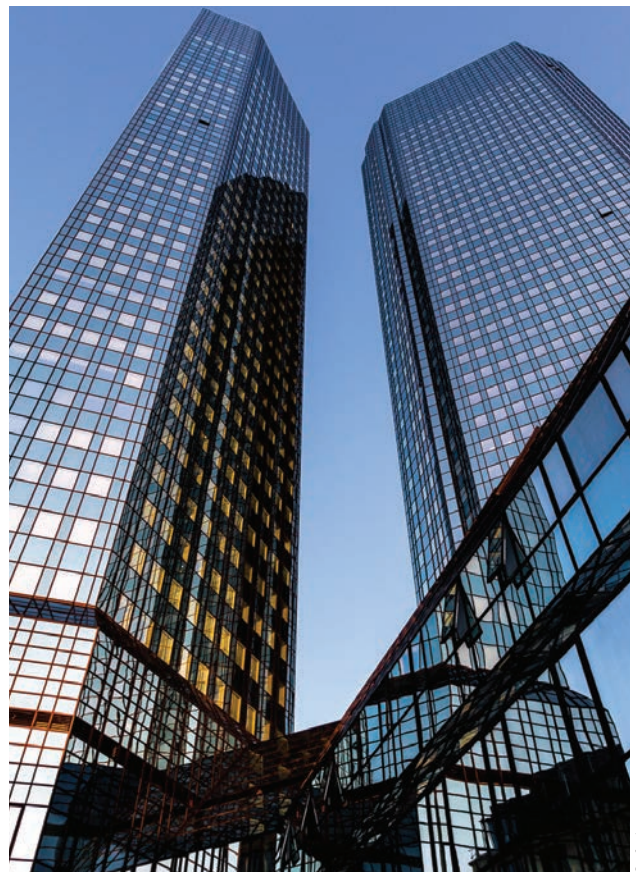
### **Bankenunion: EU-Parlament beschließt gemeinsame Bankenabwicklung**

Am 15. April 2014 beschloss das Europäische Parlament die einheitlichen Regelungen für die Abwicklung von Pleitebanken. Damit wurde ein weiterer Teil des wirtschaftspolitischen Großprojektes „Bankenunion“ auf den Weg gebracht. Das Ziel der Errichtung der Bankenunion ist es, die Verbindung zwischen den Banken und den nationalen Regierungen zu durchbrechen. Während der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren ab 2009 waren mehrere europäische Regierungen gezwungen, Pleitebanken mit enormen Summen an Steuergeldern aufzufangen, um Kaskadeneffekte, d.h. Pleitewellen, zu verhindern.

Die europäische Bankenunion besteht – im Falle einer vollständigen Realisierung - aus drei Elemente: einer gemeinsamen Bankenaufsicht, einer gemeinsamen Regelung für die Bankenabwicklung und ei-

<sup>9</sup> ebda., S. 8

<sup>10</sup> vgl. euobserver, 16. April 2014



**Nicht mehr „too big to fail“? - Für Europas Banken wurden gemeinsame Abwicklungsregeln beschlossen.**

ner gemeinsamen Einlagensicherung. Die gemeinsame Aufsicht wurde schon 2013 beschlossen: mit November 2014 übernimmt die Europäische Zentralbank (EZB) die Aufsicht über die 130 größten Banken in der Eurozone, außerdem wird ein einheitliches Regelwerk für die Bankenaufsicht von der EZB vorgegeben. Kleinere Banken werden weiterhin von den nationalen Aufsichtsbehörden kontrolliert. Hier übernimmt die EZB die Rolle des Kontrolleurs der Kontrolleure.

Mit dem Beschluss der gemeinsamen Bankenabwicklung wird ein Abwicklungsfonds installiert, der durch eine Bankenabgabe innerhalb der nächsten acht Jahre mit 55 Milliarden Euro gefüllt werden soll. Das EU-Parlament konnte gegenüber den nationalen Regierungen erreichen, dass diese Mittel schneller vergemeinschaftet werden als zuvor geplant, d.h. diese Gelder können schneller für die Abwicklung von Banken in anderen Eurostaaten herangezogen werden. Im ersten Jahr werden vierzig Prozent der Mittel, die zunächst in nationale „Unterabteilungen“ einbezahlt werden, vergemeinschaftet; im zweiten Jahr folgen weitere zwanzig Prozent, der Rest wird gleichmäßig innerhalb der folgenden sechs Jahre in den Gemeinschaftsanteil überführt.<sup>10</sup>



© European Parliament

Die Europäische Zentralbank schaut beim Bilanztest der europäischen Großbanken ganz genau hin.

Kritiker der jetzigen Lösung führen an, dass der Bankenabwicklungsfonds mit 55 Milliarden Euro im Vollumfang viel zu klein bemessen sei. In der Tat scheint es so zu sein, dass in der Eurozone mit ausfallgefährdeten Krediten in weit höherem Ausmaß zu rechnen ist. Schätzungen gehen von bis zu 1.000 Milliarden Euro aus.<sup>11</sup>

### **EZB-Bilanztest: Die EZB fühlt den europäischen Banken auf den Zahn**

Seit November 2013 führt die Europäische Zentralbank als Vorbereitung für die Einführung des Einheitlichen Bankaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) einen groß angelegten Bankentest durch. 128 europäische Großbanken in den 18 Mitgliedsstaaten der Eurozone, die insgesamt 85% der europäischen Bankenaktiva umfassen, werden einem dreistufigen Testverfahren unterworfen, das die EZB zusammen mit den nationalen Aufsichtsbehörden und der Managementberatungsfirma Oliver Wyman durchführt.<sup>12</sup>

In der ersten Stufe wird eine umfassende Risikobewertung der Banken durchgeführt. Aus der Zu-

sammenschau von Liquidität, Verschuldungsgrad und Refinanzierungssituation wird ein spezifisches Risikoprofil der Bank erstellt.

Ein zentrales Kriterium ist die Erfüllung der Eigenkapitalanforderung von 8% hartem Kernkapital. Diese 8% setzen sich aus einer Kernkapitalquote von 4,5%, einem Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% und einer zusätzlichen Anforderung von 1% bei Systemrelevanz der Bank zusammen. Laut Angaben der EZB liegt der Median des Eigenkapitals bei den zu prüfenden Banken bereits bei 12%. Dies deshalb, da die Banken seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bereits 225 Mrd. Euro an neuem Kapital aufgenommen hatten, sowie weitere 275 Mrd. Euro an Staatshilfen erhalten hatten – zusammen machen diese Summen etwa 5% der gesamten Wirtschaftsleistung der Eurozone aus.

Die zweite Stufe umfasst die Prüfung der Qualität der Aktivseite der Bank (Asset Quality Review – AQR). Mit Stichtag 31.12.2013 werden die Aktiva der Banken auf Kredit- und Marktexposures untersucht. Ein wichtiges Thema für die österreichischen Banken, die im hohen Maße in Südost- und Osteuropa engagiert sind. Untersucht werden alle Anlageklassen: notleidende Kredite, restrukturierte Kredite und Staatsanleihen. Auf Basis der Qualitätsprüfung der Aktiva werden als drittes Element Stresstests durchgeführt, um zu überprüfen, inwieweit die Banken in der Lage sind, „Schocks“ zu absorbieren, d.h. Krisensituationen widerstehen zu können.

In Österreich werden die folgenden Banken geprüft: BAWAG, Erste Group Bank, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien, Raiffeisen Zentralbank Österreich, Österreichische Volksbanken AG.

### **Frankreich: Hollande versucht das Ruder herumzureißen**

Am 31. März benannte der französische Präsident Françoise Hollande den 51-jährigen Manuel Valls als neuen Premierminister. Diese Entscheidung folgt

<sup>11</sup> vgl. euobserver, 28. März 2014

<sup>12</sup> vgl. EZB, 23. Oktober 2013, S. 3



**Soll die Präsidentschaft von Françoise Hollande retten: der neue französische Premierminister Manuel Valls - ein Politiker mit einem scharfen Profil.**

den für die Sozialisten ernüchternden Kommunalwahlen am 23. und 30. März, in denen sie nur 40,6% erreichten und die Mehrheit in rund 150 Städten verloren. Darunter Städte, die sich bislang fest in der Hand der Sozialisten befanden: Marseille, Toulouse, Amiens und Reims. Das Ergebnis wurde als schallende Ohrfeige für den in Umfragen nur bei einer Zustimmungsrate von 17% rangierenden Präsidenten Françoise Hollande gewertet, der mit der Nominierung von Manuel Valls und der Regierungsumbildung einen Befreiungsschlag versucht. Der bisherige Innenminister Manuel Valls ist zwar der beliebteste Politiker Frankreichs (61% der Franzosen begrüßten jedoch seine Nominierung.<sup>13</sup>), Hollande geht jedoch mit seiner Ernennung zum Premierminister ein Risiko ein. Denn innerhalb der eigenen Partei gilt Valls als kontrovers und hat keine große Machtbasis. So stellte er sich beispielsweise gegen die von den Sozialisten propagierte 35-Stunden-Woche und seine harte Linie beim Thema Zuwanderung machte ihn beim linken Flügel der Partei unbeliebt. Im Regierungsprogramm spiegelt sich die neue, wirtschaftsfreundliche Ausrichtung der Wirtschaftspolitik von Präsident

Hollande wider: So sind etwa Steuererleichterungen für Unternehmen in der Höhe von rund 10 Milliarden Euro geplant, aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen durch verschiedene Maßnahmen um insgesamt 4,5 Milliarden Euro entlastet werden. Die Staatsausgaben sollen von 2015 bis 2017 um rund 50 Milliarden Euro gesenkt werden. 19 Milliarden davon sollen direkt im Staatshaushalt gekürzt werden, jeweils weitere 10 Milliarden Euro bei der Krankenversicherung und bei den Kommunen.<sup>14</sup>

Doch woher soll das Geld für die Steuererleichterungen und die Entlastungen kommen? Der neue französische Finanzminister Michel Sapin, der das Amt allerdings bereits 1992 innehatte, äußerte sich dahingehend, dass man versuchen werde, den Zeitplan für den Defizitabbau mit der Europäischen Kommission nochmals neu zu verhandeln. Bereits letztes Jahr wurde die Frist Frankreichs zur Erreichung des Ziels von 3% Defizit von 2013 auf das Jahr 2015 gestreckt.<sup>15</sup> 2013 wurden die angestrebten 4,1% Budgetdefizit allerdings verfehlt, das französische Defizit betrug 4,3%.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> The Economist, 05. April 2014, S. 25

<sup>14</sup> SRF, 08. April 2014

<sup>15</sup> ebda.

<sup>16</sup> The Economist, 05. April 2014, S. 26



© Palazochigi

Italiens neuer Ministerpräsident Matteo Renzi deutet große Reformen an.

### Italien: Kann Matteo Renzi seine Versprechen einlösen?

Am 22. Februar trat Matteo Renzi (PD – Partito Democratico), der erst 39 Jahre alte ehemalige Bürgermeister von Florenz, sein Amt als italienischer Ministerpräsident an. Um in diese Position zu gelangen, verdrängte Renzi seinen Parteikollegen Enrico Letta nach nur 10 Monaten aus dem Amt. Renzi, Parteichef der PD, mobilisierte gegen Letta, dem er vorwarf, keine Lösungen für die Probleme Italiens anzubieten und erzwang schließlich, nach einem Misstrauensvotum des Führungsausschusses der PD, dessen Rücktritt.

Renzi präsentierte ein ambitioniertes Reformprogramm, das den Stillstand in Italien überwinden soll: politisch durch eine Reform des Wahlprogrammes und wirtschaftlich durch Steuer- und Arbeitsmarktreformen. So sollen Einkommen von unter EUR 20.000 pro Jahr künftig weniger Einkommenssteuer zahlen, eine Steuererleichterung, die dem italienischen Fiskus Kosten von rund 6,7 Milliarden Euro verursacht. Gegenfinanziert werden diese Ausgaben durch eine erhöhte Abschöpfung der Anteile der Banken an der italienischen Notenbank Banca d'Italia und durch eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben um 4,5 Milliarden Euro.<sup>17</sup> Darüber hinaus möchte Renzi die Schulden des italienischen Staates bei Privatunternehmen begleichen.

Ein politisches Großprojekt ist die Reform des Arbeitsmarktes. Zwar sind die mächtigen italienischen Gewerkschaften sehr mit den Steuerplänen Renzis zufrieden, aber sein Versuch, arbeitsrechtliche Regelungen zu lockern, dürfte auf hartnäckigen Widerstand treffen. So soll der Kündigungsschutz für unbefristet Beschäftigte in den ersten drei Jahren der Anstellung praktisch wegfallen und Kettenarbeitsverträge

erlaubt werden. Konkret bedeutet dies, dass die Unternehmen ein Fünftel ihrer Belegschaft mit befristeten Verträgen beschäftigen dürften und dies bis zu 36 Monate lang.<sup>18,19</sup>

Aktuell (Stand Februar 2014) hält Italien bei einer Arbeitslosenquote von 13,0%. Dramatisch ist vor allem die Arbeitslosigkeit der Jungen zwischen 15 und 24 Jahren, die bei 42,3% liegt, nur Griechenland und Spanien haben eine höhere Quote. Dabei sind nicht einmal die Jugendlichen und jungen Erwachsenen gezählt, die in diversen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen „geparkt“ sind, d.h. der tatsächliche Anteil beschäftigungsloser Jugendlicher liegt noch höher.

Europapolitisch dürfte Renzi für eine Aufweichung des Austeritätskurses der Europäischen Kommission stehen. So machte er Andeutungen, dass er den Fiskalpakt während der EU-Präsidentschaft Italiens im zweiten Halbjahr 2014 neu verhandeln bzw. aufweichen möchte. Ausgaben für den Bildungssektor könnten beispielsweise aus dem Drei-Prozent-Defizitziel herausgerechnet werden und mehr Zeit für die Budgetkonsolidierung gegeben werden.<sup>20</sup> Damit könnte sich Renzi an die Seite des französischen Premierministers Manuel Valls stellen, der ebenfalls ein Interesse an einer Aufweichung der Budgetrestriktionen hat, um größeren Manövrierraum für Budgetmaßnahmen zu erhalten.

<sup>17</sup> The Economist, 12. April 2014

<sup>18</sup> vgl. Die Zeit, 10. April 2014

<sup>19</sup> vgl. Financial Times, 06. April 2014

<sup>20</sup> vgl. Die Zeit, 10. April 2014



© alex@faraway

**Endlich ein Grund zum Lachen? Wohl nicht. Griechenlands Rückkehr an die Finanzmärkte dürfte eher symbolischer Natur sein, die Probleme des Landes bleiben enorm. Im Bild, Griechenlands Premierminister Antonis Samaras.**

### Griechenlands Rückkehr an die Kapitalmärkte

Anfang April kehrte Griechenland erstmals seit dem Ausbruch der Schuldenkrise an die Kapitalmärkte zurück. Das Land, das seit 2010 durch die extrem hohen Zinsen für seine Staatsanleihen (z.T. über 40% für zehnjährige Anleihen) faktisch vom Zugang zu den freien Kapitalmärkten abgeschnitten war, begab fünfjährige Anleihen in der Höhe von insgesamt drei Milliarden Euro und musste dafür knapp 5% Zinsen garantieren. Die Nachfrage nach den Anleihen war sehr groß, nicht zuletzt deshalb, weil die vergleichsweise hohen Zinsen, griechische Staatspapiere interessant machen. Was aber bedeutet diese Rückkehr Griechenlands an die freien Märkte? Ist das bereits die Trendwende, wird alles wieder gut?

Wohl kaum, denn das Land hat nach wie vor enorme Schwierigkeiten. Seit sechs Jahren befindet sich Griechenland in der Rezession und hat dabei rund ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung eingebüßt. Die Arbeitslosigkeit stieg drastisch an: von 8,9% im Jänner 2009 auf 26,7% im Jänner 2014. Besonders betroffen sind die Jungen: die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren betrug 56,8% und lag im Segment der 25-34-jährigen auch noch bei 35,5%.

Mehrere Rettungspakete der Länder der Eurozone, der EZB und des Internationalen Währungsfonds summieren sich mittlerweile auf mehr als 260 Milliarden Euro. Bedingung für diese Hilfskredite waren Strukturreformen, welche vielerlei soziale Härten mit sich brachten: Mindestlöhne wurden drastisch

gesenkt, das Pensionsalter heraufgesetzt, der 13. und 14. Monatslohn in vielen Branchen abgeschafft und die Zahl der Beamten um 200.000 reduziert. Begleitet wurden diese Maßnahmen von gewalttätigen Protesten und Streiks. 2012 schrammte Griechenland in zwei sehr knappen Wahlentscheidungen am Ausstieg aus der Eurozone vorbei.

Aktuell halten die Staatsschulden bei 175% des BIP. Die aktuelle Vergabe von Staatsanleihen auf den Kapitalmärkten trägt nicht wesentlich zur Entspannung bei, denn auch ein Zinssatz von etwa fünf Prozent ist für ein Land, das 2014 laut Prognosen ein Wirtschaftswachstum von 0,6% erreichen könnte, unfinanzierbar. Der Gang an die Finanzmärkte wird deshalb auch als Teil des Wahlkampfes der Regierung vor den Europawahlen interpretiert, als Signal, dass es „aufwärts“ geht.

Der Hauptgrund, warum überhaupt wieder so etwas wie „Vertrauen“ in die griechischen Schuldentragfähigkeit zurückgekehrt ist, liegt in der Unterstützung des Landes durch die Eurostaaten, die EZB und dem Internationalen Währungsfonds, die mittlerweile mehr als die Hälfte der griechischen Staatsschulden halten.<sup>21</sup> Die Kredite der Eurostaaten, EZB und IWF sind inzwischen zeitlich so gestreckt, dass die durchschnittliche Fälligkeitsdauer griechischer Staatsschulden bei 17,5 Jahren liegt.<sup>22</sup> 2013 erreichte Griechenland – zur Überraschung vieler – einen budgetären Primärüberschuss von 1,5%, d.h. das Budget war vor der Berücksichtigung von Zinszahlungen im Plus. Um aber die Schuldenreduktionsziele zu erreichen (124% Verschuldungsgrad im Jahr 2020), müsste Griechenland bis 2016 einen Primärüberschuss von 4,5% erreichen und in den 2020er Jahren einen Überschuss von 4% halten können.<sup>23</sup> Davon ist Griechenland selbst nach den bisherigen herkulischen Anstrengungen und drakonischen Maßnahmen noch weit entfernt.

<sup>21</sup> vgl. Die Zeit, 09. April 2014

<sup>22</sup> vgl. The Economist, 12. April 2014, S. 73

<sup>23</sup> vgl. ebda., S. 74



# Österreich

## Die Konjunktur in Österreich

Das Bruttoinlandsprodukt Österreichs stieg 2013 gegenüber dem Vorjahr um 0,4% an, das niedrigste Wachstum seit dem Krisenjahr 2009. Österreich lag mit seinem Wachstum jedoch über dem Durchschnitt der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die im Gesamten um 0,1 Prozent wuchs. Die Wirtschaftsleistung der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaftswährung Euro reduzierte sich sogar um 0,4 Prozent. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die in der Krise ein stabilisierendes Element waren, konnten nichts zum BIP-Wachstum beitragen. 2013 gingen sie im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 Prozent zurück. Der Rückgang ist auf die schwache Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 zurückzuführen, im zweiten Halbjahr wurden wieder leichte Zuwächse erreicht.<sup>24</sup>

Große Konsumausgaben werden nach wie vor zurückgestellt. Dies ist beispielsweise an den Pkw-Neuzulassungen sichtbar, die im Jänner gegenüber dem Vorjahr um 22,4% zurückgingen. Allerdings waren Vorzieheffekte bedingt durch die Änderungen in der NoVa zu beobachten. Der Dezember 2013 sah eine Steigerung der Pkw-Neuzulassungen um 8,2%. Positive BIP-Beiträge lieferten die Sachgüterproduktion (+1,1% jeweils ggü. VJ), der Bereich der Energie- und Wasserversorgung, sowie die Abfallentsorgung (+12,7%), auch das Bauwesen expandierte leicht (+0,2%), dazu noch der Immobilienbereich (+0,7%), die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+0,4%) und die öffentliche Verwaltung, Unterrichts-, Gesundheits- und Sozialwesen (+1,0%).

Rückläufig waren der Handel (-1,4%; bereits seit zwei Jahren), Beherbergung und Gastronomie (-2,2%) und der Bereich Information und Kommunikation

(-2,0%). Kredit- und Versicherungswesen stagnierten mit 0,0%.

2013 expandierte die Beschäftigung in Österreich um 0,8%, rund 17.500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kamen hinzu. Die Beschäftigung in Österreich nahm auch in den Anfangsmonaten von 2014 zu. Im Jänner um 0,2%, im Februar um 0,1%. Gleichzeitig aber steigt die Arbeitslosigkeit: Der Bestand an vorgemerkten Arbeitslosen lag im Februar um 9,3% höher als im Vorjahr, die Arbeitslosenquote stieg auf 9,4%. Im Jahresdurchschnitt von 2013 waren rund 287.000 Personen in Österreich ohne Arbeit, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 26.600 Personen. Hinzu kamen noch 74.000 Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS, 6.900 Personen mehr als im Vorjahr.

## Milliardengrab Hypo: Ein Ende mit Schrecken?

Im Fall der verstaatlichten Hypo-Alpe Adria Bank wurde Anfang des Jahres 2014 eine endgültige Entscheidung über den Umgang mit der Pleitebank getroffen. Nach längeren Debatten über verschiedene Lösungsmöglichkeiten, entschied die Bundesregierung, eine private Abbaugesellschaft zu errichten. Die von der Opposition vehement eingeforderte Insolvenz wurde als „unkontrollierbar“ verworfen.

Bei einer Sondersitzung des Finanzausschusses Anfang April betonte Finanzminister Spindelegger, dass die Regierung versuchen werde, Gläubiger und die vorherige Besitzerin der Hypo Alpe Adria, die Bayerische Landesbank, an den Abwicklungskosten zu beteiligen. Im Fall der BayernLB geht es um einen Beitrag von rund 2,3 Milliarden Euro. Die sechs südosteuropäischen Tochtergesellschaften der Hypo Alpe Adria sollen bis Mitte 2015 verkauft werden.<sup>25</sup>

<sup>24</sup> vgl. idF WIFO, 3/2014, S.172 f.

<sup>25</sup> vgl. Republik Österreich - Parlament, 09. April 2014

Das Land Kärnten soll sich, laut Finanzminister Spindelegger, mit 500 Millionen Euro an den Kosten beteiligen. Dabei handelt es sich um die Gelder des sogenannten Kärntner „Zukunftsfonds“, der durch den Verkauf der Hypo Alpe Adria an die BayernLB gefüllt wurde. Sollte Kärnten den „Zukunftsfonds“ nicht freiwillig als Kostenbeteiligung herausrücken, dürfte die Bundesregierung jedoch keine rechtlichen Mittel haben, um an die Gelder heranzukommen.<sup>26</sup>

Das Land Kärnten hatte die fatale Expansion der Hypo Alpe Adria mit der Übernahme von Landeshaftungen in Milliardenhöhe möglich gemacht. Zum Höhepunkt im Jahr 2008 hatte Kärnten Haftungen in der Höhe von 21,5 Milliarden Euro übernommen. 2013 lagen die Landeshaftungen bei 12,5 Milliarden.<sup>27</sup> Zum Vergleich: das Kärntner Landesbudget betrug 2013 etwa 2,3 Milliarden Euro.<sup>28</sup>

Laut dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Hypo Alpe Adria, Alexander Picker, könnte der Republik der Abbau der Bank noch bis zu vier Milliarden Euro kosten.<sup>29</sup> Wobei Picker, je nach Ausgang der Verhandlungen mit der BayernLB, Chancen sieht, dass sich diese Summe noch reduzieren könnte. Der Schuldenstand der öffentlichen Hand dürfte sich um rund 5,5% auf etwa 80% des Bruttoinlandsproduktes erhöhen.<sup>30</sup>

Für politischen Wirbel sorgte die Weigerung der Bundesregierung, zur Aufarbeitung des Hypo-Skandals einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Eine im Februar eingebrachte Petition durch Abgeordnete der Opposition hatten zwischenzeitlich mehr als 140.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützt.<sup>31</sup> An Stelle eines Untersuchungsausschusses wurde seitens der Regierung eine „Untersuchungskommission“ unter der Leitung von Irmgard Griss, der ehemaligen Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, eingesetzt.

Die Kommission, der internationale Experten angehören, soll vor allem die Notverstaatlichung der Hypo Alpe Adria im Jahr 2009 beleuchten. Kritisch daran zu sehen ist, dass einer Untersuchungskommission kein offizieller Status zukommt, wie einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. So sind beispielsweise Zeugen nicht zur Aussage verpflichtet und auch nicht daran gebunden wahrheitsgemäß



**Soll mit 500 Millionen Euro zur Bewältigung der Hypo Alpe Adria-Kosten beitragen: das Land Kärnten mit seinem Zukunftsfonds.**

auszusagen, auch die Offenlegung und Zurverfügungstellung von Dokumenten ist nicht verpflichtend.

### Die Konjunktur in Tirol

Die aktuellsten verfügbaren Konjunkturdaten für Tirol betreffen das dritte Quartal 2013. Der Trend des Rückgangs der Sachgüterproduktion setzte sich mittlerweile im fünften Quartal in Folge fort. Im dritten Quartal 2013 ging der Produktionswert in der Sachgüterproduktion um 1,3% zurück. Das WIFO identifiziert „markante Produktionseinbußen“ im Bereich der Metallerzeugung und –bearbeitung (-22,3% gegenüber dem Vorjahr).<sup>32</sup> Zuwächse waren aber in der Textilindustrie (+21,6%), in der KFZ-Erzeugung (+31,6%) und in der Herstellung sonstiger Waren (+31,6%) zu verzeichnen. Bei diesen handelt es sich aber um nur eher kleine Segmente der Tiroler Warenproduktion, sodass von ihnen keine großen Wachstumsimpulse kommen. Die Beschäftigungsentwicklung in der Sachgüterproduktion stagnierte im Vergleich zum Vorjahr.

Die Bauproduktion sank im dritten Quartal um 1,2%. Verantwortlich dafür war vor allem die rückläufige Entwicklung im Tiefbau, der um 10,2% sank. Zwar steigerten sich die öffentlichen Aufträge um 6%, allerdings konnte der Tiefbau nur wenig profitieren. Besser sah die Situation für den Hochbau aus, der um 3,5% im Vergleich zum Vorjahr zunahm. Zunah-

<sup>26</sup> vgl. Wiener Zeitung, 17. Februar 2014

<sup>27</sup> vgl. Der Standard, 25. Februar 2014, S. 8

<sup>28</sup> Einnahmen lt. Budgetvoranschlag 2013: Land Kärnten, Landesvoranschläge

<sup>29</sup> vgl. Der Standard, 17. April 2014

<sup>30</sup> vgl. Republik Österreich - Parlament, 09. April 2014

<sup>31</sup> vgl. ebda., 15. Februar 2014

<sup>32</sup> WIFO, Februar 2014, S. 14



men gab es hier im Bereich des Industrie- und Ingenieursbaus (+62%). Der Wohnbau nahm nur leicht, um 0,5%, zu. Die Bauwirtschaft dehnte über das gesamte Jahr 2013 hindurch die Beschäftigung aus. Im dritten Quartal nahm die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um 1,6%, im vierten Quartal um 0,4%, zu.<sup>33</sup>

Der Tourismus konnte auf eine befriedigende Sommersaison 2013 zurückblicken. Die Zahl der Nächtigungen stieg um 2,0%. Der Auslandsmarkt, der in Tirol 89% ausmacht, expandierte. Die „alten“ Märkte wie Deutschland (+2,0%) und Italien (+1,0%) zeigten leichte Zuwächse. Stärker wuchs das Segment der Nächtigungen von Besucherinnen und Besuchern aus den ostmitteleuropäischen Staaten. Deren Nächtigungen legten um 8,6% zu. Besonders dynamisch entwickelten sich die Zahlen der Touristinnen und Touristen aus China. Mit einem Zuwachs von 35,3% Nächtigungen ist China nun fast ebenso wichtig wie der US-amerikanische Markt.<sup>34</sup>

<sup>33</sup> Daten, vgl. ebda., S. 26

<sup>34</sup> Daten, vgl. ebda., S. 35

## Quellen

Valls triste – or happy?  
The Economist, 05. April 2014

Conscious uncoupling: Reducing Europe's dependence on Russian gas is possible – but it will take time, money and sustained political will  
The Economist, 05. April 2014

Renzi's ropy start  
The Economist, 12. April 2014

The prodigal son: Greece's return to the markets  
The Economist, 12. April 2014

Statistical Report 2013  
Eurogas, Dezember 2013  
[http://www.eurogas.org/uploads/media/Eurogas\\_Statistical\\_Report\\_2013.pdf](http://www.eurogas.org/uploads/media/Eurogas_Statistical_Report_2013.pdf)  
Zugriff: 23.04.2014

Bruttoinlandsprodukt, Veränderung in Prozent  
EUROSTAT  
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=teina011&language=de>  
Zugriff: 18.04.2014

EU parliament gives final nod to banking union  
euobserver, 16. April 2014  
<http://euobserver.com/economic/123866>  
Zugriff: 22.04.2014

Banking union's major omission: debt mutualisation  
euobserver, 28. März 2014  
<http://euobserver.com/opinion/123652>  
Zugriff: 22.04.2014

Mitteilung Umfassende Bewertung  
EZB, 23. Oktober 2013  
<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/notecomprehensiveassessment201310de.pdf>  
Zugriff: 22.04.2014

Ukraine Welcomes IMF Austerity Regime  
Forbes, 28. März 2014  
<http://www.forbes.com/sites/kenrapoza/2014/03/28/ukraine-welcomes-imf-austerity-regime/>  
Zugriff: 22.04.2014

IMF Announces Staff Level Agreement with Ukraine on US\$14-18 Billion Stand-By Arrangement  
IMF, 27. März 2014  
<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2014/pr14131.htm>  
Zugriff: 23.04.2014

Petition: Umfassende Aufklärung des Hypo-Alpe-Adrias-Finanzdebakels und Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses  
Republik Österreich – Parlament, 15. Februar 2014  
[http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/PET/PET\\_00010/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/PET/PET_00010/index.shtml)  
Zugriff: 22.04.2014

Hypo Alpe Adria – Sondersitzung des Finanzausschusses  
Republik Österreich – Parlament, 09. April 2014  
[http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR\\_2014/PK0310/](http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2014/PK0310/)  
Zugriff: 24.04.2014

Landesvoranschläge  
Land Kärnten, 2013  
[http://www.ktn.gv.at/42109\\_DE-ktn.gv.at-THEMEN?detail=237&thema=4&subthema=](http://www.ktn.gv.at/42109_DE-ktn.gv.at-THEMEN?detail=237&thema=4&subthema=)  
Zugriff: 24.04.2014

Das Russland-Risiko der Banken  
Christian Höller in Die Presse, 29. April 2014, S. 13

Kärntner Selbstbedienung  
Elisabeth Steiner in Der Standard, 25. Februar 2014

Hypo-Chef: „Mehr Leichen im Keller als gedacht“  
Der Standard, 17. April 2014  
<http://derstandard.at/1397520898977/Hypo-Chef-Mehr-Leichen-im-Keller-als-gedacht>  
Zugriff: 24.04.2014

Valls will Sozialausgaben senken und weiter sparen  
SRF, 08. April 2014  
<http://www.srf.ch/news/international/valls-will-sozialabgaben-senken-und-weiter-sparen>  
Zugriff: 14.04.2014

Welchen Beitrag leistet Kärnten?  
Wiener Zeitung, 17. Februar 2014  
[http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/609067\\_Welchen-Beitrag-leistet-Kaernten.html](http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/609067_Welchen-Beitrag-leistet-Kaernten.html)  
Zugriff: 24.04.2014

Die Wirtschaft in den Bundesländern, III. Quartal 2013  
WIFO, Februar 2013  
Kennzahlen zur Wirtschaftslage  
WIFO-Monatsbericht 3/ 2014

Aufschwung bleibt wegen Konsumschwäche flach  
Stefan Schiman in WIFO Monatsbericht 01/ 2014

Robin Hood Renzi schröpft Italiens Banken  
Die Welt, 09. April 2014  
<http://www.welt.de/finanzen/article126755740/Robin-Hood-Renzi-schroepft-Italiens-Banken.html>  
Zugriff: 15.04.2014

Griechenland ist wieder kreditwürdig  
Die Zeit, 09. April 2014  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-04/griechenland-kapitalmarkt-staatsanleihen-merkel-athen>  
Zugriff: 15.04.2014

Der Möchtegern-Reformer  
Die Zeit, 10. April 2014  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-04/italien-wirtschaftsreformen-renzi>  
Zugriff: 14.04.2014

Matteo Renzi chooses long haul for Italy's labour reforms  
Financial Times, 06. April 2014  
<http://www.ft.com/intl/cms/s/0/15be27ae-bbec-11e3-84f1-00144feabdc0.html#axzz2yxUj8b1s>  
Zugriff: 14.04.2014



# Der Tiroler Arbeitsmarkt

Das erste Quartal 2014

Im ersten Quartal 2014 machte der Tiroler Arbeitsmarkt erneut eine dynamische Entwicklung durch. Die Dynamik ging dabei in beide Richtungen: einerseits setzte sich der Beschäftigungsaufbau fort. Andererseits nahm auch die Zahl der Arbeitssuchenden deutlich zu.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hat mit klimatischen Faktoren, wie dem warmen Winter, der die Saison in vielen Schigebieten verkürzte, zu tun, liegt aber im Trend der letzten Jahre. Dennoch, abseits dieser Erklärungen bleibt der langfristige Trend zu einem immer höheren Niveau an Arbeitslosigkeit bestehen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf einem langjährigen Rekordstand.

## Beschäftigung

In den ersten drei Monaten des Jahres 2014 waren in Tirol im Schnitt 308.746 Personen in Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Beschäftigten um 2.571 Personen bzw. um 0,8% zu. Wäre nicht wetterbedingt ein Beschäftigungseinbruch im März 2014 erfolgt, wovon in erster Linie das Gastge-

werbe betroffen war, so läge die Beschäftigungszunahme wohl eher im Bereich von 2%, denn die Zahlen für den Jänner und den Februar lagen deutlich über den jeweiligen Vorjahreswerten.

Annähernd gleich verteilt war die Beschäftigungszunahme zwischen den Geschlechtern: Frauen machten 46% der Zunahme aus, 54% Männer.

In der Sachgüterproduktion waren im Schnitt 48.726 Personen beschäftigt, gegenüber dem Vorjahr blieb diese Zahl so gut wie unverändert (+0,1%/ +48 Personen).

Das Baugewerbe konnte zwar im März vom frühen Einsetzen wärmerer Temperaturen profitieren, lag allerdings im Jänner und Februar unterhalb des Beschäftigungsstandes des Vorjahres. Im Quartalsvergleich ergab sich so eine weitgehende Stabilisierung bei 19.649 Personen (-0,3%/ -51 Personen).

Der Handel lag stabil bei 47.938 Personen (+0,5%/ +232 Personen). Starke Zuwächse gab es im Be-

reich des Verkehrswesens und der Lagerei. Mit einer Zunahme von 8,9% gegenüber dem Vorjahr waren 24.946 Personen in diesem Wirtschaftsbereich tätig (+8,9%/ +2.034 Personen).

Das Gastgewerbe verlor vor allem im März 2014 deutlich an Beschäftigung – in diesem Monat waren fast 6.000 Personen weniger als im Vorjahr in dieser Branche tätig. Im gesamten Quartal gingen die Beschäftigungszahlen auf 42.676 Personen zurück (-3,2%/ - 1.412 Personen).

Die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung nahm um 1,2% auf 35.357 Personen zu (+427 Personen). Das Gesundheits- und Sozialwesen expandierte um 2,3% auf einen Beschäftigtenstand von 31.211 Personen (+696 Personen).

Nach Bezirken betrachtet gab es die stärkste prozentuale und auch absolute Beschäftigungszunahme im größten Tiroler Arbeitsmarktbezirk, in Innsbruck und Innsbruck-Land. Die Zunahme von 1,4% bedeutete einen Beschäftigungsaufbau von 1.649 Personen mit sich. Auch im Bezirk Kufstein expandierte die Beschäftigung mit 1,1% überdurchschnittlich stark (+458 Personen). Stagnierend zeigte sich die Beschäftigungsentwicklung in den Bezirken Kitzbühel (+0,3%/ +76 Personen), Landeck (+0,3%/ +70 Personen) und Reutte (+/- 0,0%). Ein leichter Rückgang war im Bezirk Lienz zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Beschäftigten um 49 Personen bzw. um 0,3% ab.

### **Arbeitslosigkeit**

Im ersten Quartal 2014 waren in Tirol im Durchschnitt 22.761 Personen beim Arbeitsmarktservice als Arbeitssuchende gemeldet. Hinzu kamen noch 2.635 Personen die sich in Schulungen des AMS befanden. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen waren Männer. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der vorgemerkten Personen um 17,3% bzw. um 3.355 Personen zu. 1.806 der zusätzlichen Arbeitslosen waren Frauen, 1.549 waren Männer. Die Zahl der Frauen in Arbeitslosigkeit stieg um 28,7%, der Anstieg bei den Männern fiel mit 11,8% etwas moderater aus. Die Tiroler Arbeitslosenrate lag im ersten Quartal 2014 bei 6,8%, um 0,8 Prozentpunkte höher als im Jahr zuvor. Die Quote der arbeitslosen Frauen lag bei 5,2%, diejenige der Männer bei 8,3%.

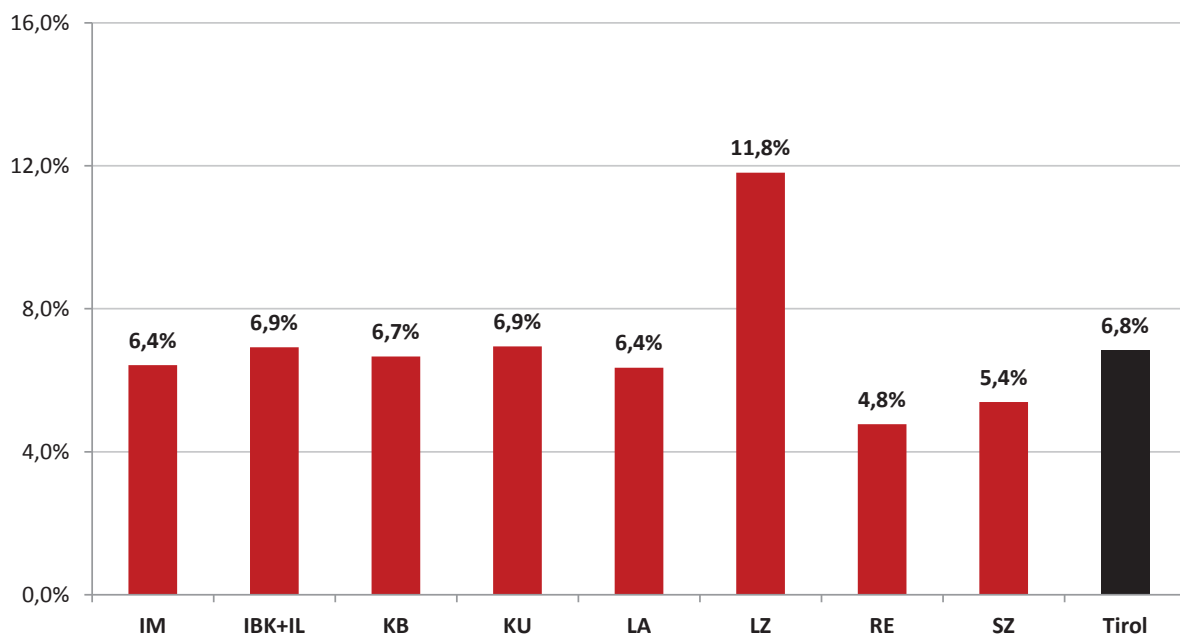
Die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahm unterdurchschnittlich um 4,9% zu, sodass in den ersten drei Monaten von 2014 im Schnitt 3.452 Personen unter 25 Jahren ohne Arbeit

waren. Der Anstieg ging ausschließlich zulasten der jungen Frauen, denn die Arbeitslosigkeit der jungen Männer nahm sogar ab. Insgesamt sind etwa 15% aller Arbeitslosen in Tirol im Alter unter 25 Jahren.

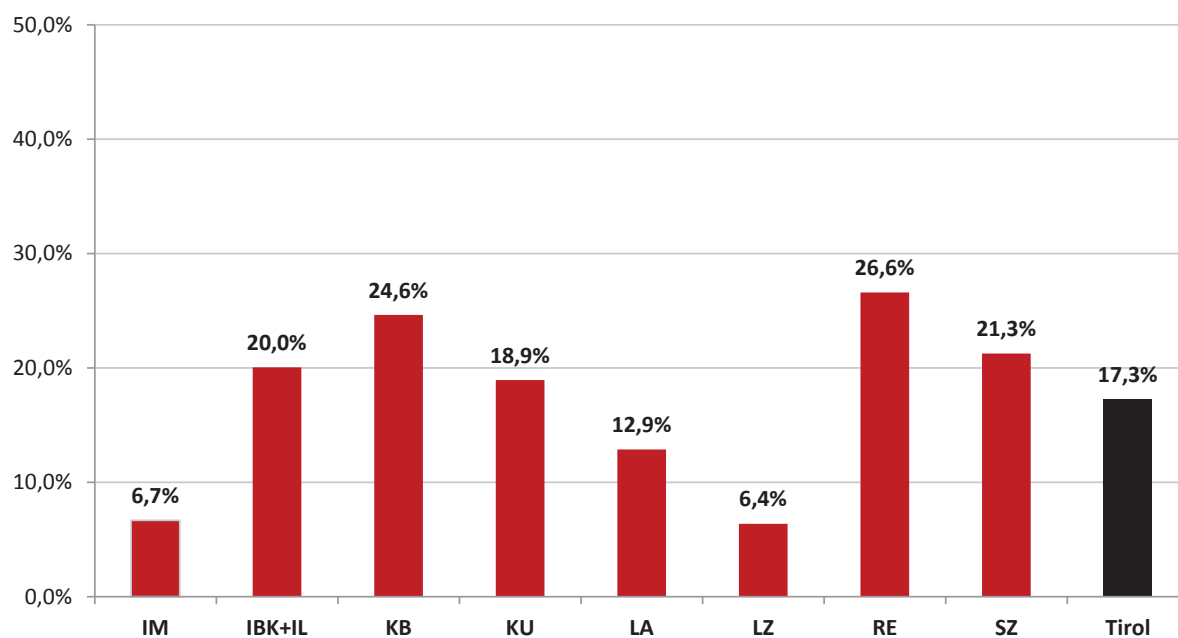
5.464 Personen im Alter von über 50 Jahren waren durchschnittlich im ersten Quartal ohne Arbeit. Dieses Segment ist das am schnellsten wachsende unter den Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr war die Altersgruppe 50+ um 35,3% größer, 1.425 Personen kamen neu hinzu. Vor allem die Gruppe der älteren weiblichen Arbeitslosen nahm mit 52,6% dramatisch zu (+659 Personen), bei den Männern kamen 27,5% (+766 Personen) hinzu. Die Gründe für die Zunahme liegen unter anderem, dass mit dem erschwerten Zugang zur Invaliditätspension nunmehr viele Personen, die früher in die vorzeitige Pension gegangen wären, in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Insofern erscheint nun das Problem der mangelnden Chancen Älterer am Tiroler Arbeitsmarkt weniger verschleiert. Insgesamt stellen die Personen im Alter über 50 Jahren rund 24% aller Arbeitslosen in Tirol.

Die größte Zunahme an Arbeitslosigkeit war im Bezirk Reutte mit einem Plus von 26,6% zu beobachten. Im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahrs kamen in Reutte 150 arbeitslose Personen hinzu. Gleichzeitig wies Reutte aber mit 4,8% die niedrigste Arbeitslosenrate aller Tiroler Bezirke auf. Die höchste Arbeitslosenquote zeigte sich im Bezirk Lienz, in dem 11,8% aller Personen auf vorgemerkt auf Arbeitssuche waren. Dafür fiel die Zunahme der Arbeitslosigkeit mit 6,4% im Vergleich zum Vorjahr deutlich unterdurchschnittlich aus.

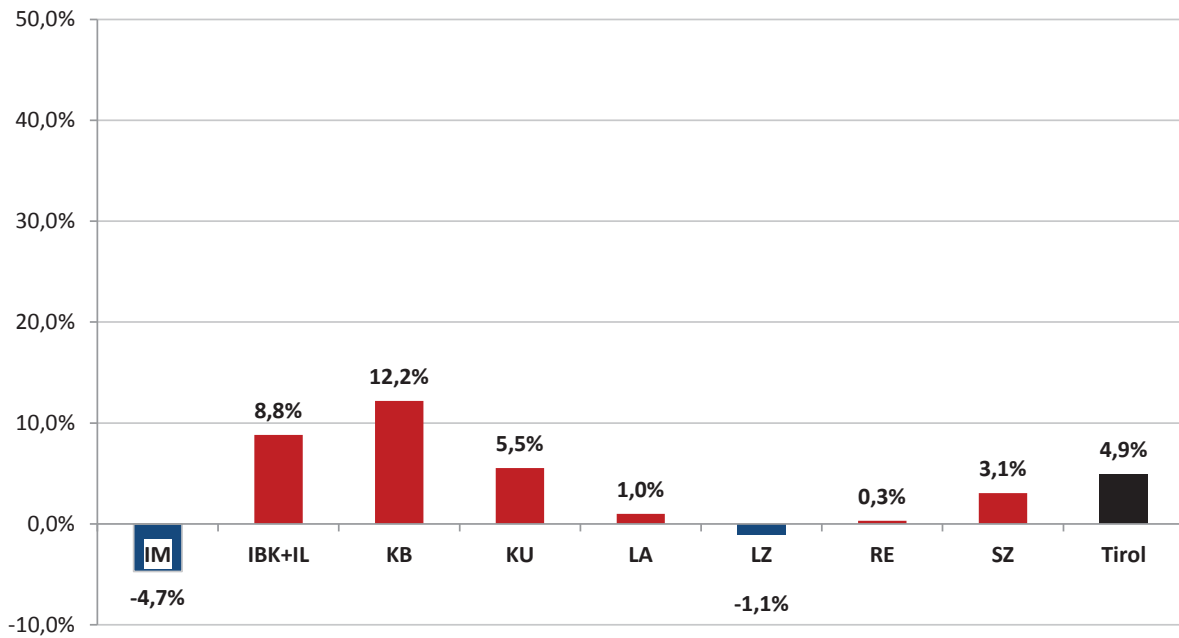
Die höchste Zunahme an Arbeitslosen in absoluten Zahlen zeigte sich im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck und Innsbruck-Land. Im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Vorjahres expandierte die Anzahl der Arbeitssuchenden um 1.527 Personen (+20,0% ggü. VJ), sodass im Arbeitsmarktbezirk 9.148 Personen ohne Arbeit waren. Die Arbeitssuchenden unter 25 Jahren und im Alter 50+ machten fast 40% des gesamten Personenkreises aus.



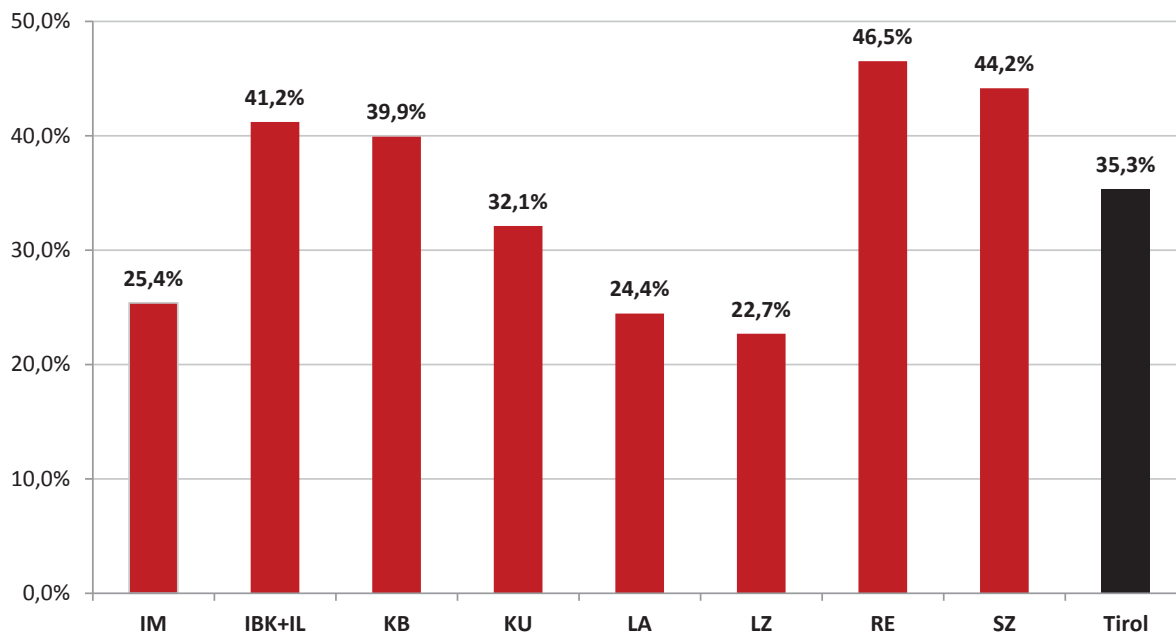
Arbeitslosenraten in den Tiroler Bezirken im ersten Quartal 2014



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen in den Tiroler Bezirken im ersten Quartal 2014.



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in den Tiroler Bezirken im ersten Quartal 2014.



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen 50+ in den Tiroler Bezirken im ersten Quartal 2014.

## Tirol gesamt

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Tirol	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	<b>308.746</b>	<b>148.005</b>	<b>160.741</b>	<b>+2.571</b>	<b>+1.186</b>	<b>+1.540</b>
Veränderung				+0,8%	+0,8%	+1,0%
<b>Arbeitslose</b>	<b>22.761</b>	<b>8.103</b>	<b>14.658</b>	<b>+3.355</b>	<b>+1.806</b>	<b>+1.549</b>
Veränderung Arbeitslose				+17,3%	+28,7%	+11,8%
<b>Arbeitslosenrate</b>	<b>6,8%</b>	<b>5,2%</b>	<b>8,3%</b>	<b>+0,8 PP</b>	<b>+1,1 PP</b>	<b>+0,7 PP</b>
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	<b>3.452</b>	<b>1.184</b>	<b>2.268</b>	<b>+161</b>	<b>+179</b>	<b>-18</b>
Veränderung AL unter 25 Jahre				+4,9%	+17,9%	-0,8%
<b>Arbeitslose 50+</b>	<b>5.464</b>	<b>1.912</b>	<b>3.552</b>	<b>+1.425</b>	<b>+659</b>	<b>+766</b>
Veränderung AL 50+				+35,3%	+52,6%	+27,5%

Tirol Gesamt: Struktur der Arbeitslosigkeit

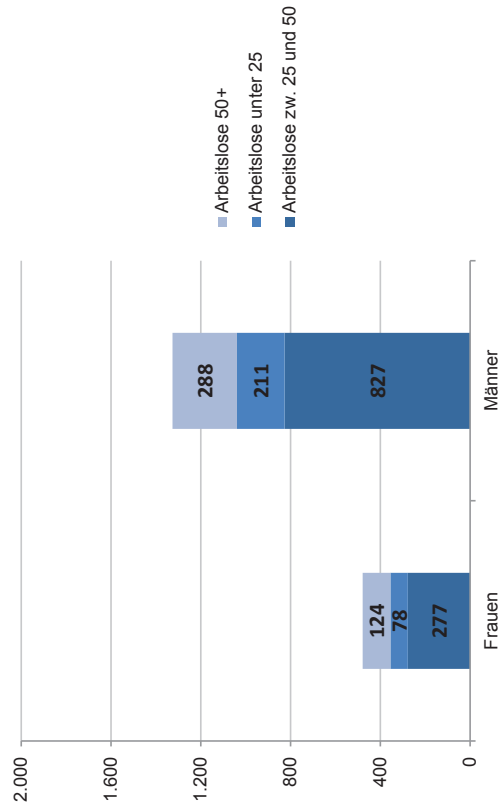


## Bezirk Imst

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Imst	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	<b>26.308</b>	<b>12.462</b>	<b>13.846</b>	<b>+130</b>	<b>+50</b>	<b>+80</b>
Veränderung				+0,5%	+0,4%	+0,6%
<b>Arbeitslose</b>	<b>1.805</b>	<b>479</b>	<b>1.326</b>	<b>+113</b>	<b>+47</b>	<b>+66</b>
Veränderung Arbeitslose				+6,7%	+10,9%	+5,2%
<b>Arbeitslosenrate</b>	<b>6,4%</b>	<b>3,7%</b>	<b>8,7%</b>	<b>+0,3 PP</b>	<b>+0,3 PP</b>	<b>+0,3 PP</b>
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	<b>289</b>	<b>78</b>	<b>211</b>	<b>-14</b>	<b>-2</b>	<b>-13</b>
Veränderung AL unter 25 Jahre				-4,7%	-2,1%	-5,7%
<b>Arbeitslose 50+</b>	<b>412</b>	<b>124</b>	<b>288</b>	<b>+83</b>	<b>+42</b>	<b>+41</b>
Veränderung AL 50+				+25,4%	+51,4%	+16,8%

Bezirk Imst: Struktur der Arbeitslosigkeit



## Innsbruck und Innsbruck-Land

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

IBK und IL	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	122.976	60.209	62.767	+1.649	+791	+858
Veränderung				+1,4%	+1,3%	+1,4%
<b>Arbeitslose</b>	9.148	3.442	5.706	+1.527	+699	+829
Veränderung Arbeitslose				+20,0%	+25,5%	+17,0%
<b>Arbeitslosenrate</b>	6,9%	5,4%	8,3%	+ 1,0 PP	+ 1,0 PP	+ 1,0 PP
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	1.383	515	868	+112	+93	+19
Veränderung AL unter 25 Jahre				+8,8%	+22,1%	+2,2%
<b>Arbeitslose 50+</b>	2.086	753	1.333	+609	+267	+342
Veränderung AL 50+				+41,2%	+54,8%	+34,5%

Innsbruck & Innsbruck-Land: Struktur der Arbeitslosigkeit

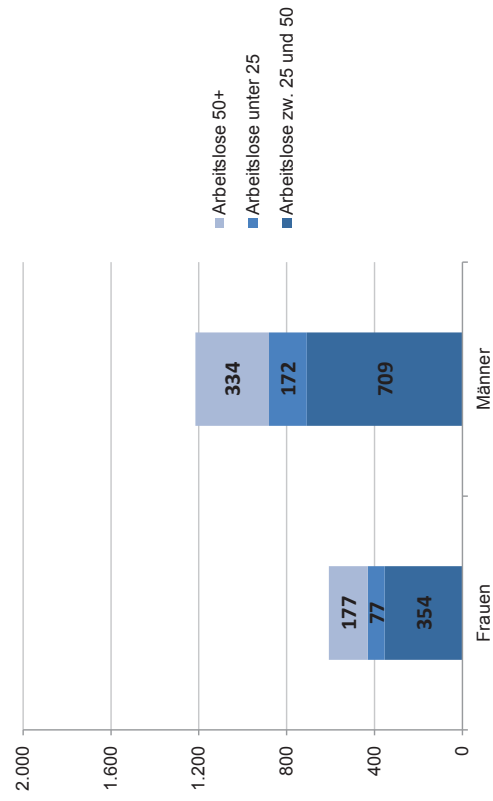


## Bezirk Kitzbühel

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Kitzbühel	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	25.549	12.533	13.016	+76	+62	+14
Veränderung				+0,3%	+0,5%	+0,1%
<b>Arbeitslose</b>	1.823	608	1.215	+360	+228	+132
Veränderung Arbeitslose				+24,6%	+60,1%	+12,2%
<b>Arbeitslosenrate</b>	6,7%	4,6%	8,5%	+ 1,3 PP	+ 1,6 PP	+ 0,8 PP
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	249	77	172	+27	+23	+4
Veränderung AL unter 25 Jahre				+12,2%	+43,2%	+2,2%
<b>Arbeitslose 50+</b>	511	177	334	+146	+75	+71
Veränderung AL 50+				+39,9%	+73,8%	+26,8%

Bezirk Kitzbühel: Struktur der Arbeitslosigkeit





## Bezirk Kufstein

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Kufstein	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	<b>48.833</b>	<b>20.641</b>	<b>28.192</b>	+458	+224	+235
Veränderung	+1,1%	+1,1%	+1,0%			
<b>Arbeitslose</b>	<b>3.273</b>	<b>1.316</b>	<b>1.957</b>	+621	+299	+222
Veränderung Arbeitslose	+18,9%	+29,4%	+12,8%			
<b>Arbeitslosenrate</b>	<b>6,9%</b>	<b>6,0%</b>	<b>7,8%</b>	+0,9 PP	+1,3 PP	+0,8 PP
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	<b>521</b>	<b>206</b>	<b>315</b>	+27	+33	-5
Veränderung AL unter 25 Jahre	+5,5%	+18,9%	-1,7%			
<b>Arbeitslose 50+</b>	<b>761</b>	<b>299</b>	<b>462</b>	+185	+81	+104
Veränderung AL 50+	+32,1%	+37,2%	+29,1%			

Bezirk Kufstein: Struktur der Arbeitslosigkeit

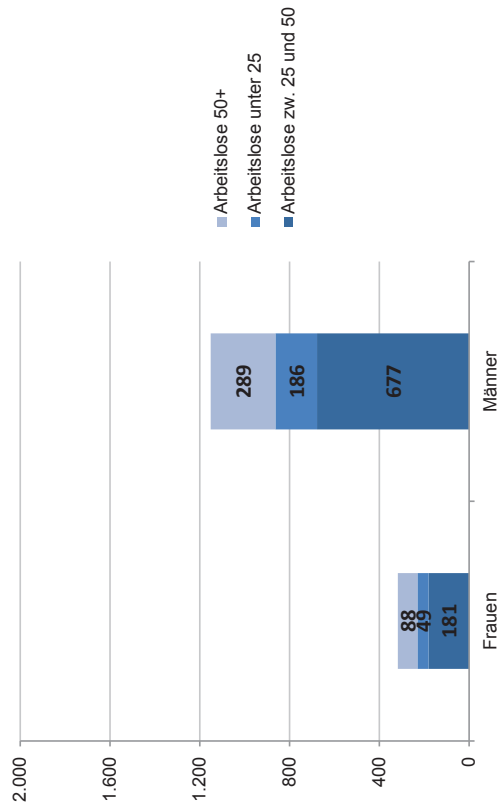


## Bezirk Landeck

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Landeck	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	<b>21.663</b>	<b>10.245</b>	<b>11.418</b>	+70	+97	-27
Veränderung	+0,3%	+1,0%	-0,2%			
<b>Arbeitslose</b>	<b>1.470</b>	<b>318</b>	<b>1.152</b>	+168	+103	+65
Veränderung Arbeitslose	+12,9%	+47,6%	+6,0%			
<b>Arbeitslosenrate</b>	<b>6,4%</b>	<b>3,0%</b>	<b>9,2%</b>	+0,7 PP	+0,9 PP	+0,5 PP
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	<b>235</b>	<b>49</b>	<b>186</b>	+2	+15	-13
Veränderung AL unter 25 Jahre	+1,0%	+43,7%	-6,4%			
<b>Arbeitslose 50+</b>	<b>377</b>	<b>88</b>	<b>289</b>	+74	+35	+39
Veränderung AL 50+	+24,4%	+65,4%	+15,8%			

Bezirk Landeck: Struktur der Arbeitslosigkeit

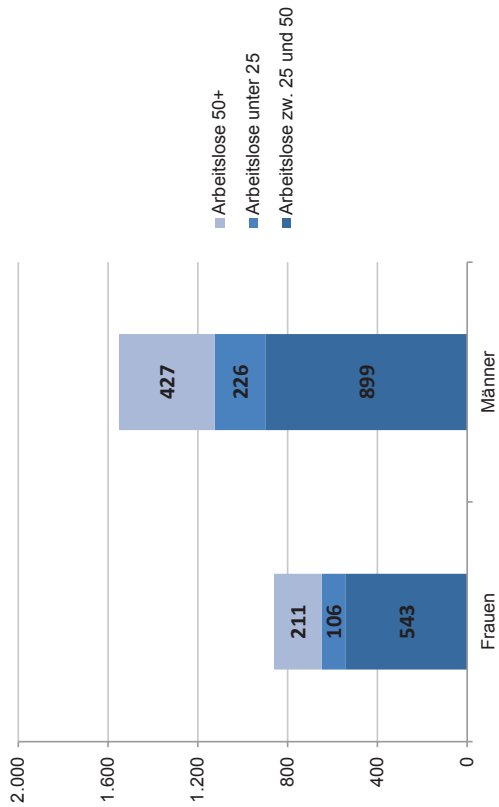


## Bezirk Lienz

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Lienz	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	18.018	8.342	9.676	-49	-87	+38
Veränderung				-0,3%	-1,0%	+0,4%
<b>Arbeitslose</b>	2.412	860	1.552	+145	+125	+20
Veränderung Arbeitslose				+6,4%	+17,0%	+1,3%
<b>Arbeitslosenrate</b>	11,8%	9,3%	13,8%	+0,7 PP	+1,3PP	+0,1 PP
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	332	106	226	-4	+11	-15
Veränderung AL unter 25 Jahre				-1,1%	+11,9%	-6,2%
<b>Arbeitslose 50+</b>	638	211	427	+118	+49	+69
Veränderung AL 50+				+22,7%	+30,3%	+19,2%

Bezirk Lienz: Struktur der Arbeitslosigkeit

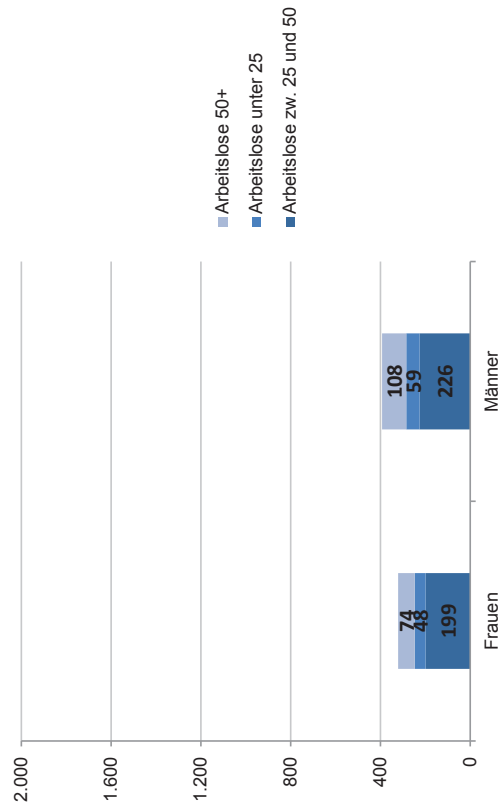


## Bezirk Reutte

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Reutte	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	13.259	6.032	7.227	-1	-30	+29
Veränderung				0,0%	-0,5%	+0,4%
<b>Arbeitslose</b>	714	321	393	+150	+103	+47
Veränderung Arbeitslose				+26,6%	+47,0%	+13,7%
<b>Arbeitslosenrate</b>	4,8%	5,1%	4,6%	+0,7 PP	+1,6PP	0,0 PP
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	107	48	59	0	+6	-6
Veränderung AL unter 25 Jahre				0,0%	+16,0%	-9,7%
<b>Arbeitslose 50+</b>	182	74	108	+58	+35	+23
Veränderung AL 50+				+46,5%	+88,9%	+27,1%

Bezirk Reutte: Struktur der Arbeitslosigkeit

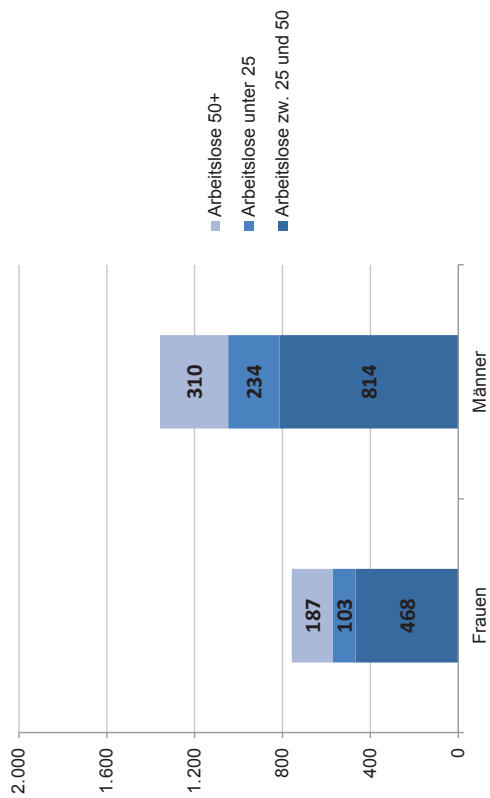


## Bezirk Schwaz

Arbeitsmarktübersicht 1. Quartal 2014

Schwaz	1. Quartal 2014			Vergleich zum Vorjahr		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
<b>Beschäftigte</b>	<b>37.140</b>	<b>17.541</b>	<b>19.599</b>	<b>+237</b>	<b>+78</b>	<b>+159</b>
Veränderung				+0,6%	+0,4%	+0,8%
<b>Arbeitslose</b>	<b>2.116</b>	<b>758</b>	<b>1.358</b>	<b>+371</b>	<b>+203</b>	<b>+168</b>
Veränderung Arbeitslose				+21,3%	+36,6%	+14,1%
<b>Arbeitslosenrate</b>	<b>5,4%</b>	<b>4,1%</b>	<b>6,5%</b>	<b>+ 0,9 PP</b>	<b>+ 1,0 PP</b>	<b>+ 0,7 PP</b>
<b>Arbeitslose unter 25 Jahre</b>	<b>337</b>	<b>103</b>	<b>234</b>	<b>+10</b>	<b>-1</b>	<b>+11</b>
Veränderung AL unter 25 Jahre				+3,1%	-1,3%	+5,1%
<b>Arbeitslose 50+</b>	<b>497</b>	<b>187</b>	<b>310</b>	<b>+152</b>	<b>+76</b>	<b>+77</b>
Veränderung AL 50+				+44,2%	+68,0%	+32,8%

Bezirk Schwaz: Struktur der Arbeitslosigkeit





© agiscr

# Wachstumskritik

„Wachstum“ ist ein zentraler Begriff der Wirtschaftspolitik und bedeutet in erster Linie eine Zunahme der Wirtschaftsleistung gemessen an einer Steigerung des Bruttoinlandsproduktes. Arbeitslosigkeit, Verschuldung, geringer Privatkonsum, ausbleibende Investitionen – nach gängiger Argumentation ist „Wachstum“ ein wichtiger Faktor, diese Problematiken in den Griff zu bekommen.

Kritische Ökonominnen und Ökonomen wenden sich gegen Wirtschaftswachstum als Lösung für diese und andere Probleme und weisen auf die zerstörerischen Auswirkungen eines ungebremsen Wirtschaftswachstums für Umwelt, Gesellschaft und Individuum hin.

Konkret wenden sich die Kritikerinnen und Kritiker gegen ein Wohlstandsmodell, das auf die Anhäufung materieller Besitztümer und die Inanspruchnahme aufwändiger Dienstleistungen abstellt und zeigen systemische Wachstumszwänge in unserem derzeitigen Wirtschaftssystem auf. Das Bruttoinlandsprodukt wird als Gradmesser für Wohlstand kritisiert, da es lediglich den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen die innerhalb eines Jahres verwendet werden darstellt, aber kein geeigneter Gradmesser

für das Wohlbefinden einer Gesellschaft darstellt und Tätigkeiten wie Familien- und private Pflegearbeit nicht inkludiert.

Ressourcenverbräuche und damit einhergehend der menschengemachte Klimawandel stehen im Zentrum der ökologisch motivierten Wachstumskritik. Wirtschaftswachstum bedeutet eine Steigerung von Aktivitäten, die stets mit einem zusätzlichen Verbrauch von Ressourcen verbunden sind. Denn sowohl die industrielle Produktion, als auch Dienstleistungen haben eine materielle Basis und daran hängende global verflochtene Ressourcen- und Transportketten. Auch scheinbar immaterielle Bereiche, wie etwa die „Erlebniswirtschaft“ des Tourismus oder diverse Internetdienstleistungen, setzen beispielsweise ein materiell aufwändiges Mobilitätssystem bzw. die Erschließung und Ausbeutung sogenannter Seltener Erden, welche in der Produktion von Computer und Handys eine wichtige Rolle spielen, voraus.

Wachstumskritikerinnen und –kritiker lehnen Lösungskonzepte relativer und absoluter Entkoppelung der Wirtschaftsleistung von Ressourcen- und Energieverbrauch als langfristig unrealistisch ab. Relative Entkopplung bedeutet, dass pro hergestellter Einheit



© dhu/fnfi

des BIP tendenziell weniger Ressourcen verbraucht werden müssen. Eine relative Absenkung des Verbrauchs bringt jedoch nicht notwendigerweise mit sich, dass absolut weniger verbraucht wird. So kommen heutige PKW mit einem Liter Treibstoff zwar um 50% weiter als noch vor vierzig Jahren, aber die Zahl der Autos hat dramatisch zugenommen. Es kommt zur Überkompensation, Ressourcen werden zwar effizienter verwendet, dennoch steigt der Verbrauch insgesamt.

Absolute Entkoppelung bedeutet, dass es tatsächlich zu einer Reduktion des Ressourcenverbrauchs kommt. Einer der bekanntesten Vertreter der Wachstumskritik, Tim Jackson, Autor des Buches „Wohlstand ohne Wachstum“, gesteht zwar zu, dass in einigen wenigen – reichen - Ländern eine gewisse Stabilisierung der Ressourcenverbräuche zu beobachten wäre, weist aber darauf hin, dass große Teile industrieller Produktion von den reichen westlichen Staaten in die Schwellenländer, allen voran China, abwanderte. Die stabilisierten Ressourcenverbräuche wären somit lediglich ein statistischer Effekt dieser Abwanderung der Produktion, eine tatsächliche absolute Entkopplung findet so gut wie gar nicht statt. Die Einhaltung der Klimaziele des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) würde jedoch eine Reduktion der derzeitigen Co<sub>2</sub>-Emissionen um 50-85% bis zum Jahr 2050 erfordern. Innerhalb eines wachstumsorientierten Wirtschaftssystems ist dieses Ziel nicht erreichbar.

Auf der gesellschaftlichen und individuellen Ebene werden von Wachstumskritikerinnen und –kritikern die Zunahme von psychischen Erschöpfungszuständen, Stresssymptomen und Depressionen in Zusammenhang mit dem systembedingten Wettbewerbsdruck und der ständigen Forderung nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität gebracht.

Auf einer konkreten Handlungsebene werden Lösungsansätze wie eine Neuverteilung von Arbeit, d.h. die Reduktion von Arbeitsstunden und Konzepte von Eigenarbeit, wie bspw. Tätigkeiten zur Selbstversorgung, eine Renaissance handwerklicher Tätigkeiten und selbstorganisierte, regionale Tauschkreise ange-regt.



© be.n.

# Deflationstendenzen im Euroraum

Die Krise in den Eurostaaten ist seit Anfang des Jahres 2014 um eine Facette reicher. Neben Bankencrashes, Arbeitslosigkeit und Budgetproblemen rückte auch immer wieder die Geldpolitik in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Bislang wurden in Expertinnen- und Expertenkreisen vor allem Inflationsgefahren diskutiert.

In den Jahren seit dem Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise pumpte die EZB durch „unkonventionelle Maßnahmen“ hunderte Milliarden Euro an Liquidität in das europäische Bankensystem, um den sogenannten Transmissionsmechanismus zwischen Geldpolitik und Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, sprich die Kreditvergabe anzuregen, und um das Bankensystem an sich vor dem Untergang zu bewahren.

In zwei längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (LTRO – Long-term Refinancing Operations) um den Jahreswechsel 2011/ 2012 herum, vergab die EZB Kredite in der Höhe von rund einer Billion Euro zu äußerst günstigen Konditionen an die europäischen

Banken. Speziell im deutschsprachigen Raum gab es Befürchtungen, durch diese Maßnahmen könnte ein massiver Anstieg der Inflation ausgelöst werden.

Spätestens mit Beginn 2014 wurde jedoch deutlich, dass die Preisdynamik der Eurozone in eine andere, möglicherweise noch problematischere, Richtung geht. Nicht Inflation, also der Preisanstieg, ist das akute Problem, sondern ihr Gegenteil, Deflation, der Verfall des Preisniveaus. In der Eurozone ging die Teuerungsrate innerhalb weniger Monate deutlich zurück, sodass die Preise kaum noch steigen. Rufe wurden und werden laut, die EZB möge Gegenmaßnahmen ergreifen, bevor es zu einer tatsächlichen Deflation kommt.

Was aber ist das Problem mit Deflation? Niedrigere Preise, Kaufkraftsteigerung? Dies scheinen doch positive Entwicklungen zu sein? Leider wäre dies eine sehr verkürzte Perspektive. Denn volkswirtschaftlich gesehen bringt ein Preisverfall eine ganze Reihe negativer Folgen mit sich. Einige davon sind:

- Erstens steigen die realen Zinsbelastungen: nominell notierte Zinsrückzahlungen steigen real im Wert an – ein Problem für Haushalte mit laufenden Krediten, aber auch für Staaten, welche versuchen, ihre Defizite zurückzufahren.

- Zweitens, durch den Preisverfall bzw. im Grunde durch die Erwartungen der wirtschaftlichen Akteure, dass die Preise weiter fallen, werden Konsum- und Investitionsentscheidungen hinausgezögert, denn subjektiv ist es rational weitere Kaufkraftsteigerungen abzuwarten und den Konsum in die Zukunft zu verschieben. Damit wird jedoch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage belastet und weiterer deflationärer Druck ausgeübt – ein „Teufelskreis“ aus sinkender Nachfrage und sinkenden Preisen entsteht, der die wirtschaftliche Dynamik bremst oder sogar zurückgehen lässt.

- Inflation wirkt bremsend auf eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Denn - maßvolle - Inflation dämpft die realen Löhne und Gehälter, welche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber den Beschäftigten zu zahlen haben – auch wenn die nominellen Werte gleich bleiben. Nachfrageausfälle sind somit etwas leichter zu verkraften, da gleichzeitig die Lohnkosten etwas sinken. In einem deflationären Szenario entfällt dieses Regulativ. Sinkende Reallöhne sind nicht mehr das Problem, sondern steigende Reallöhne in der Kombination mit sinkender Nachfrage. Unternehmen haben daher zusätzliche Anreize, Beschäftigte bei schwächelnder Nachfrage, möglichst schnell „loszuwerden“. Und zusätzliche Arbeitslosigkeit wirkt durch Einkommensrückgang und Konsumausfall weiter in Richtung Deflation.

Wie sieht die konkrete Situation in Europa und Österreich aus? Befindet sich die Eurozone bereits in einer Deflation? Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, gab in einer Pressekonferenz am Rande eines Treffens des Gouverneursrats im Jänner 2014 folgende Definition von Deflation ab: Deflation wäre ein breit basierter, sich selbst verstärkender und selbst erfüllender Preisverfall in der Eurozone.<sup>1</sup>

Nach dieser Definition befindet sich die Eurozone in keiner Deflation – noch ist die aggregierte Inflationsrate ja positiv - aber bereits im Bereich von, wie es der Internationale Währungsfonds nennt, „Lowflation“, also einer sehr niedrigen Inflation.<sup>2</sup> Auch eine solche Situation kann für die europäischen Volkswirtschaften bereits sehr schädlich sein. Eine Analyse

aktueller Zahlen ergibt ein differenziertes Bild für die Eurozone.

Seit einigen Monaten bremsen sich die Preissteigerungen im Gebiet der europäischen Gemeinschaftswährung Euro deutlich ein. Im Jahr 2013 betrug der durchschnittliche Preisanstieg 1,4%, 2012 waren es 2,5%. Die neuesten Zahlen zeigen für den März 2014 nur mehr eine Inflationsrate von 0,5%, weit unter dem erklärten Ziel der Europäischen Zentralbank, eine Inflationsrate von unter, aber nahe bei 2% zu erreichen. In vier Eurostaaten – Griechenland, Zypern, der Slowakei und Portugal – war ein Rückgang des Preisniveaus zu beobachten, weitere sieben Eurostaaten wiesen Inflationszahlen von teilweise deutlich unter einem Prozent auf. In Österreich betrug die Teuerung 1,5%, nach Malta und Finnland mit jeweils 1,6% die höchste in der Eurozone.

An dieser Stelle zeigt sich bereits eine erste Charakteristik des Teuerungsrückganges in Europa: in der Deflation bzw. im Bereich niedriger Inflation sind in erster Linie die Krisenstaaten der südlichen Peripherie. Wie oben bereits erwähnt zeigt sich in den „Programmstaaten“ Griechenland, Zypern und Portugal sowie in der Slowakei ein Rückgang des Preisniveaus. Im Bereich niedriger Inflation von weniger als 1,0% lagen Irland (0,1%), Spanien (0,1%), Italien (0,4%), Lettland (0,5%), Luxemburg (0,8%), die Niederlande (0,4%) und Slowenien.

Problematisch für die südlichen Krisenländer ist vor allem, dass der Versuch, mehr Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen und die eigenen Exportfähigkeiten zu verbessern, erheblich erschwert wird. Durch die Teilnahme an der Währungsunion verloren die Länder die Möglichkeit, im Falle von Konjunkturschwächen die eigene Währung abzuwerten und damit die im Land produzierten Waren für den Export zu verbilligen.

In einer Währungsunion kann eine relative Verbilligung nur über den schmerzhaften Weg einer „internen Abwertung“, in erster Linie über das Zurückfahren der Löhne und Gehälter, erreicht werden. Zwar kann den Krisenländern Deflation/ niedrige Inflation zunächst bei dieser Anpassung „helfen“ - wenn auch mit zahlreichen negativen Nebenwirkungen - aber wenn auch in den potenziellen Hauptexportmärkten der Eurozone deflationäre Tendenzen oder niedrige Inflation herrschen, wird diese Anpassung deutlich schwieriger.

<sup>1</sup> EZB, 09. Jänner 2014

<sup>2</sup> vgl. IMF, 04. März 2014

## HVPI - Main Headings

Feb.14

	Gesamt	Lebens-mittel	Alkohol und Tabak	Kleidung	Wohnen	Hausrat	Gesundheit	Verkehr	Kommunikation	Freizeit und Kultur	Bildungswesen	Hotels und Restaurants
<b>Eurozone</b>	<b>0,5</b>	1,0	3,4	1,3	1,0	0,4	0,8	-0,5	-2,4	0,3	0,4	1,5
Belgien	1,0	0,5	5,0	1,5	0,1	1,2	-0,1	0,0	-3,7	1,1	1,7	2,9
Deutschland	1,0	3,1	3,5	1,9	0,6	0,4	1,4	-0,8	-0,9	0,9	-2,9	2,4
Estland	1,1	1,6	6,0	2,2	-1,0	0,8	6,1	-2,6	-6,9	3,2	-14,7	5,4
Irland	0,1	-1,7	3,3	-3,4	4,7	-3,6	-0,1	-2,2	-4,0	-0,9	4,6	1,8
Griechenland	-0,9	-1,2	2,0	-2,9	-2,7	-1,8	-1,6	-2,9	0,1	-2,5	-4,0	-2,7
Spanien	0,1	1,1	2,6	0,3	1,1	-0,3	0,4	-1,6	-6,8	-0,9	1,9	0,3
Frankreich	1,1	-0,1	4,9	2,4	2,1	0,6	0,0	0,2	2,0	-0,4	2,6	2,7
Italien	0,4	0,7	1,0	-1,0	0,6	0,9	1,4	0,7	-7,3	0,8	1,3	1,1
Zypern	-1,3	-1,8	1,0	2,1	-7,9	-2,5	-2,8	0,6	0,7	-1,3	-4,1	0,9
Lettland	0,5	0,8	2,1	-0,8	0,6	1,0	0,3	-2,0	-2,7	1,7	0,2	3,3
Luxemburg	0,8	2,6	4,0	1,1	-1,2	1,1	-0,2	-1,8	-1,7	2,2	3,0	2,2
Malta	1,6	0,2	12,3	0,9	1,2	2,9	1,2	0,3	-1,2	1,1	7,5	3,1
Niederlande	0,4	-0,1	6,2	-0,8	1,7	-1,0	1,2	-0,2	-5,8	0,8	3,2	1,0
Österreich	1,5	2,6	3,4	-1,5	1,6	1,9	2,2	-0,9	6,5	1,2	4,1	2,9
Portugal	-0,1	0,0	3,7	-2,2	2,3	-1,0	1,0	-2,0	2,6	-0,9	0,4	0,6
Slowenien	0,2	1,0	2,8	-4,7	0,6	-0,6	-0,7	-1,0	-1,5	0,1	-0,2	1,1
Slowakei	-0,1	0,6	2,0	0,8	-1,7	-1,1	1,0	-1,2	-1,4	0,5	5,1	1,5
Finnland	1,6	1,7	3,0	1,8	2,3	0,9	3,3	-0,8	1,1	0,9	5,3	2,8

deflationärer Bereich

Bereich geringer Inflation

Q: EUROSTAT



Eine weitere Analyse der Entwicklungsdynamik des HVPI zeigt die Bereiche deflationären Druckes. Eurostat weist für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex zwölf Hauptgruppen aus, wovon zwei (Verkehr/ Transport; Kommunikation) einen Preisrückgang zeigen und sich weitere fünf (Hausrat; Gesundheit; Freizeit und Kultur; Bildungswesen; Sonstiges) im Bereich niedriger Inflation von weniger als einem Prozent befinden.

Für die Eurozone als Ganzes gingen die Preise im Bereich Verkehr/ Transport um 0,5% zurück und alle 18 Eurostaaten wiesen entweder einen Rückgang des Preisniveaus oder eine sehr niedrige Inflation von weniger als einem Prozent auf. In Österreich gingen die Preise mit einem Minus von 0,9% sogar überdurchschnittlich zurück. In der Hauptgruppe „Kommunikation“ reduzierten sich die Preise sogar um 2,4%. In 15 Eurostaaten herrschte im Kommunikationsbereich entweder Preisverfall oder niedrige Inflation. Die krasse Ausnahme war allerdings Österreich: hier stiegen die Preise im Jahresvergleich um 6,5% an!

Der stärkste deflationäre Druck entsteht jedoch durch die sinkenden Rohstoffpreise in den letzten Monaten. Das HVPI-Spezialaggregat Energie, in dem die Kostenentwicklung für Energieträger und Treibstoffe zusammengefasst werden, war im Februar 2014 in allen 18 Euroländern im negativen Bereich. In der Eurozone als Ganzes gaben die Energiepreise um 2,3% nach, in Österreich war ein Rückgang von 3,1% zu verzeichnen. Ein im Vergleich überdurchschnittlicher Preisaufruf war allerdings noch bei den Nahrungsmitteln, Tabak und Alkohol zu beobachten. Durchschnittlich stiegen die Eurozonen-Preise für diese Güter um 1,5%. Lediglich zwei Staaten (Griechenland, Zypern) sahen einen Preisrückgang und weitere vier Eurostaaten (Irland, Frankreich, Italien, Portugal) befanden sich für diese Güterkategorien im Bereich der Niedriginflation.

Auch wenn Nahrungsmittel nach wie vor positiv zur Teuerung beitragen, haben sich Dynamik und Stärke der Preisentwicklung dieser Güter mittlerweile sehr gewandelt. In den Jahren von 2010 bis 2013 waren Nahrungsmittel und vor allem Energie die beiden

<sup>3</sup> EZB, 03. April 2014



**Hauptverantwortlich für die deflationären Tendenzen in Europa: die gesunkene globale Energienachfrage.**

wesentlichen Preistreiber Gründe für die Inflation. Im Schnitt verteuerte sich die Energie (inkl. Treibstoffe) in diesem Zeitraum um 6,7% (mit zeitweise zweistelligen Teuerungsraten) und Nahrungsmittel um 2,8% - ein viel höheres Niveau als derzeit. Die Preisentwicklung bei Energie gab etwa ab März 2013 nach, seit August 2013 befindet sie sich im negativen Bereich. Bei den Nahrungsmitteln bremste sich die Teuerungsrate ab September 2013 im zunehmenden Maße ab.

Die EZB berechnete, dass die nachlassende Preisentwicklung im Energie- und Nahrungsmittelbereich rund 70% des gesamten Inflationsrückganges zwischen dem ersten Quartal 2012 und 2014 erklärt.<sup>3</sup> In der Tat ist es so, dass sich die Lage bei Betrachtung der sogenannten „Kerninflation“ etwas weniger angespannt präsentiert. Kerninflation ist die um die volatilen, d.h. wechselhaften, Preiseffekte von Energieträgern und Nahrungsmitteln bereinigte Inflationsrate.

Die Kerninflationsrate für die Eurozone im Februar 2014 lag bei 1,0%. Das ist zwar noch immer deutlich unterhalb des 2%-Ziels der EZB, aber doch doppelt so hoch, wie die derzeitige allgemeine Inflationsrate. Nur zwei Eurostaaten wiesen eine negative Kerninflationsrate auf: Griechenland (Die Kerninflation liegt in Griechenland bereits seit 22 hintereinander nachfolgenden Monaten im negativen Bereich, womit das Land bereits seit langem in der Deflation steckt) und Zypern. Weitere sieben Euroländer haben Kerninflationsraten von weniger als einem Prozent (Irland, Spanien, Italien, Niederlande, Portugal, Slowenien, Slowakei).



© ECB

**In der Bekämpfung deflationärer Tendenzen kann die Europäische Zentralbank eine zentrale Rolle spielen.**

Damit bestätigt sich zwar der Schluss der EZB, dass sich die Eurozone momentan nicht in der Deflation befindet, allerdings greifen auch in einer Situation weit verbreiteter niedriger Inflation dieselben schädlichen Mechanismen, wie in einem Deflationsszenario. Die momentane Situation lässt mehrere Schlüsse zu:

Erstens, durch den großen Beitrag der Energiepreisentwicklung zur niedrigen Teuerungsrate ist ein wichtiger Teil der deflationären Tendenzen „importiert“. Energiepreise bilden sich in einem globalen Zusammenhang und können nicht direkt und vor allem nicht zeitnah von Europa aus beeinflusst werden. Der Energiehunger Chinas flachte in der letzten Zeit ab, da bereits in der Vergangenheit sehr viel in den Aufbau von Produktionskapazitäten investiert wurde und diese nun, aufgrund der schwächeren globalen Nachfrage, nicht ausgelastet werden können. Allerdings reagieren die Energiepreise empfindlich auf globale Entwicklungen. So könnten eine Verschärfung der Lage in der Ukraine bzw. mögliche Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland, die Preise für Erdgas deutlich steigen lassen und somit preistreibend wirken.

Zweitens, auch in Europa gibt es unausgelastete Kapazitäten. Solange der europäische Binnenkonsum nicht robuster wird und auch die Unternehmen nicht Investitionen aufgrund der unsicheren Konjunkturlage zurückstellen, sind keine deutlichen Inflationstendenzen zu erwarten. Der Transmissionsmechanismus der Geldpolitik ist nach wie vor gestört, die Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen sehr zurückhaltend bis negativ.

<sup>4</sup> vgl. Angelo, 22. Jänner 2014

<sup>5</sup> vgl. IMF, 08. April 2014

Drittens, die hohe Arbeitslosigkeit in Europa – im Februar waren 18,96 Millionen Menschen in der Eurozone ohne Arbeit – übt Druck auf die Lohnentwicklung aus, die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen-Vertreter ist dadurch geschwächt. Eine Gegenbewegung zur Deflation durch Lohnerhöhungen ist daher nicht ohne weiteres zu erwarten. Nach wie vor gibt es in Europa keine gemeinsame Strategie, dieses massive wirtschaftliche und soziale Problem in den Griff zu bekommen. Hier ist eine „institutionelle Schiefelage“ auf europäischer Ebene zu beklagen, denn das Mandat der EZB ist vorrangig

auf Preisstabilität ausgelegt und sonst sind die Zuständigkeiten für die Steuerung und Koordination der Wirtschaft der Eurozone zersplittert oder ineffektiv.<sup>4</sup> Versucht die EZB ihr Mandat weiter auszulegen, gerät sie in Konflikt mit den europäischen Verträgen.

Viertens, die europäische Krisenpolitik agiert zu wenig nachfrageorientiert. Der Versuch, in einem gemeinsamen Binnenmarkt, dessen Mitgliedsstaaten gleichzeitig jeweils die wichtigsten Handelspartner sind, durch Steigerungen der Wettbewerbsfähigkeit ein exportbasiertes Wachstumsmodell durchzusetzen, vernachlässigt den Faktor der Binnennachfrage, erzwingt Lohnzurückhaltung und wirkt dadurch deflationierend.

Was sind Handlungsmöglichkeiten, um einer großflächigen Deflation in der Eurozone vorzubeugen? Eine Möglichkeit wäre es, im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik, stärker die Nachfrageseite in den Fokus zu nehmen, sprich eine zumindest graduelle Abkehr vom Austeritätskurs. Tatsächlich argumentiert der ansonsten eher unverdächtige Internationale Währungsfonds bereits seit einiger Zeit, wenn auch sehr vorsichtig, in diese Richtung. So soll die Rolle öffentlicher Investitionen angesichts der geringen Wachstumsaussichten neu bewertet werden und mehr auf die Nachfrageseite fokussiert werden.<sup>5</sup>

Ein deutliches Umschwenken auf gesamteuropäischer Ebene erscheint angesichts des Kurses der Europäischen Kommission und der nun in Kraft getretenen Vertragswerke, wie dem Fiskalpakt (eigentlich: „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und

Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“), aber als wenig wahrscheinlich. Die neuen Regierung Italiens, unter Matteo Renzi, und Frankreichs, neuer Premierminister Manuel Valls, deuteten allerdings an, mehr öffentliche Investitionen tätigen zu wollen und die budgetären Konsolidierungspfade zeitlich strecken zu wollen.

Deutlich mehr Handlungsmacht und –spielraum hat die Europäische Zentralbank. Tatsächlich wies Bankpräsident Mario Draghi bereits mehrmals auf die Bereitschaft der EZB hin, falls notwendig zu „unkonventionelle Maßnahmen“ zu greifen, sollten die deflationäre Tendenzen weiter zunehmen.<sup>6</sup> Konkret könnte es eine europäische Form eines „Quantitative Easing“ (QE) sein, wie es die US-amerikanische Federal Reserve bereits seit einigen Jahren in einem sehr großen Ausmaß betreibt. Die Fed pumpt durch den Kauf von Staatsanleihen und andere Papieren monatlich teilweise bis zu 85 Milliarden Dollar in den Geldkreislauf.<sup>7</sup> Direkt übertragbar ist dieses Modell

auf die EZB nicht, da diese die direkte Staatsfinanzierung untersagt ist, allerdings sind weitere längerfristige Refinanzierungsoperationen (LTORs) vorstellbar oder weitere Käufe von Anleihen und Wertpapieren auf den Sekundärmärkten.<sup>8</sup>

## Quellen

Introductory statement to the press conference (with Q & A)  
Europäische Zentralbank, 09. Jänner 2014  
<https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140109.en.html>  
Zugriff: 08.04.2014

Introductory statement to the press conference (with Q & A)  
Europäische Zentralbank, 03. April 2014  
<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140403.en.html>  
Zugriff: 05.04.2014

Euro Area – „Deflation“ versus „Lowflation“  
International Monetary Fund, 04. März 2014  
<http://blog-imfdirect.imf.org/2014/03/04/euro-area-deflation-versus-lowflation/>  
Zugriff: 08.04.2014

As Demand Improves, Time to Focus More on Supply  
International Monetary Fund, 04. April 2014  
<http://blog-imfdirect.imf.org/2014/04/08/as-demand-improves-time-to-focus-more-on-supply/>  
Zugriff: 11.04.2014

Das gefährliche Ungeheuer heißt Deflation – nicht Inflation  
Silvia Angelo in „Arbeit und Wirtschaft“, 22. Jänner 2014  
<http://blog.arbeit-wirtschaft.at/inflation-vs-deflation/>  
Zugriff: 22.01.2014

Press Release  
Board of Governors of the Federal Reserve System, 12. Dezember 2012  
<http://www.federalreserve.gov/newsevents/press/monetary/20121212a.htm>  
Zugriff: 11.04.2014

Deflation: EZB rechnet Anleihenkäufe für 1.000 Milliarden Euro durch  
Spiegel online, 04. April 2014  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deflation-ezb-rechnet-anleihekäufe-für-1000-milliarden-euro-durch-a-962691.html>  
Zugriff: 10.04.2014

<sup>6</sup> vgl. EZB, 03. April 2014

<sup>7</sup> FED, 12. Dezember 2013

<sup>8</sup> vgl. Der Spiegel, 04. April 2014

# Das Abgabenänderungs- gesetz 2014

Das Abgabenänderungsgesetz 2014 wurde am 24. Februar 2014 im Nationalrat beschlossen und im Bundesgesetzblatt I Nr. 13/2014 veröffentlicht. Hier finden Sie wesentliche Neuerungen im Überblick:

## Sonstige Bezüge

Bei der Besteuerung von freiwilligen Abfertigungen, Vergleichen und Kündigungsentschädigungen bleibt die begünstigte Besteuerung erhalten, wird jedoch mit der Neunfachen ASVG-Höchstbeitragsgrundlage gedeckelt.

Gemäß § 67 Abs. 6 EStG sind freiwillige Abfertigungen nach dem Regime „Abfertigung alt“, gestaffelt nach Dienstjahren, mit 6% begünstigt besteuert. Durch das Abgabenänderungsgesetz wurde eine Deckelung der 6% Besteuerung mit dem Neunfachen der ASVG-Höchstbemessungsgrundlage (2014: 40.770 Euro) eingeführt. Vice versa wurde auf Arbeitgeberseite ein Abzugsverbot als Betriebsausgaben für jene Bezüge normiert, die diese Deckelung übersteigen.

Bei Vergleichszahlungen und Kündigungsentschädigungen ist weiterhin ein Fünftel steuerfrei und wird ebenso mit dem Neunfachen der ASVG-Höchstbemessungsgrundlage gedeckelt. Im Jahr 2014 sind daher maximal 8.154 Euro, das ist ein Fünftel von 40.770 Euro, steuerfrei.

## Abzugsverbot für hohe Einkommen

Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Entgeltzahlungen wurde beschränkt. Werden ab 1. März 2014 Gehälter von mehr als 500.000 Euro (Geld- und Sachleistungen) pro Person und Wirtschaftsjahr gezahlt, ist der über 500.000 Euro liegende Teil beim Unternehmen nicht mehr als Betriebsausgabe abzugsfähig.

## Gewinnfreibetrag

Änderungen gibt es auch beim Gewinnfreibetrag für Selbständige. Der Grundfreibetrag von 13% bis zu einem Gewinn von 30.000 Euro gilt unverändert. Beim investitionsbedingten Gewinnfreibetrag wird der Kreis der „begünstigten Investitionen“ enger gefasst. Bislang konnten sowohl reale Wirtschaftsgüter als auch Wertpapiere angeschafft werden, um den investitionsbedingten Gewinnfreibetrag für Gewinne ab 30.000 Euro in Anspruch zu nehmen. Mit der Neuregelung wurden die „begünstigten Wertpapiere“ auf Wohnbauanleihen beschränkt.

## Solidarabgabe

Die mit dem Stabilitätsgesetz 2012 eingeführte und ursprünglich auf drei Jahre befristete Solidarabgabe beim Gewinnfreibetrag wurde über das Jahr 2016 hinaus verlängert. Das jährliche Höchstausmaß des Gewinnfreibetrages wird dadurch von 100.000 Euro auf 45.350 Euro reduziert. Auch die Solidarabgabe bei der steuerlichen Begünstigung von Sonderzahlungen (z.B. Urlaubszuschuss, Weihnachtsremuneration) gilt nun unbefristet. Ab einem monatlichen Einkommen von etwa 13.000 Euro kommt bei den Sonderzahlungen gestaffelt ein höherer Steuersatz zur Anwendung.

## Abzinsung langfristiger Rückstellungen

Langfristige Rückstellungen für Verbindlichkeiten und Drohverluste wurden nach der bisherigen Rechtslage pauschal abgezinst, indem sie nur mit 80% des Teilwertes steuerwirksam angesetzt wurden. Neu ist jetzt, dass die 80%-Grenze entfällt, aber eine Abzinsung von 3,5% pro Jahr über die tatsächliche Laufzeit zu erfolgen hat. Von dieser Änderung nicht umfasst sind Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen, da für diese andere Berechnungsmethoden gelten.

### Verkehrs- /Verbrauchsteuern

Die Tarife betreffend die motorbezogene Versicherungssteuer und die Normverbrauchsabgabe wurden neu gestaltet und sind vom Abgas-Ausstoß abhängig. Daraus resultiert eine Erhöhung für leistungsstarke PKW.

Der Höchststeuersatz bei der NoVA beträgt nun 32 %, was einem Kohlendioxid-Ausstoß von 250g/km entspricht. Liegt der Schadstoffausstoß darüber, wird eine Zusatzsteuer von 20 Euro pro Gramm fällig. Die Schaumweinsteuer wurde wieder eingeführt, die Alkoholsteuer und die Tabaksteuer erhöht.



© popdega

**Nach der NoVA-Erhöhung die wohl einzige noch leistbare Art einen Lamborghini zu fahren.**

### Kleinbetragsrechnungen

Im Bereich der Umsatzsteuer wurde die Wertgrenze für die Ausstellung von Kleinbetragsrechnungen von 150 Euro auf 400 Euro erhöht. Diese Grenze gilt für Umsätze, die ab 1. März getätigt werden.

### GmbH Light

Die GmbH-Reform aus dem Jahr 2013 wird teilweise wieder rückgängig gemacht, indem das gesetzliche Mindeststammkapital wieder auf 35.000 Euro erhöht wird. Die GmbH light wird durch ein Gründungsprivileg ersetzt. Neugegründete GmbHs haben die Möglichkeit, für die ersten 10 Jahre nach ihrer Gründung ein vermindertes Stammkapital von 10.000 Euro aufzuweisen.

Dieses muss erst nach 10 Jahren auf 35.000 Euro aufgestockt werden. Im gleichen Zug wurde die Mindestkörperschaftssteuer neu geregelt. Die Mindest-KöSt für eine GmbH beträgt für die ersten 5 Jahre 125 Euro pro Quartal, die folgenden 5 Jahre 250 Euro pro Quartal.

### Gruppenbesteuerung und Verlustvortrag

Durch das Abgabenänderungsgesetz 2014 wird die Gruppenbesteuerung räumlich auf Staaten der EU, des EWR oder mit denen ein umfassendes Amtshilfeabkommen besteht, begrenzt.

Nur wenn das Gruppenmitglied in einem dieser Staaten ansässig ist, kann es in die Unternehmensgruppe aufgenommen werden. Erfüllen Gruppenmitglieder diese Voraussetzung nicht, sind diese ab 1. Jänner 2015 nicht mehr Teil der Unternehmensgruppe. Das Grundkonzept, nach dem ausländische Verluste mit

österreichischen Gewinnen verrechnet werden können, bleibt aufrecht. Die Zurechnung wird nun mit 75 % des Gesamtbetrages der Einkünfte der österreichischen Gruppe beschränkt.

### Konzerninterne Zins- und Lizenzzahlungen

Ist der Empfänger von Zins- und Lizenzzahlungen innerhalb eines Konzerns in einem Niedrigsteuerland ansässig, sind diese Zahlungen bei der österreichischen Gesellschaft nicht mehr abzugsfähig. Gemäß dem Abgabenänderungsgesetz wird dann ein Niedrigsteuerland angenommen, wenn die Zahlung im Ausland nicht oder mit weniger als 10 % besteuert wird.



# Vollzeit- und Teilzeitarbeit

Die Beschäftigungsentwicklung in Tirol 2004 - 2011

## Ein ungleiches Wachstum

Betrachtet man die reinen Zahlen, so durchlief der Tiroler Arbeitsmarkt in den letzten Jahren eine beeindruckende Beschäftigungsentwicklung. Seit dem Jahr 2004, dem Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse, stieg die Zahl der Beschäftigten laut der Lohnsteuerstatistik der Statistik Austria um 42.231 Personen an. Von 320.205 Personen im Jahr 2004, auf 362.436 im Jahr 2011. Das entspricht einer beachtlichen Steigerung um 13,2%. Das Beschäftigungswachstum in Tirol war damit doppelt so stark wie das Wachstum der Tiroler Bevölkerung im selben Zeitraum.

Das Wachstum der Beschäftigung war dabei weder gleichmäßig über die Jahre 2004 bis 2011 verteilt, noch profitierten Männer und Frauen im selben Ausmaß davon. Das Beschäftigungswachstum der Frauen war beinahe doppelt so stark wie das der Männer, Teilzeitbeschäftigungen nahmen sehr viel stärker als Vollzeittätigkeiten zu und der Schwerpunkt der Zunahme lag auf den Jahren 2004 bis 2008.

Männer und Frauen

Das Beschäftigungswachstum in den Jahren von 2004 bis 2009 wurde hauptsächlich von den Frauen getragen. Sechs von zehn zusätzlichen Beschäftigten auf dem Tiroler Arbeitsmarkt waren weiblich. Die Zahl der Frauen in Beschäftigung stieg um 25.424 Personen (+17,2%), die der Männer um 16.807 (+9,7%). In einem Jahr, dem Krisenjahr 2009, wurde der Zuwachs sogar ausschließlich von den Frauen getragen, da die Zahl der beschäftigten Männer zurückging. Das Ausmaß in dem Männer und Frauen in den Arbeitsmarkt integriert waren, wich jedoch deutlich voneinander ab.

## Unterscheidung: Vollzeit – Teilzeit

Der Unterschied zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung ist eine der wichtigsten Entwicklungslinien am Tiroler Arbeitsmarkt. Trotz der Tatsache, dass Vollzeitarbeit, sei sie ganzjährig oder saisonal, das nach wie vor dominierende Erwerbsmodell ist - rund zwei Drittel der Tiroler Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2011 überwiegend in einer Vollzeitanstellung - fand der weit größere Teil des Beschäftigungszuwachses in Tirol im Bereich der Teilzeitarbeit statt.

Beschäftigungsentwicklung 2004 - 2011



Im Zeitraum von 2004 bis 2011 kamen in Tirol 12.402 Vollzeitbeschäftigte und 22.699 Teilzeitbeschäftigte hinzu, von weiteren 7.130 zusätzlichen Beschäftigten ließ sich datenmäßig keine Zuordnung treffen. Rund 30% der Beschäftigungszunahme fand im Vollzeitsegment statt, mehr als die Hälfte (53%) aber im Teilzeitsegment. Bei 17% konnte keine Zuordnung getroffen werden. Unter der Annahme, dass Voll- und Teilzeit auch bei den Fällen über die keine Daten vorliegen gleich verteilt sind, steigt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Gesamtzunahme sogar auf 64% an!

Die unterschiedliche Dynamik zwischen der Entwicklung der Vollzeit- und der Teilzeitarbeit wird bei der Betrachtung der jeweiligen Zuwachsraten mehr als deutlich: während die Vollzeitarbeit um 5,2% anstieg, nahm die Teilzeitarbeit um 27,9% zu, wenn auch von einer geringeren Basis aus. Dabei zeigte der Arbeitsmarkt eine signifikante Zweiteilung. 72% der zusätzlichen Vollzeitarbeitsplätze waren mit männlichen Beschäftigten besetzt. Dem gegenüber waren fast 80% der zusätzlichen Teilzeitbeschäftigten Frauen.

### Die zeitliche Dynamik

Von besonderem Interesse ist die zeitliche Dynamik des Beschäftigungszuwachses. Beinahe 80% der zusätzlichen Vollzeitbeschäftigten traten in den Jahren 2004 bis 2008, also vor dem Auftreten der Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise auf den Tiroler Arbeitsmarkt. Noch deutlicher zeigte sich dies bei den weiblichen Vollzeitbeschäftigten, deren Zuwachs zu fast 90% vor dem Jahr 2009 stattfand.

Ein völlig anderes Bild bot sich bei der Zunahme der

Teilzeitarbeit. Hier schienen krisenbedingte Auswirkungen kaum eine Rolle gespielt zu haben, denn das Wachstum der Teilzeitbeschäftigten verteilte sich beinahe gleichmäßig über den gesamten Zeitraum 2004 bis 2011.

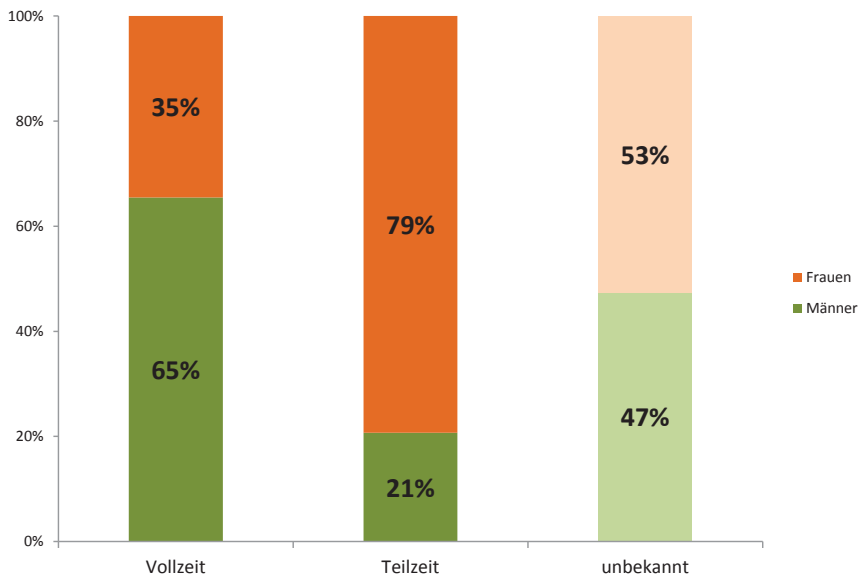
Insgesamt geschahen fast zwei Drittel des gesamten Beschäftigungswachstums in Tirol in den Jahren 2004 – 2008, nur ein Drittel in den Jahren danach. Die Zunahme von spezifischen Beschäftigungsformen, wie etwa der ganzjährigen Vollzeitarbeit, erfolgte sogar ausschließlich in dem Zeitraum vor der Krise. Formen von Teilzeitarbeit waren von dieser zweigeteilten Entwicklung deutlich weniger betroffen. Hier fanden etwa 60% des Beschäftigungswachstums bis zum Jahr 2008 statt, 40% danach. Ob es sich bei dieser zweigeteilten Entwicklung um ein generelles Abflachen der Beschäftigungszunahme in Tirol handelt oder um eine mittelfristige Folgewirkung der globalen Wirtschaftskrise, kann momentan noch nicht beurteilt werden.

### Tirol im Trend zur Teilzeit

Auf den Punkt gebracht, kann die Veränderung der Beschäftigungssituation der letzten Jahre in Tirol so skizziert werden: mehr Frauen, mehr Teilzeit und vor allem mehr Frauen in Teilzeit.

Teilzeitbeschäftigungen machten, wie bereits erwähnt, fast zwei Drittel (64%) der gesamten Beschäftigungszunahme aus. Und zu fast 80% war die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung weiblich. Damit fand in den letzten Jahren eine Verschiebung des Schwerpunktes der Beschäftigungsformen in Tirol statt. Weg von der ganzjährigen Vollzeit, lange das

**Getrennter Arbeitsmarkt?**  
Geschlechteranteile an den Beschäftigungsformen 2011



Standardmodell der Beschäftigung, hin zu einem Arbeitsmarkt, der von vielfältigen Beschäftigungsformen geprägt ist. Im Jahr 2011 hatte Tirol den niedrigsten Anteil ganzjähriger Vollzeitarbeit aller österreichischen Bundesländer.

Dabei verstärkte sich die Zweiteilung des Tiroler Arbeitsmarktes. Männer und Frauen arbeiten zunehmend in unterschiedlichen Arbeitswelten. Während der größte Teil der erwerbstätigen Männer nach wie vor in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung stand, arbeiteten Frauen vor allem in Teilzeittjobs. Die große Bedeutung der Gastwirtschaft mit ihren saisonalen Beschäftigungsschwankungen für die Beschäftigungssituation der Frauen verstärkt die Situation in Tirol nochmals zusätzlich.

Die Segmentierung des Arbeitsmarktes wurde durch die Dynamik des Beschäftigungswachstums noch beschleunigt. Ein Beispiel: Während bei den Männern mehr als die Hälfte der Beschäftigungszunahme im Bereich der ganzjährigen Vollzeitarbeit erfolgte, waren es bei den Frauen gerade einmal 14%. Der Anteil der Frauen die in dieser einkommensstärksten Arbeitsform tätig sind, wurde über die Jahre immer geringer. 2011 war fast nur mehr ein Drittel der Frauen ganzjährig vollzeitbeschäftigt. Frauen holten zwar bei der Beteiligung am Erwerbsleben quantitativ auf, qualitativ blieben sie aber zurück.

### Warum Teilzeit?

Beim schnellen Beschäftigungswachstum der Frauen handelt es sich um einen bereits lange anhaltenden „Aufholprozess“ der Frauen am Arbeitsmarkt. Einhergehend mit einem Verblässen des Modells

des alleinverdienenden Mannes und Familienernährers treten immer mehr Frauen in den Arbeitsmarkt ein. Ein Wandel der Werte, Rollenbilder und der Arbeitsverteilung in den Familien und Haushalten spielt dabei eine Rolle, aber auch die Tatsache, dass zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards in Tirol ein einzelnes Einkommen in der Regel schlicht nicht ausreicht.

Der Begriff des „Aufholprozesses“ ist an dieser Stelle möglicherweise irreführend, da zwar die Erwerbsbeteiligung der Frauen steigt, es aber nicht oder kaum zu einer Annäherung der Lohnniveaus kommt. Der ge-

nerelle Einkommensnachteil der Frauen gegenüber den Männern betrug in Tirol im Jahr 2011 rund 37% - wie bereits die Jahre zuvor.

Als individuelle Entscheidung kann Teilzeitarbeit vielfach die momentan beste, oft auch die einzig mögliche Option sein. Etwa wenn Kinderbetreuungspflichten sich nicht mit dem zeitlichen Aufwand eines Vollzeitjobs vereinbaren lassen, längere Aus- und Weiterbildungen anstehen, mehr Freizeit wichtiger als zusätzliches Einkommen ist oder aber auch, wenn schlicht keine Vollzeitstelle gefunden werden kann.

Da Versorgungspflichten Kindern gegenüber (und auch zu pflegenden Angehörigen) noch sehr oft hauptsächlich den Frauen zufallen, findet die weibliche Teilnahme am Erwerbsleben häufig in der Form verschiedenster Modelle von Teilzeitarbeit statt. Dies hat nicht nur mit traditionellen Rollenvorstellungen zu tun, sondern auch mit ökonomischen Realitäten, wie den häufig besseren Verdienstmöglichkeiten von Männern, die es auch an Gleichberechtigung orientierten Haushalten nahelegen, „traditionelle“ Erwerbsmodelle (in diesem Fall: Mann arbeitet Vollzeit, die Frau in Teilzeit), zu wählen.

Daher ist auch zu erklären, dass mit der zunehmenden weiblichen Erwerbsbeteiligung das Beschäftigungswachstum in Tirol überwiegend im Bereich der Teilzeit stattfand, während Männer zahlenmäßig in der ganzjährigen Vollzeitarbeit weit überwiegen. Klar ist aber auch, dass dadurch die bisherigen Gesellschafts- und Arbeitsverhältnisse weiter reproduziert werden.



## **Teuer erkaufte Flexibilität: individuell und gesamtstaatlich**

Die Flexibilität durch Teilzeitarbeit ist leider aus vielen Gründen teuer erkaufte. So sind Teilzeitbeschäftigte mit niedrigeren Stundenlöhnen als Vollzeitbeschäftigte konfrontiert (im Schnitt beträgt der Einkommensnachteil pro Stunde mehr als 24%). Teilzeitkräfte sind oft weniger in den Betriebsalltag eingebunden, erleiden Nachteile bei der betrieblichen Weiterbildung und haben in der Regel wenige Karrierechancen. Längerfristig gesehen ergeben sich durch Teilzeitarbeit geringere Pensionsansprüche, was im Alter eine erhöhte Armutsgefährdung mit sich bringen kann.

Aber auch auf einer makroökonomischen Ebene ergeben sich durch einen steigenden Teilzeitanteil Herausforderungen. Denn Teilzeitkräfte liegen in der Regel mit ihrem Verdienst unter der jährlichen Lohnsteuergrenze. Bei steigender Beschäftigung erodiert dadurch die Lohnsteuerbasis, die eine der wichtigsten Einnahmequellen des Staates darstellt. In Tirol werden rund 87% des Lohnsteueraufkommens von der Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten erbracht. Fallen die Einnahmen aus der Lohnsteuer mittelfristig unter den Erwartungen aus, erhöht sich der Druck, Massensteuer anzuheben, die in der Regel gerade niedrigere Einkommensschichten stärker treffen und somit bestehende soziale Schief lagen verstärken.

## **Vollzeit- und Teilzeitarbeit in den verschiedenen Branchen**

### **Der öffentliche Sektor**

Mit einer Zunahme von 11.889 Beschäftigten ging im öffentlichen bzw. öffentlichkeitsnahen Sektor das größte Beschäftigungswachstum, 28% der Gesamtzunahme, vor sich. Konkret geht es um die Bereiche der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheits- und des Unterrichtswesens (nach ÖNACE 2003 „L+M+N“).

Der größte Teil des Beschäftigungszuwachses fand mit einer Zunahme von 7.425 Personen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung statt, sodass der Teilzeitanteil an der Gesamtzunahme bei 84% lag. Die Zahl der zusätzlichen Vollzeitbeschäftigungen machte 1.417 aus, 16% der Gesamtzunahme. Von weiteren 3.047 zusätzlichen Beschäftigungen erfolgte datenmäßig keine Zuordnung zu Voll- oder Teilzeit. Die Tatsache, dass der öffentliche Sektor für den größten Teil des gesamten Beschäftigungszuwachses in der Zeit von 2004 bis 2011 verantwortlich ist, ist allein dem starken Wachstum der Teilzeitbeschäftigungen in diesem

Wirtschaftsbereich zuzuschreiben, denn bei einer alleinigen Betrachtung des Zuwachses der Vollzeitbeschäftigungen würde sich der öffentliche Bereich erst an vierter Stelle der beschäftigungsstarken Branchen in Tirol einordnen.

Der Frauenanteil an der Beschäftigungszunahme im öffentlichen Bereich machte 84% (9.957 Personen) aus. Weit überwiegend, zu 90% (6.749 Personen), arbeiteten diese Frauen in einer Teilzeitanstellung. Die 1.932 Männer, welche im öffentlichen bzw. öffentlichkeitsnahen Sektor zusätzlich Beschäftigung fanden, machten nur 16% der Gesamtzunahme in der Branche aus. Diese teilten sich zur Hälfte in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse (646 Personen Vollzeit, 676 Teilzeit) auf. Die Zunahme der Arbeitsformen verlief geschlechtsspezifisch so unterschiedlich, dass fast gleich viele Männer wie Frauen im öffentlichen Sektor in eine Vollzeitbeschäftigung eintraten, obwohl die Gesamtzahl der Frauen die der Männer 5:1 überwog.

### **Die Gastwirtschaft**

Die Gastwirtschaft, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (ÖNACE 2003 „H“), stellte mit einer Zunahme von 7.489 Personen etwa 18% des gesamten Beschäftigungszuwachses in den Jahren von 2004 bis 2011. 42% (2.942 Personen) fanden dabei eine Vollzeitanstellung, 58% (4.083 Personen) waren Teilzeit tätig. Von weiteren 464 Personen in der Branche war das zeitliche Ausmaß der Tätigkeit unbekannt.

In einer Branche die stark von der Saisonalität der Tourismusregionen geprägt ist, ist die Frage wichtig, ob es sich bei der Zunahme an Beschäftigung um ganzjährige oder nichtganzjährige Tätigkeiten handelte. Es zeigte sich, dass rund 29% der gesamten Beschäftigungszunahme machten ganzjährige Tätigkeiten aus, etwa 14% ganzjährige Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse.

Zu rund 61% (+4.447 Personen) machten Frauen die zusätzlichen Beschäftigungsaufnahmen in der Gastwirtschaft aus. Drei Viertel der Frauen (3.104 Personen) fanden eine Teilzeitbeschäftigung, ein Viertel eine Vollzeitbeschäftigung (1.066 Personen). Etwa 70% arbeiteten nicht das ganze Jahr hindurch. Frauen mit einer ganzjährigen Vollzeitanstellung machten nur etwa 6% des gesamten weiblichen Beschäftigungszuwachses aus.

Die zusätzlichen 3.042 Männer machten rund 39% des gesamten Beschäftigungszuwachses in der Gastwirtschaft aus. Im Unterschied zu den Frauen fand der Zuwachs der männlichen Beschäftigung

vorwiegend im Bereich der Vollzeitstellen statt. Diese machten rund zwei Drittel der männlichen Beschäftigungszunahme aus (1.876 Personen). Das andere Drittel (979 Personen) fand eine Teilzeitanstellung. Ein weiterer Unterschied zur Entwicklung der weiblichen Beschäftigungslage in der Gastwirtschaft war die deutlich größere Rolle der ganzjährigen Vollzeitarbeit bei den Männern: immerhin 25% der männlichen Zunahme erfolgte in diesem Beschäftigungssegment. Mit 704 Personen übertrafen die Männer die Frauen mit 243 Personen in dieser Anstellungsform um beinahe das Dreifache.

### **Die Unternehmensdienstleistungen**

Im Bereich der Vollzeitbeschäftigung gab es die größte Steigerung in der Branche „Realitätenwesen und Unternehmensdienstleistungen“ (nach ÖNACE 2003 „K“). Mit 4.157 zusätzlichen Vollzeitbeschäftigten entfiel auf diese Branche rund ein Drittel des gesamten Zuwachses an Vollzeitbeschäftigten. Im Bereich der Teilzeitbeschäftigung spielte der Wirtschaftsabschnitt „Realitätenwesen und Unternehmensdienstleistungen“ mit einem Anteil von acht Prozent bzw. 2.582 Teilzeitstellen nur eine untergeordnete Rolle.

Die Bedeutung dieser Branche für die Gesamtzunahme an Beschäftigung in Tirol mag nur auf dem ersten Blick überraschend erscheinen, denn zu diesem Wirtschaftsabschnitt gehört nicht nur der Bereich des Immobilienwesens, sondern auch sämtliche EDV-Dienstleistungen, der Bereich der Forschung und Entwicklung, diverse Rechtsberatungsleistungen, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung und Marketing, Reinigungsservice, sowie, sehr wichtig, der dynamisch expandierende Bereich der Arbeitskräfteüberlassungen (d.h. Leasingarbeitskräfte).

Insgesamt kamen in diesem Wirtschaftsabschnitt 6.999 Arbeitsplätze hinzu, womit die Unternehmensdienstleistungen und das Realitätenwesen rund 17% des gesamten Beschäftigungszuwachses ausmachten. Der Zuwachs teilte sich zwischen den Geschlechtern beinahe gleichmäßig auf: 54% der zusätzlichen Beschäftigten waren Männer (3.773 Personen), 46% Frauen (3.226 Personen).

Rund 78% des männlichen Zuwachses erfolgte im Bereich der Vollzeitbeschäftigung, bei den Frauen machte diese nur 41% aus. Über 60% des Zuwachses der Männerbeschäftigung waren sogar ganzjährige Vollzeitstellen, bei den Frauen betrug der Anteil nur 25%. Insgesamt machte die ganzjährige Vollzeitbeschäftigung rund 44% des gesamten Beschäftigungszuwachses in dieser Branche aus, wo-

bei Männer dreimal so häufig in eine solche Anstellung fanden als Frauen.

### **Der Handel**

Mit einer Zunahme von 6.000 Beschäftigten im Zeitraum vom 2004 bis 2011 trug der Handel 14% der zusätzlichen Beschäftigung in Tirol bei. Zu fast drei Vierteln (72%) erfolgte diese Zunahme im Bereich der Teilzeitarbeit, die wiederum zu 88% von weiblichen Arbeitskräften gedeckt wurde.

Überhaupt präsentierte sich der Beschäftigungszuwachs im Handel (ÖNACE 2003 „G“) zweigeteilt: Die Frauen machten zwei Drittel (4.063 Personen) der Gesamtzunahme aus und nahmen weit überwiegend eine Teilzeitbeschäftigung auf. Männer (1.937 Personen) stellten nur ein Drittel und nahmen zum größten Teil Vollzeitbeschäftigungen auf. Diese Teilung der Beschäftigungsentwicklung ging so weit, dass die männliche Beschäftigungszunahme, obwohl sie weniger als die Hälfte der Frauen ausmachte, einen fünfmal so großen Zuwachs an Vollzeitstellen aufwies (1.344 männliche Vollzeitstellen zu 267 weiblichen). Beim Zuwachs ganzjähriger Vollzeitstellen war das Geschlechterverhältnis etwas ausgeglichener: die Männer stellten „nur“ dreimal so viele ganzjährige Vollarbeitsverhältnisse wie die Frauen.

Männer stellten 83% der zusätzlichen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse, Frauen dagegen 88% der zusätzlichen Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse. Abseits der generellen Dynamik des Beschäftigungswandels, in der solche Entwicklungen häufig zu beobachten sind, liegt ein Teil der Erklärung für dieses deutliche Auseinanderklaffen auch in der Zusammensetzung des Wirtschaftsabschnittes Handel. Dieser umfasst neben dem von der Beschäftigtenstruktur weiblich dominierten Einzel- und Großhandel auch den Kfz-Handel und Kfz-Werkstätten. In diesen Betrieben sind männliche Beschäftigte deutlich in der Mehrzahl und Vollzeitstellen sind wesentlich weiter verbreitet, als in den Handelsbetrieben. Ein Teil des Ungleichgewichtes zwischen der Beschäftigungsentwicklung der Männer und Frauen im Handel dürfte somit definitorisch bedingt sein.

### **Die Bauwirtschaft**

Die Bauwirtschaft leistete von 2004 bis 2011 einen Anteil von 9% zum gesamten Beschäftigungswachstum in Tirol. 3.626 Personen kamen in diesem Wirtschaftsbereich zusätzlich in eine Beschäftigung. Mehr als die Hälfte davon, 1.944 Personen (53%), traten in eine Vollzeitstelle ein, 21% in eine Teilzeitarbeit (768 Personen). Der Zuwachs in der Vollzeitbeschäftigung

tigung geschah zur Gänze bei Ganzjahresarbeitsplätzen. Über einen relativ großen Personenkreis, nämlich weitere 26% bzw. 914 Personen, lagen leider keine entsprechenden Informationen vor.

Der Anteil der Männer lag bei 92%, nicht überraschend in der von männlicher Beschäftigung geprägten Baubranche. Der Vollzeitanteil bei den Männern betrug 71%. Die Beschäftigungszunahme bei den wenigen Frauen (285 Personen) erfolgte vollständig im Bereich der Teilzeitarbeit.

### **Die Sachgüterproduktion**

Kein Zweig der Tiroler Wirtschaft hatte und hat mehr mit den Folgen der globalen Wirtschaftskrise zu kämpfen als die Sachgüterproduktion. Das Krisenjahr 2009 unterbrach die zuvor positive Beschäftigungsentwicklung in dieser Branche, sodass im gesamten Saldo der Jahre 2004 bis 2011 für die Sachgüterproduktion nur ein kleines Plus von 381 zusätzlichen Beschäftigten übrig blieb.

Die Zunahme der Beschäftigung erfolgte ausschließlich im Bereich der Teilzeitarbeit, in der 309 Personen hinzukamen. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm dagegen um 125 Personen ab. Bei 197 hinzukommenden Beschäftigten lagen keine Informationen hinsichtlich Voll- oder Teilzeitarbeit vor.

Hinter diesen im Vergleich zur Gesamtbeschäftigtenzahl in der Sachgüterproduktion (2011 rund 55.800 Personen) relativ kleinen Zu- und Abnahmen steckte jedoch eine große Entwicklungsdynamik. Allein im Jahr 2009 fiel die Zahl der Beschäftigten in der Branche um mehr als 4.000 Personen gegenüber dem Vorjahr. Davon betroffen waren zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen.

Vor dem Jahr 2009 nahm die Zahl der Beschäftigten in einer Vollzeitbeschäftigung um 2.834 Personen zu, von 2009 bis 2011 fiel sie um 2.959 Personen. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Betroffenheit von Männern und Frauen. Obwohl Frauen in der Branche deutlich in der Unterzahl sind – 2011 waren etwas weniger als 30% der Beschäftigten in der Sachgüterproduktion Frauen – ging die Zahl der weiblichen Vollzeitbeschäftigten um 638 zurück, während die Zahl der Männer mit einer Vollzeitbeschäftigung über den gesamten Zeitraum um 513 zunahm. Erwähnt werden muss aber, dass bei beiden Geschlechtern am Ende des Analysezeitraums, im Jahr 2011, wieder Zuwächse festzustellen waren (+771 Männer und +187 Frauen in einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis im Vergleich zum Jahr 2010).

Die Beschäftigungsentwicklung bei den Männern über die gesamte Periode von 2004 bis 2011 zeigte, dass die Vollzeitbeschäftigtenverhältnisse – wie erwähnt – trotz des Einbruches im Jahr 2009 um 513 zunahm, die Zahl der Männer in einer Teilzeitbeschäftigung jedoch um 99 abnahm (bei weiteren 123 Männern lagen in den Daten keine Informationen vor), sodass unter dem Strich eine Zunahme von 537 zusätzlichen Männern in der Sachgüterproduktion blieb.

Bei den Frauen war eine Abnahme von 638 Vollzeitbeschäftigten zu beobachten, die jedoch von einer Zunahme der teilzeitbeschäftigten Frauen begleitet war. Bei 74 Fällen lagen keine weiteren Informationen vor. Im Saldo blieb ein Minus von 156 Personen stehen.

### **Die restlichen Wirtschaftsbereiche**

Im Rest der Wirtschaft, also den Wirtschaftsabschnitten abseits der bisher dargestellten beschäftigungsstarken Branchen, kamen von 2004 bis 2011 5.847 Beschäftigte hinzu. Ein nur geringer Anteil von 12% (456 Personen) entstand dabei im Bereich der Vollzeitbeschäftigung, der Großteil, 3.403 Personen bzw. 88%, fand im Teilzeitbereich Beschäftigung. Für einen relativ großen Anteil lagen keine Informationen vor (1.988 Personen), allerdings kann angenommen werden, dass auch in diesen Fällen die Teilzeitarbeit überwog.

Die Männer stellten mit 2.245 Personen rund 38% der Gesamtzunahme. Die Zunahme erfolgte ausschließlich im Bereich der Teilzeitarbeit (+1.421 Personen), da die Zahl der in einer Vollzeitbeschäftigung tätigen Männer im Saldo um 247 Personen abnahm. Für weitere 1.071 Männer lagen keine Informationen über Vollzeit- oder Teilzeitarbeit vor.

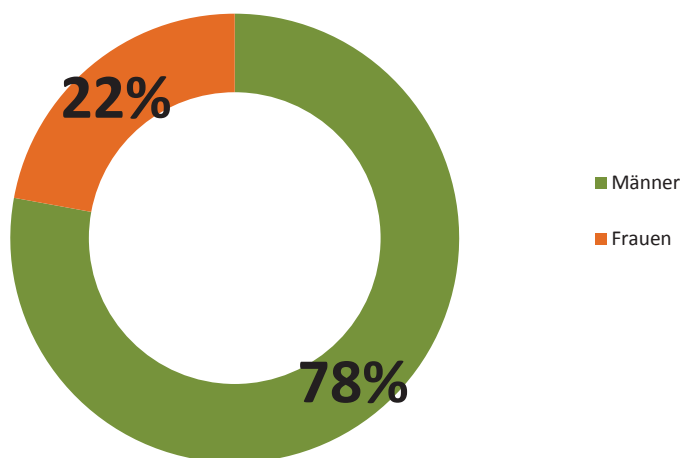
Mit 3.602 Personen bzw. 62% machten die Frauen den Großteil der Beschäftigungszunahme in der Restwirtschaft aus. Vollzeitbeschäftigten stellten mit einer Zunahme von 703 Personen rund 26% der weiblichen Gesamtzunahme, Teilzeitbeschäftigten mit 1.982 Personen rund 74%. Für 917 Fälle konnte keine Zuordnung vorgenommen werden.

## Die ganzjährige Vollzeitbeschäftigung in den Jahren 2004 - 2011

Die ganzjährige Vollzeitbeschäftigung verlor, obwohl mit fast 180.000 Personen nach wie vor die zahlenmäßig stärkste Beschäftigungsform in Tirol, im Analysezeitraum zunehmend an Bedeutung. Im Jahr 2011 stellten die ganzjährig Vollzeitangestellten mit einem Anteil von 49,4% an der Gesamtbeschäftigung erstmals nicht mehr die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tirol. Im Jahr 2004 waren noch 51,9% der Tirolerinnen und Tiroler in einer solchen Beschäftigungsform. Obwohl ein Verlust von 2,5 Prozentpunkten auf dem ersten Blick nicht viel erscheint,

Zunahme ganzjähriger Vollzeitarbeit 2004 - 2011

Männer - Frauen



bedeutet er aber eine deutliche „Gewichtsverlagerung“ am Tiroler Arbeitsmarkt hin zu nichtganzjährigen Arbeitsformen und vor allem zur Teilzeitarbeit.

Über den gesamten Analysezeitraum nahm die Anzahl der Personen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung um 12.926 zu (von 166.067 Personen im Jahr 2004 auf 178.993 Personen im Jahr 2011), was einer Zunahme von 7,8% entsprach. Die gesamte Anzahl aller Beschäftigten in Tirol stieg jedoch mit 13,2% fast doppelt so schnell an, weshalb der relative Anteil der ganzjährigen Vollzeitarbeit trotz der Zunahme in absoluten Zahlen zurückging.

Vor allem bei den Frauen zeichnete sich ein deutlich sinkender Anteil ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung ab. Im Jahr 2004 waren 37,7% der weiblichen Beschäftigten in dieser Arbeitsform erwerbstätig, im Jahr 2011 nur mehr 33,8%.

Die absolute Zunahme der Personen in dieser Be-

schäftigungsform fand ausschließlich vor dem Krisenjahr 2009 statt. Von 2004 bis 2008 stieg die Zahl ganzjähriger Vollzeitstellen in Tirol um 13.304 an, seit dem Krisenjahr 2009 nahm sie aber um 378 ab. Zwar ergab sich im Saldo über den gesamten Zeitraum die Zunahme von 12.926 Personen, aber die Dynamik der Entwicklung und das starke Abfallen der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse im Gefolge der Wirtschaftskrise, gibt Anlass zur Besorgnis.

Denn wenn die Jobmaschine in diesem beschäftigungspolitisch so wichtigen Feld stottert, hat dies Auswirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt und die Wirtschaft. Zum Beispiel werden die Beiträge zu den Sozialversicherungen und die Einnahmen der Lohnsteuer zum weit überwiegenden Teil von den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten erbracht. Rund 87% des gesamten Lohnsteueraufkommens und mehr als 75% der Gesamtsumme aller Sozialversicherungsbeiträge wurden 2011 von den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten erbracht. Auch das generelle Einkommensniveau wird von einem relativen Rückgang dieser einkommensstärksten Beschäftigungsform nicht unberührt bleiben. Im Schnitt verdienen die ganzjährig Vollzeitbeschäftigten netto rund ein Drittel mehr als im Tiroler Einkommensdurchschnitt.

Für die Frauen in Tirol verlief die zeitliche Dynamik des Rückgangs der ganzjährigen Vollzeitarbeit in nochmals zugespitzter Form. Während bei den Männern nach 2009 immerhin noch ein Zuwachs ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung von 876 Personen stattfand, gab es bei den Frauen keine Zunahme. Von 2004 bis 2008 stieg die Zahl der weiblichen Vollzeitbeschäftigten um 4.114 Frauen an, nach 2008 ging die Zahl um 1.254 Personen zurück.

Das bedeutet, dass bei den Frauen nicht nur der prozentuale Anteil dieser Beschäftigungsform abnahm, sondern, sehr viel brisanter, auch die absolute Anzahl. Trotz einer deutlich steigenden weiblichen Gesamtbeschäftigung waren 2011 weniger Frauen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung als im Jahr 2008.

In erster Linie waren vom Rückgang der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung Frauen in der Sachgüterproduktion betroffen. 2009 gingen im Vergleich zum Vorjahr über achthundert ganzjährige weibliche Vollzeitstellen in dieser Branche verloren, die auch später nicht durch Zuwächse kompensiert werden

konnten. Im Saldo über den gesamten Zeitraum von 2004 bis 2011 war ein Rückgang von knapp 170 weiblichen Vollzeitstellen in der Sachgüterproduktion zu verzeichnen.

Bei den Männern fand keine vergleichbare Entwicklung statt. Obwohl bei ihnen in der Folge des Krisenjahres 2009 ein Abbau von ganzjähriger Vollzeitarbeit stattfand, auch hier in erster Linie in der Sachgüterproduktion, nahmen zuletzt derartige Beschäftigungsverhältnisse wieder zu. 2011 wurde das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2008 mit 120.524 ganzjährig vollzeitbeschäftigten Männern bereits wieder übertroffen.

Entsprechend der unterschiedlichen Entwicklungsverläufe von Männern und Frauen in dieser Beschäftigungsform, zeigte sich, dass der Anteil der Männer am Gesamtzuwachs von ganzjährigen Vollzeitbeschäftigten sehr hoch war. Zusätzliche männliche Beschäftigte überwogen mit einem Anteil von 78% die weiblichen bei weitem. Damit wurden die Geschlechterverhältnisse in dieser Beschäftigungsform weiter reproduziert: denn von den fast 180.000 ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Tirol sind mehr als zwei Drittel Männer.

## Die Entwicklung der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung in den Tiroler Bezirken

### Innsbruck

2011 arbeiteten 27.784 Personen in Innsbruck in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung. Mit einem Männeranteil von 61% wies Innsbruck zwar einen deutlichen Männerüberhang in dieser Beschäftigungsform auf, war aber trotzdem der Tiroler Bezirk mit dem höchsten Anteil von Frauen in ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen.

Im Laufe der Jahre 2004 bis 2011 stieg die Anzahl der Personen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis um 422 an. Der Anstieg betraf allerdings nur die männlichen Beschäftigten, deren Zahl um 756 Personen stieg. Die Zahl der Frauen ging im selben Zeitraum allerdings um 343 Personen zurück, sodass sich im Saldo der Anstieg von 422 Personen ergab.

Der gesamte Zuwachs an ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen ging in den Jahren von 2004 bis 2008 vor sich, also in den Jahren bevor die unmittelbaren Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschafts-

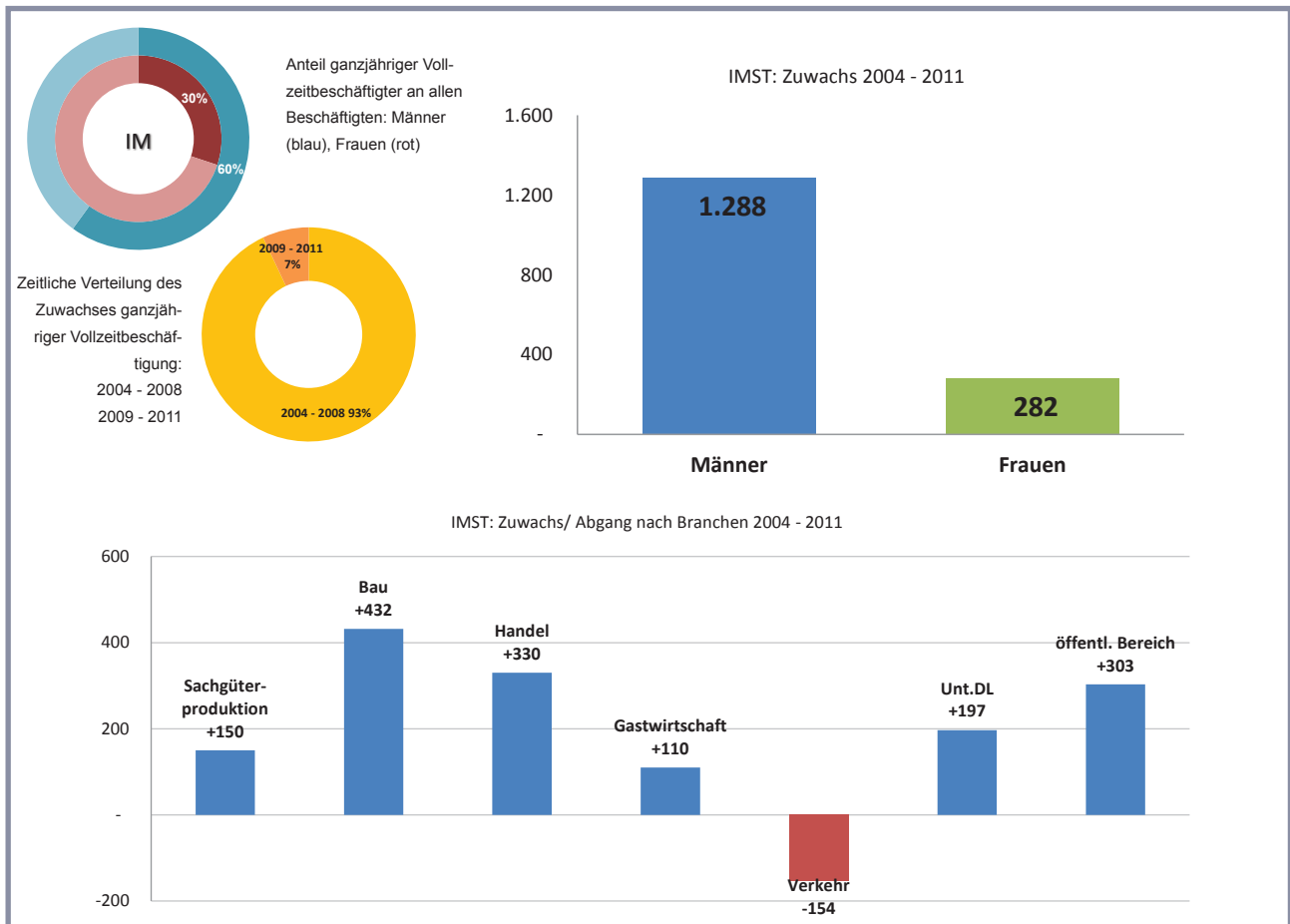
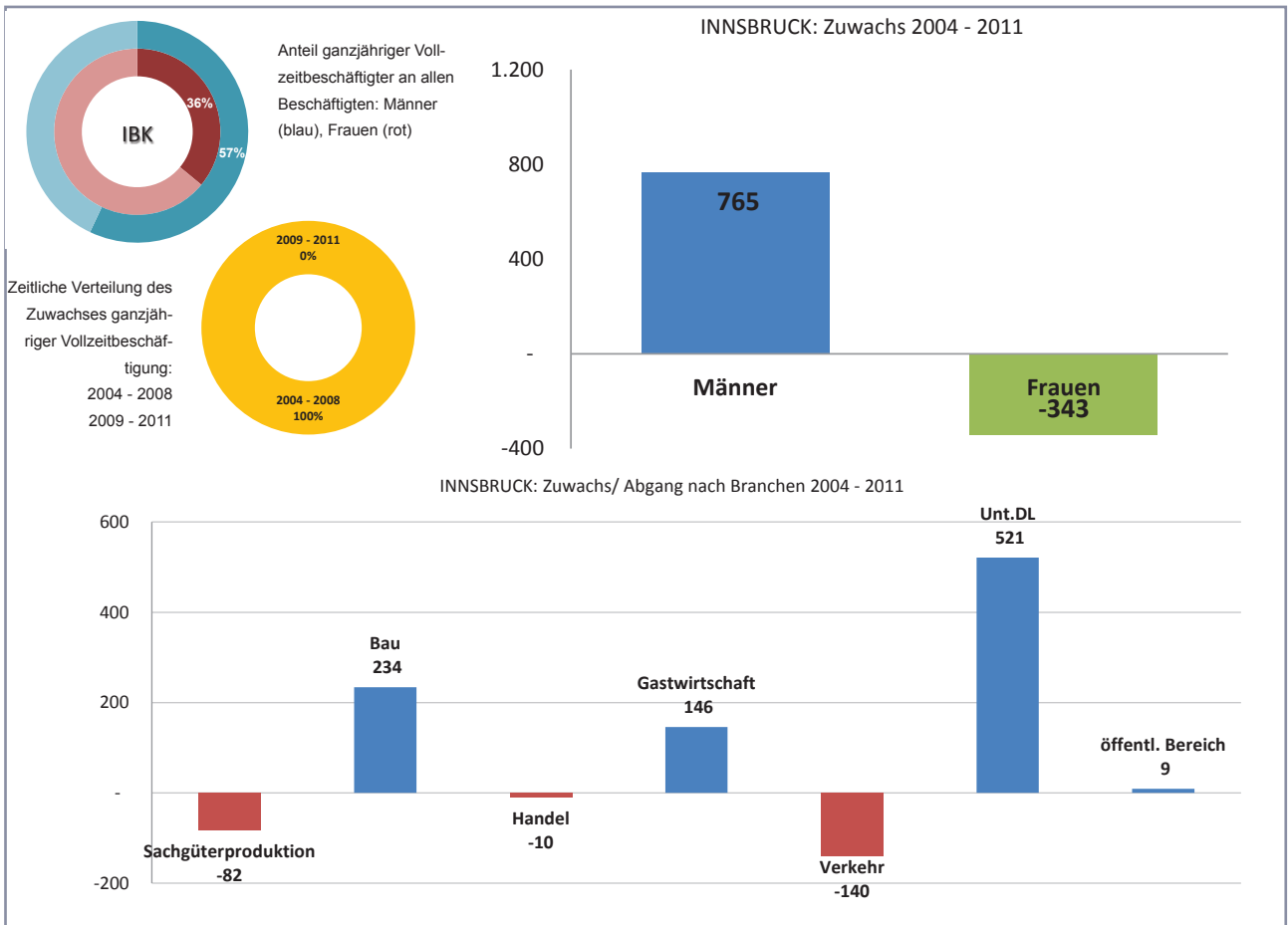
krise am Tiroler Arbeitsmarkt spürbar wurden. In diesem Zeitraum kamen 1.000 in Innsbruck wohnhafte Personen mit einer ganzjährigen Vollzeitstellung hinzu, in den Jahren von 2009 bis 2011 reduzierte sich die Anzahl jedoch um 487 Personen. Besonders ausgeprägt war der Rückgang bei den Frauen: in den Jahren von 2004 bis 2011 kamen 144 Frauen mit Vollzeitstellungen hinzu, von 2009 bis 2011 ging die Zahl der Vollzeit angestellten Frauen jedoch um 487 zurück – mehr als das Dreifache des Zuwachses der Jahre 2004 bis 2008. Es blieb ein Minus von 343 weiblichen Ganzjahresvollzeitangestellten.

In der Sachgüterproduktion waren im Jahr 2011 3.242 Innsbruckerinnen und Innsbrucker tätig, was einem Anteil von 12% aller Innsbrucker Vollzeitangestellten ausmachte. Drei Viertel dieses Personenkreises waren Männer. Im Verlauf der Jahre von 2004 bis 2011 ging die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten um 82 Personen zurück. Trotz dieser im Vergleich zur Gruppengröße eher geringen Veränderung steckte dahinter eine große Beschäftigungsdynamik – im positiven wie im negativen Sinne, denn in den Jahren von 2004 bis 2011 kamen 231 derartig beschäftigte Personen hinzu, von 2009 bis 2011 ging deren Anzahl jedoch um 313 zurück, sodass im Saldo das Minus von 82 Personen stehen blieb.

Im Baubereich waren 2011 etwa 5% (1.411 Personen) aller ganzjährig vollzeitbeschäftigten Innsbruckerinnen und Innsbrucker beschäftigt, zu 94% handelte es sich dabei um männliche Beschäftigte. In den Jahren von 2004 bis 2011 kamen 234 Personen in dieser Beschäftigungsform hinzu. Der Schwerpunkt dieses Zuwachses lag mit einem Anteil von 70% auf dem Zeitabschnitt von 2004 bis 2008.

4.233 Innsbruckerinnen und Innsbrucker waren 2011 in einer ganzjährigen Vollzeitstelle im Handel tätig. 58% dieser Personen waren Männer, 42% Frauen. Über den Analysezeitraum von 2004 bis 2011 stagnierte die Zahl der ganzjährig Vollzeitangestellten weitgehend. Es war lediglich ein leichter Rückgang von 10 Personen mit derartigen Beschäftigungsverhältnissen zu verzeichnen. Unterschiedlich war jedoch die Entwicklung der weiblichen und der männlichen Beschäftigten. Während die Zahl der Frauen in ganzjähriger Vollzeitarbeit in der Branche um 112 Personen zurückging, nahm die Zahl der Männer um 102 Personen zu (daher der Saldo: -10 Personen).

Das Beherbergungs- und Gastronomiewesen spielt in Innsbruck im Vergleich zu anderen Tiroler Bezirken nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.



Im Jahr 2011 waren nur 5% der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Innsbruckerinnen und Innsbrucker in dieser Branche beschäftigt (1.327 Personen). Die Anteile der Männer (56%) und Frauen (44%) waren annähernd ausgeglichen. Von 2004 bis 2011 kamen 146 Personen mit derartigen Beschäftigungsverhältnissen hinzu, wobei der Zuwachs zur Gänze auf männliche Beschäftigte fiel. Die Zahl der vollzeitbeschäftigten Innsbrucker Männer in der Branche nahm um 168 Personen zu, die der Frauen nahm um 22 Personen ab. Zu 98% ging dieser Zuwachs in der Periode von 2004 bis 2008 vor sich.

Rund 8% der jahresdurchgängig im Vollzeitausmaß beschäftigten Personen in Innsbruck arbeiteten in den Betrieben des Verkehrswesens (2.278 Personen), rund 82% davon waren Männer. Im Laufe der Jahre 2004 bis 2011 ging diese Anzahl um 140 Personen, 90% davon Männer, zurück. Die Abnahme erfolgte zur Gänze in den Jahren von 2009 bis 2011. In der Branche der Unternehmensdienstleistungen werden eine Reihe verschiedenartiger Aktivitäten zusammengefasst: diese reichen von Unternehmen im Immobilienbereich bis hin zu Reinigungsfirmen, Werbeagenturen und Arbeitskräfteüberlassungen. Besonders im urbanen Raum gewinnt dieser Wirtschaftsabschnitt rasch an Gewicht.

Im Jahr 2011 waren 3.176 Innsbruckerinnen und Innsbrucker in diesem Bereich tätig, was einem Anteil von 11% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Innsbruck entsprach. Fast zwei Drittel (63%) dieser Beschäftigten waren Männer. Die Zunahme an ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in dieser Branche betrug für die Jahre von 2004 bis 2011 521 Personen, mit Abstand der höchste Zuwachs der analysierten beschäftigungsstarken Branchen. Zu 93% nahmen Männer eine ganzjährige Vollzeittätigkeit auf. Zu drei Viertel (77%) passierte dieser Zuwachs in den Jahren von 2004 bis 2008, danach schwächte er sich ein wenig ab, weitere 23% des Gesamtzuwachses kamen hinzu.

Die stärkste Zunahme ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung war aber im öffentlichen Sektor festzustellen. 9.182 Personen fanden 2011 in der öffentlichen Verwaltung, den Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens, bzw. in den Institutionen des Unterrichts- und Erziehungswesens eine derartige Beschäftigung, das entsprach einem Anteil von 33% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Innsbruck. Der öffentliche Bereich war die einzige der analysierten Branchen, in denen die Frauen die Mehrheit der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten stellten. Mit einem Anteil von 52% übertrafen sie die Männer (48%). Die

Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten Innsbruckerinnen und Innsbrucker im öffentlichen Bereich stagnierte allerdings weitgehend. In den Jahren von 2004 bis 2011 kamen im Saldo lediglich neun Personen hinzu. In den Jahren von 2004 bis 2008 nahm die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im öffentlichen Bereich um 200 Personen zu, von 2009 bis 2011 ging sie um 191 Personen zurück.

### **Imst**

Im Jahr 2011 waren 13.765 Imster Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer ganzjährigen Vollzeittätigkeit beschäftigt. Mehr als zwei Drittel (69%) bzw. 9.556 Personen davon waren Männer, die Zahl der Frauen betrug 4.209 Personen. In den Jahren von 2004 bis 2011 kamen 1.570 Personen im Bezirk hinzu, die ebenfalls in dieser Beschäftigungsform tätig waren. Zum weit überwiegenden Teil handelte es sich um Männer. Deren Anteil am Zuwachs machte 82% (+1.288 Personen) aus, die Frauen befanden sich mit einem Anteil von 18% (+282 Personen) deutlich in der Minderzahl. Fast der gesamte Zuwachs, 93% (+1.466 Personen) fand in den Jahren 2004 bis 2008, vor dem Einsetzen der unmittelbaren Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise am Tiroler Arbeitsmarkt, statt. Nur 7% (+104 Personen) des Zuwachses erfolgte in den Jahren 2009 bis 2011.

Die Sachgüterproduktion spielt, was die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten betrifft, im Bezirk Imst eine etwas geringere Rolle als in anderen Tiroler Bezirken. Mit 2.137 Personen, die in einer solchen Beschäftigungsform tätig waren, stellte sie 15% der Imster Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zu 80% handelte es sich dabei um männliche Beschäftigte. Zur Gänze männlich war der Zuwachs ganzjährig Vollzeitbeschäftigter in den Jahren 2004 bis 2011. Während die Zahl der Männer um 191 Personen anstieg, nahm die Zahl der Frauen um 41 Personen ab, sodass im Saldo ein Gesamtzuwachs von 150 Personen stehen blieb. Zeitlich konzentrierte sich der Zuwachs völlig auf die Jahre von 2004 bis 2008, in der Periode von 2009 bis 2011 ging die Personengruppe der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Imsterinnen und Imster in der Sachgüterproduktion um 12 Personen zurück.

Im Baubereich waren 12% (1.589 Personen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Imst beschäftigt. In der Regel (zu 93%) handelte es sich dabei um männliche Beschäftigte. Die Branche wies in den Jahren 2004 bis 2011 einen starken Zuwachs an Vollzeitbeschäftigten auf: 432 in Imst wohnhafte Personen kamen hinzu, zu 100% männliche Beschäftigte. Auch in dieser Branche lag die Konzentration des Zuwachses auf den Jahren

2004 bis 2008, in denen 88% des Gesamtzuwachses hinzukamen.

Eine der beschäftigungsstärksten Branchen in Imst war der Handel, der mit 2.552 Personen 19% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk auf sich konzentrierte. Mehr als die Hälfte davon waren Männer (61%). Der Handel zeigte in den Jahren 2004 bis 2011 einen Zuwachs von 330 Personen in einer jahresdurchgängigen Vollzeitbeschäftigung, wovon 83% Männer waren. Nur 10% der neu hinzugekommenen Personen nahmen in den Jahren von 2009 bis 2011 eine Tätigkeit im Handel auf, 90% taten dies in den Jahren 2004 bis 2008.

Aufgrund der ausgeprägten saisonalen Beschäftigungsschwankungen spielt das Beherbergungs- und Gastronomiewesen im Bereich der ganzjährigen Vollzeitarbeit nur eine geringe Rolle. So betrug der Anteil der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Imster Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Wirtschaftsbereich im Jahr 2011 auch nur 5% (713 Personen). Überwiegend handelte es sich dabei um weibliche Beschäftigte (53%). 110 Personen mit einem entsprechenden Beschäftigungsverhältnis kamen in den Jahren 2004 bis 2011 hinzu. Bei den neu hinzugekommenen Personen handelte es sich vorwiegend um Männer, welche 58% des Zuwachses ausmachten. Der Personenkreis vergrößerte sich nur in den Jahren von 2004 bis 2008. In diesen Jahren kamen 128 Personen hinzu, von 2009 bis 2011 ging der Personenbestand um 18 Personen zurück, so dass sich im Saldo der Zuwachs von 110 Personen insgesamt ergab.

Im Verkehrsbereich waren 1.529 Personen bzw. 11% der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Imst tätig, wobei der Anteil der männlichen Beschäftigten in der Branche 86% ausmachte. Der Kreis der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in der Branche verkleinerte sich in den Jahren 2004 bis 2011 um 154 Personen, wobei auch hier der Großteil (88%) Männer waren. Fast zwei Drittel (65%) des Schwundes ganzjährig Vollbeschäftigter geschah in den Jahren 2009 bis 2011.

Der breit gefächerte Bereich der Unternehmensdienstleistungen ist ein sich dynamisch entwickelnder Sektor, in dem Teilzeitarbeit eine wichtige Rolle spielt. So waren in den Unternehmensdienstleistungen im Jahr 2011 auch nur 6% der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Imst tätig, mehr als zwei Drittel (69%) davon waren Männer. Über die Jahre von 2004 bis 2011 hinweg kamen 197 vollzeitbeschäftigte Personen in

dieser Branche hinzu, 82% davon waren männliche Beschäftigte. Der Zuwachs war dabei über die Jahre hinweg, im Unterschied zu den anderen analysierten Branchen, beinahe ausgeglichen: 55% des Zuwachses kamen in den Jahren von 2004 bis 2008 hinzu, 45% von 2009 bis 2011.

Der größte Anbieter ganzjähriger Vollzeitarbeit war für die Beschäftigten im Bezirk Imst der öffentliche Sektor. 3.124 Personen bzw. 23% aller Vollzeitbeschäftigten waren in der öffentlichen Verwaltung, dem Gesundheits- und Sozialbereich und im Unterrichts- und Erziehungswesen tätig. Die Geschlechterverhältnisse waren in diesen Bereichen fast ausgeglichen: 54% waren Männer, 46% Frauen. In den Jahren von 2004 bis 2011 nahmen 303 Personen eine jahresdurchgängige Vollzeittätigkeit in diesen Bereichen auf, der Zuwachs war dabei zu jeweils 50% zwischen Frauen und Männern aufgeteilt. Der Schwerpunkt der Ausweitung des Personenkreises der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten lag auf den Jahren 2004 bis 2008, in denen 71% der neu hinzugekommenen Personen ihre Tätigkeiten aufnahmen, weitere 29% folgten in den Jahren von 2009 bis 2011.

#### **Innsbruck-Land**

Innsbruck-Land war und ist einer der beschäftigungsstärksten Bezirke Tirols. Im Jahr 2011 waren 45.795 Personen im Bezirk in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung. Die Männer überwogen dabei deutlich: mehr als zwei Drittel (67%) aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten waren Männer.

Mehr als ein Viertel (27%) des gesamten Tiroler Zuwachses an ganzjährigen Vollzeitarbeitsplätzen betraf Personen mit Wohnort im Bezirk Innsbruck-Land. Im Zeitraum von 2004 bis 2011 kamen unterm Strich 3.211 zusätzliche jahresdurchgängige Vollzeitbeschäftigte im Bezirk hinzu. Zu zwei Drittel waren dies Männer (2.148 Personen bzw. 67%), aber auch etwas über tausend Frauen fanden in eine solche Beschäftigung (1.063 Personen bzw. 33%).

Der gesamte (Saldo-)Zuwachs erfolgte jedoch in der Periode von 2004 bis 2008, in der insgesamt 3.389 Personen mit einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung hinzukamen. Von 2009 bis 2011 reduzierte sich diese Gruppe um 178 Personen. Betroffen davon waren ausschließlich Frauen. Zusammenfassend darf auch im Falle des Bezirkes Innsbruck-Land von einer nachlassenden Dynamik ganzjähriger Vollzeitstellen ausgegangen werden. Neuere Daten werden zeigen, ob es gelingen wird, diese Dynamik nach der Krise wieder in Schwung zu bringen.



In der Sachgüterproduktion waren im Bezirk Innsbruck-Land im Jahr 2011 9.352 Personen ganzjährig Vollzeit tätig, etwa ein Fünftel aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk. 79% dieser Beschäftigten waren Männer. Die Entwicklung des Bestands an Vollzeitbeschäftigten in der Sachgüterproduktion zeigte sich mit einem Zuwachs von 186 Vollzeitarbeiternehmerinnen und -nehmern wenig expansiv und trug nur 6% zum gesamten Wachstum ganzjähriger Vollzeitstellen im Bezirk bei. Dieser Zuwachs erfolgte auch ausschließlich in der Periode vor der Wirtschaftskrise 2009. Bis zu diesem Jahr kamen 575 Ganzjahresvollzeitbeschäftigte hinzu, danach, 2009 bis 2011, ging dieser Bestand um 389 Personen zurück, sodass sich im Saldo der Zuwachs von 186 Personen ergab. Von dem Rückgang waren in erster Linie Männer betroffen, aber auch die Zahl der Frauen in einer Vollzeitbeschäftigung sank, sodass die positive Jobbilanz in der Sachgüterproduktion für den Zeitraum 2004 bis 2011 ausschließlich auf den Zuwächsen vor 2009 beruhte.

Auch die Bauwirtschaft zeigte eine ähnliche Entwicklung. Von den 558 Personen, welche zusätzlich eine ganzjährige Vollzeitbeschäftigung in dieser Branche aufnahmen, kamen 70% (392 Personen) in den Jahren 2004 bis 2008 hinzu. Zu 94% waren es Männer, welche Beschäftigung in diesem Wirtschaftsbereich fanden. Insgesamt trug die Baubranche 17% zur gesamten Beschäftigungsentwicklung ganzjähriger Vollzeitarbeit im Bezirk bei.

In einer ähnlichen quantitativen Dimension trugen die Beschäftigten im Handel bei: von 2004 bis 2011 kamen 519 Personen hinzu – das entsprach 16% des Gesamtzuwachses. Weit überwiegend, zu 86%, waren dies Männer. Aber auch hier erfolgte der Zuwachs an beschäftigten Personen zur Gänze in der Periode von 2004 bis 2008. Im Zeitraum von 2009 bis 2011 kamen zwar 119 weitere Männer in einer jahresdurchgängigen Vollzeitbeschäftigung hinzu, diese Zunahme wurde aber durch einen Rückgang bei den Frauen von 206 Personen überkompensiert, sodass im Saldo ein Schwund von 87 Personen stehen blieb. Im Beherbergungs- und Gastronomiewesen waren ganzjährige Vollzeitstellen in der Regel eher rar. Im Jahr 2011 waren 1.724 Personen mit Wohnsitz in Innsbruck-Land ganzjährig Vollzeit in dieser Branche tätig – ein Anteil von lediglich 4% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten. Auch der Beitrag dieser Branche zum Gesamtzuwachs an ganzjähriger Vollzeitarbeit war mit 6% bzw. 185 Personen begrenzt. Das Geschlechterverhältnis dieser Gruppe zusätzlicher Vollzeitbeschäftigten war mit 53% Männern und 47% Frauen beinahe ausgeglichen. Über zwei Drittel

dieser zusätzlichen Beschäftigten kamen in den Jahren 2004 bis 2008 hinzu.

In den Betrieben des Verkehrswesens war ein Rückgang von 272 Personen mit ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung zu registrieren, zum allergrößten Teil waren davon Männer betroffen. Hier dürfte ein Zusammenhang mit dem Rückgang ganzjähriger Vollzeitstellen im Verkehrswesen in Innsbruck bestanden haben. Dadurch, dass die Daten der Lohnsteuerstatistik auf den Wohnort der Personen abstellen, kann nicht gesagt werden, in welchem Bezirk die Personen letztlich tatsächlich arbeiten. Die Pendelbeziehungen zwischen Innsbruck-Land und Innsbruck-Stadt sind jedoch natürlich sehr eng.

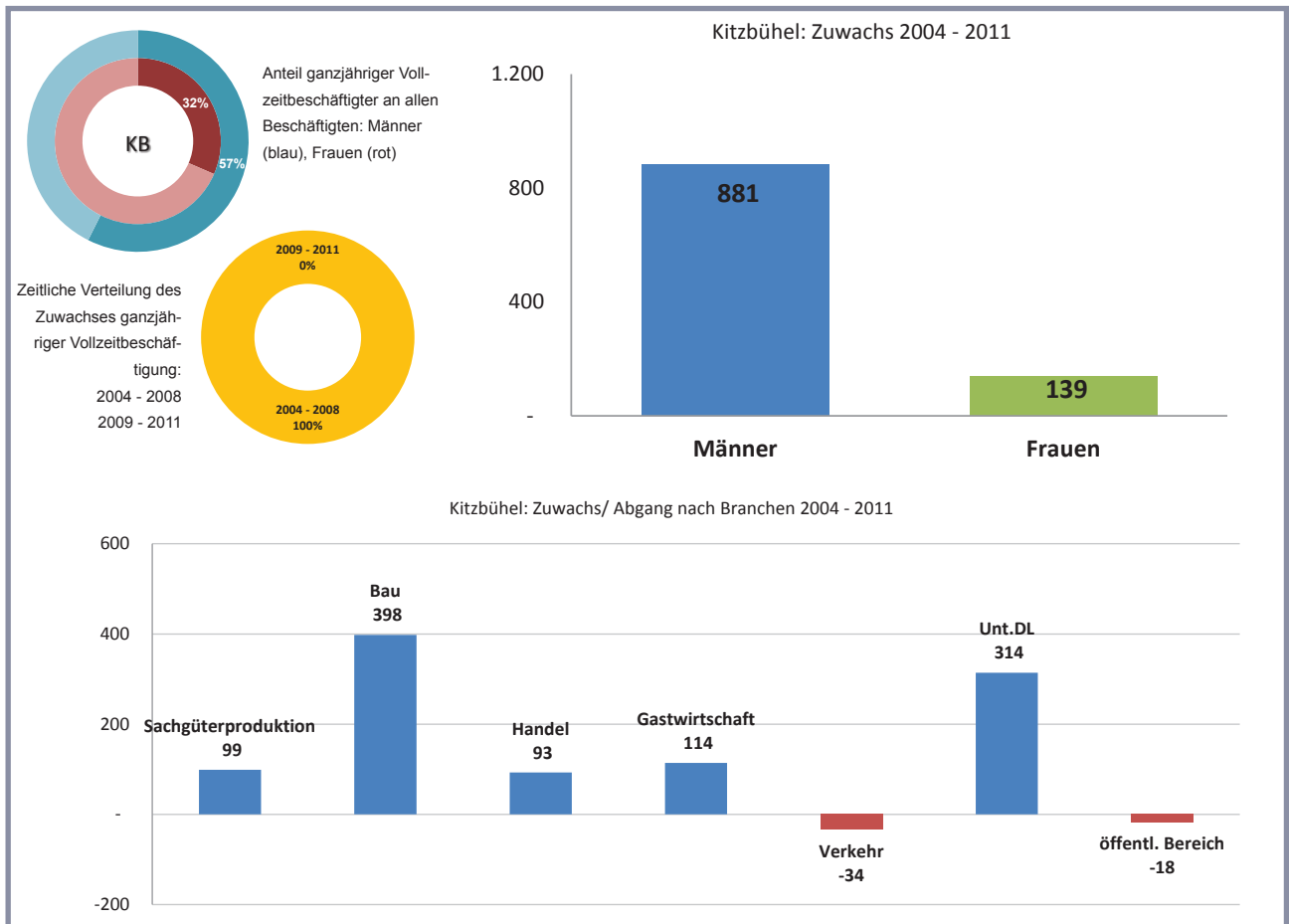
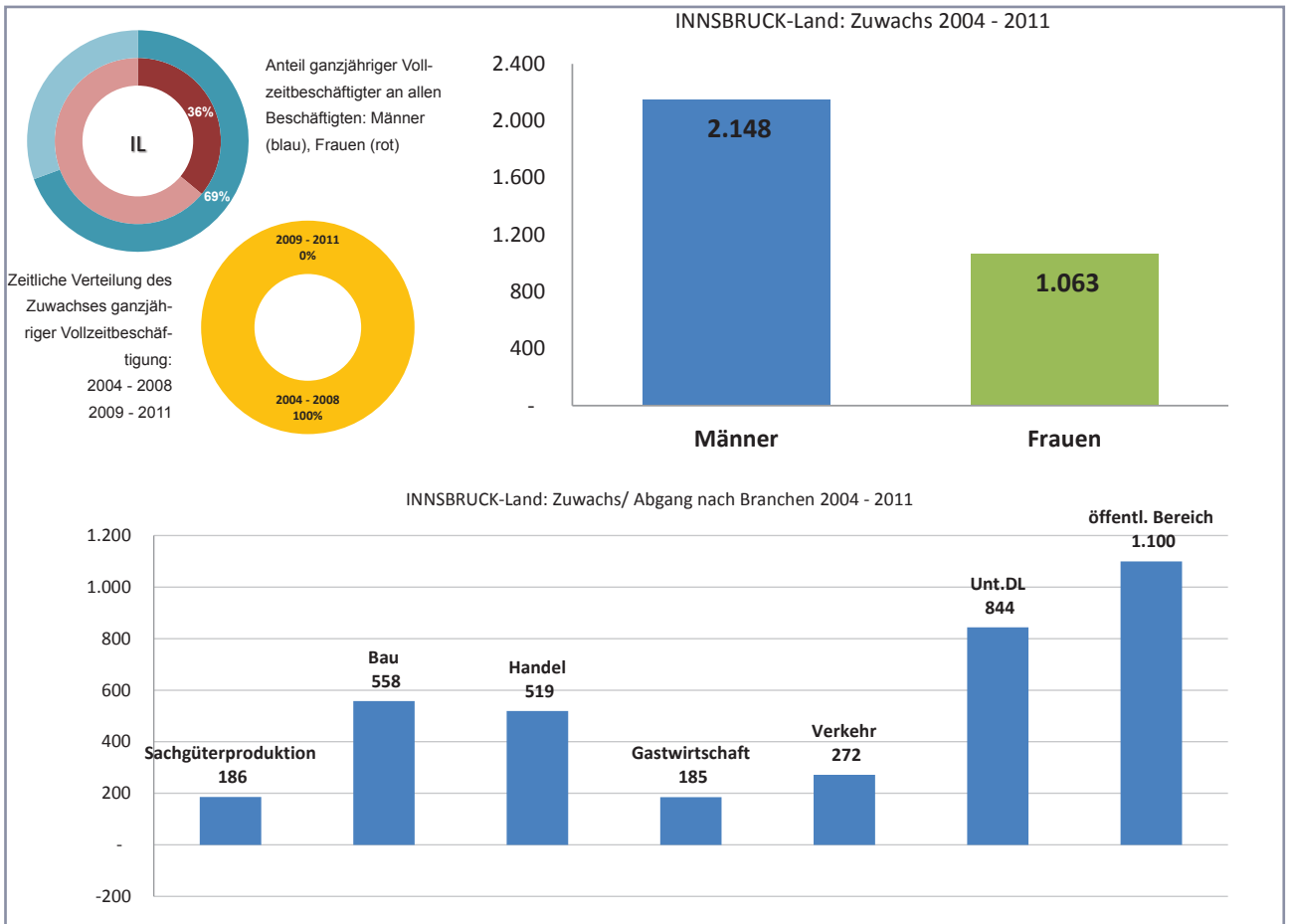
Die Zahl der Personen, welche einer jahresdurchgängigen Vollzeitarbeit in der Branche der Unternehmensdienstleistungen nachgingen, nahm im Beobachtungszeitraum um 844 zu, eine Steigerung um 26%. Rund drei Viertel dieser Personen waren Männer. Im Gegensatz zu den meisten anderen analysierten Branchen, fand die Zunahme verteilt über beide Zeitperioden, von 2004 bis 2008 und von 2009 bis 2011, beinahe gleichmäßig statt. Die Unternehmensdienstleistungen waren auch die Branche, welche die zweithöchsten Einkommen (im Jahr 2011) zu verzeichnen hatten. Im Schnitt erzielten die Vollzeitbeschäftigten ein Nettoeinkommen von € 2.073 pro Monat.

Der größte Anbieter ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung war mit einem Anteil von 27% der öffentliche Bereich, der auch eine deutliche Steigerung der vollzeitbeschäftigten Personen zeigte: 1.100 Personen kamen in den Jahren 2004 bis 2011. Der Großteil davon, mit einem Anteil von 59%, waren Frauen. Die Zunahme konzentrierte sich auf den Zeitraum von 2004 bis 2008, in dem 94% der zusätzlichen Personen ihre Beschäftigung aufnahmen. Mit einem Einkommen von € 2.179 netto im Monat waren in dieser Branche die höchsten Einkommen zu verzeichnen.

### **Kitzbüchel**

In den Jahren von 2004 bis 2011 nahm die Zahl der Personen im Bezirk Kitzbüchel mit einer ganzjährigen Vollzeitanstellung um 1.020 zu. Wie in den anderen Tiroler Bezirken auch, waren der Großteil davon, 86% bzw. 881 Personen, Männer. Im Gegensatz nahm die Zahl der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen um nur 139 Personen zu.

Der gesamte Zuwachs erfolgte in der Zeitperiode von 2004 bis 2008. In dieser Zeit kamen 1.140 Personen in einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis hinzu, von



2009 bis 2011 nahm die Zahl um 120 Personen ab. Personen, welche in der Sachgüterproduktion beschäftigt sind, stellen mit 21% den größten Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter im Bezirk. Ihre Anzahl nahm um 99 Personen zu, wobei der Zuwachs ausschließlich männliche Beschäftigte betraf und nur in den Jahren vor 2009 erfolgte. Von 2004 bis 2008 nahm die Zahl der vollzeitbeschäftigten Personen in der Sachgüterproduktion um 218 zu, fiel aber in der Periode von 2009 bis 2011 um 119 Personen ab.

Im Baubereich kamen in Kitzbühel 398 Personen in einer Vollzeitbeschäftigung hinzu, erneut ausschließlich Männer. Bei den Frauen blieb in der Saldobetrachtung (Zunahmen und Abnahmen gegengerechnet) eine Bilanz von exakt Null. 93% der Zunahme im Baubereich erfolgte in den Jahren vor 2009.

Etwa 16% der im Bezirk wohnhaften ganzjährig Vollzeitbeschäftigten waren im Handel tätig. Von 2004 bis 2011 kamen 93 Personen hinzu. Auch in dieser Branche überwogen die männlich besetzten Beschäftigungsverhältnisse mit einem Anteil von 85% deutlich und erneut erfolgte die Zunahme ausschließlich in den Jahren von 2004 bis 2008. Im Zeitraum von 2009 bis 2011 wurden die Zuwächse bei den Männern (+27 Personen) durch die Rückgänge bei den Frauen (-72 Personen) überkompensiert.

Obwohl der Tourismus für die Kitzbühler Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist, waren nur ca. 7% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk in den Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben tätig. 114 Kitzbühler und Kitzbühlerinnen nahmen in den Jahren 2004 bis 2011 zusätzlich ihre Arbeit in diesem Wirtschaftsbereich auf. Mit einem Anteil von 86% überwogen auch hier die Männer deutlich. 97% dieses Zuwachses erfolgte in den Jahren 2004 bis 2008. Im Verkehrsbereich, der immerhin 10% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk stellte, war ein Rückgang von 34 ganzjährig Vollzeitbeschäftigten zu beobachten. Rückläufig war nur die Zahl der Männer in einer derartigen Beschäftigungsform (-82 Personen), bei den Frauen war eine Zunahme von 48 Personen zu verzeichnen.

Deutliche Zuwächse gab es im Bereich der Unternehmensdienstleistungen. In dieser vielfältigen Branche kamen 314 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte hinzu, 60% davon Männer, 40% Frauen. Erneut lag der Schwerpunkt der Zunahme in den Jahren vor 2009 mit einem Anteil von beinahe zwei Dritteln.

Die Zahl der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im öf-

fentlichen Bereich (öffentliche Verwaltung, Gesundheits- und Unterrichtswesen) ging während des Analysezeitraumes um 18 Personen zurück. Während die Zahl der Männer in diesem Bereich zwar um 32 Personen anstieg, ging diejenige der Frauen um 50 zurück. In der ersten Beobachtungsperiode von 2004 bis 2008 nahm die Zahl der Personen mit einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung im öffentlichen Bereich um 32 zu, von 2009 bis 2011 ging sie um 50 zurück. Die Entwicklung der beschäftigten Frauen in diesem Bereich war stets rückläufig.

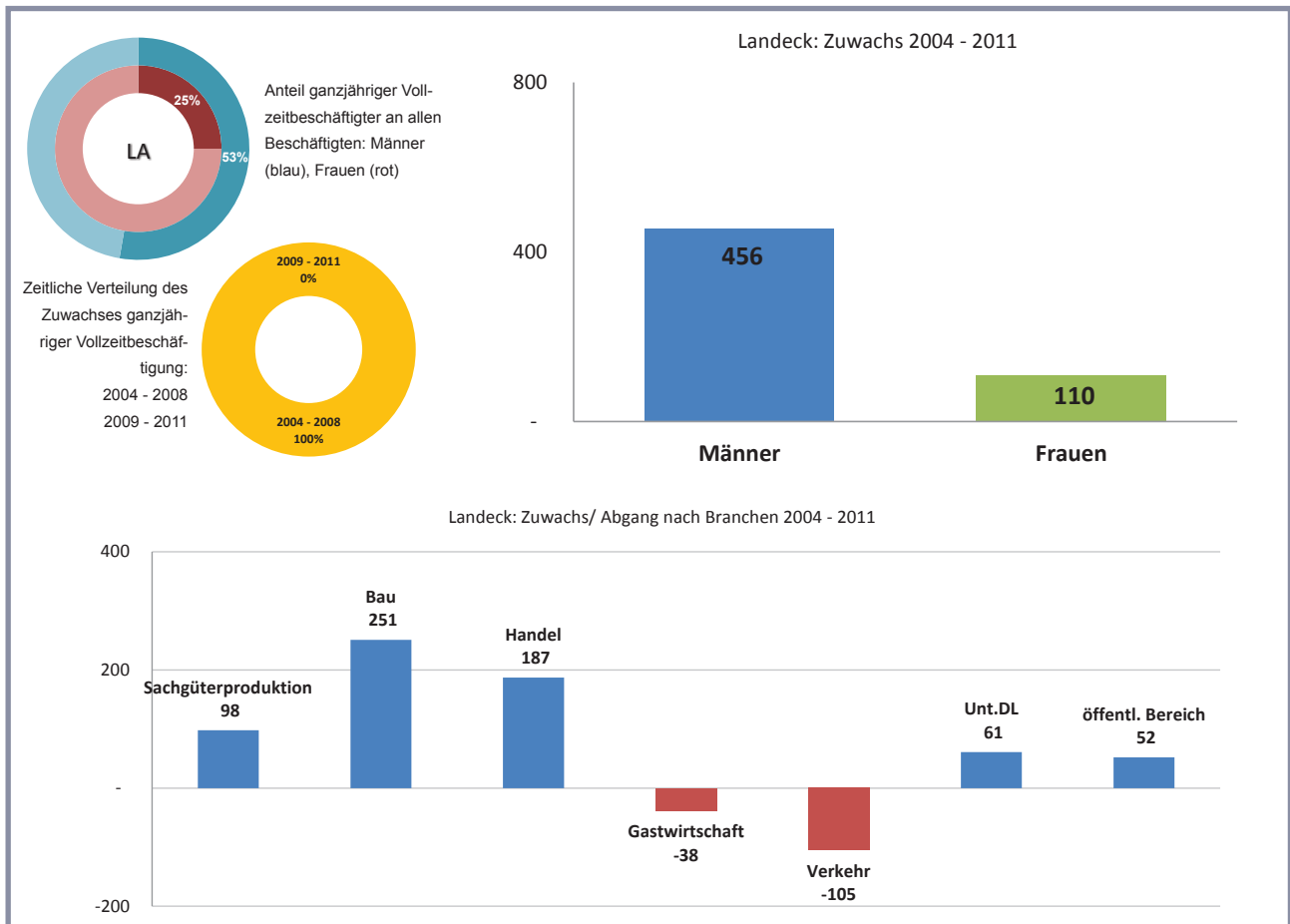
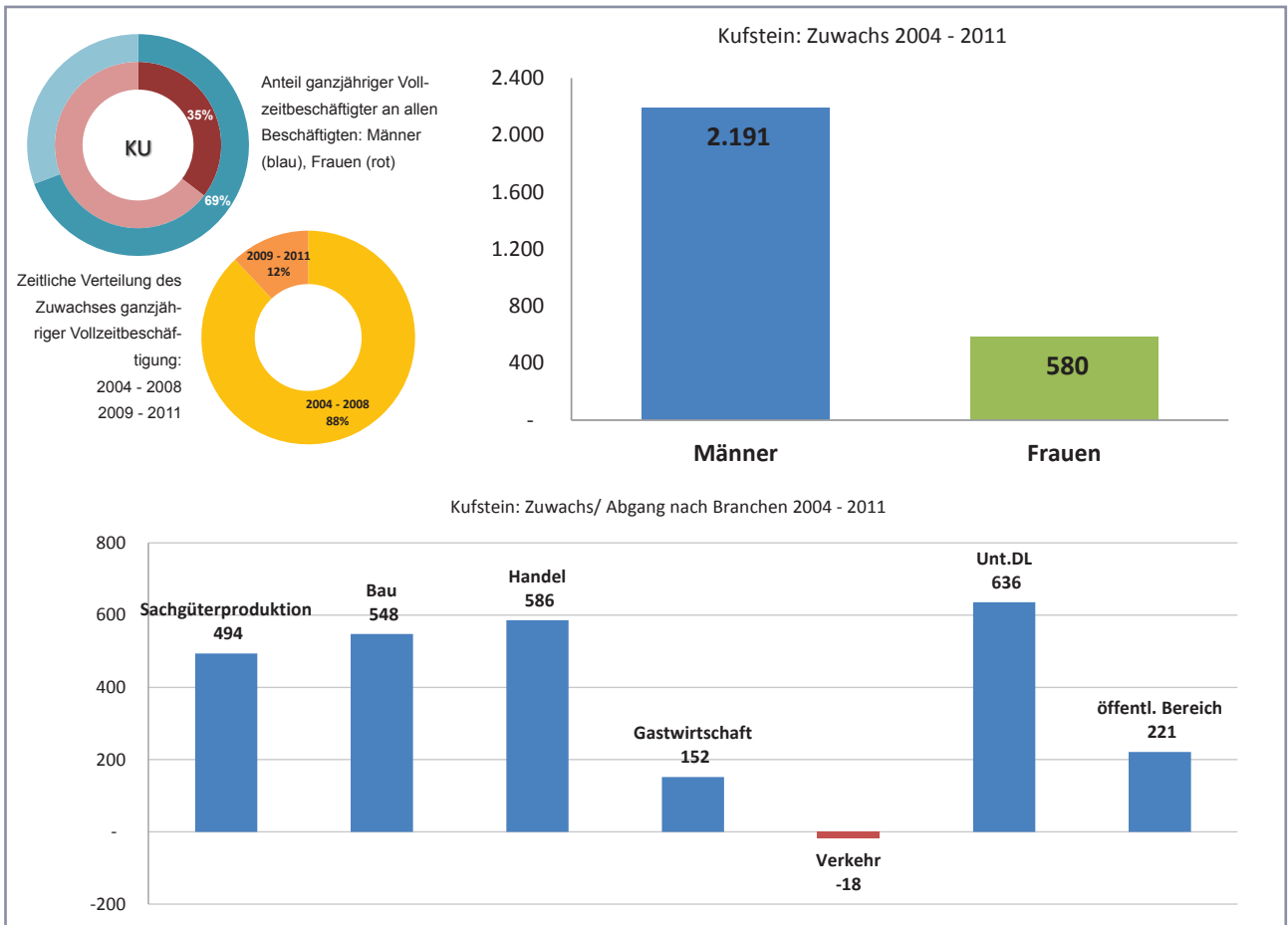
### **Kufstein**

Im Jahr 2011 waren 26.951 Personen aus Kufstein in einem ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnis. Mehr als zwei Drittel davon waren Männer. Von 2004 bis 2011 kamen 2.771 Personen in einem derartigen Beschäftigungsverhältnis hinzu. Das Ungleichgewicht der Geschlechterverhältnisse setzte sich in diesem Zuwachs fort, denn 79% (2.191 Personen) der neu hinzugekommenen Personen in einer Vollzeitstelle waren Männer, nur 580 (21%) waren Frauen.

Der größte Teil des Zuwachses, 88%, fand in den Jahren von 2004 bis 2008 statt. Im Zeitraum von 2009 bis 2011 fand nur bei den Männern im Bezirk ein Wachstum ganzjähriger Vollzeitstellen statt. Einem Plus von 581 zusätzlichen Männern mit jahresdurchgängigen Vollzeitstellen stand ein Minus von 268 Frauen gegenüber.

Im Bezirk Kufstein ist die Sachgüterproduktion das wichtigste Standbein ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung. 2011 waren 31% aller Personen mit einer derartigen Beschäftigung in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Von 2004 bis 2011 kamen 494 vollzeitbeschäftigte Personen in der Sachgüterproduktion hinzu, wobei der Zuwachs ausschließlich bei den Männern passierte, deren Anzahl um 557 zunahm. Die Zahl der Frauen in der Sachgüterproduktion mit einem ganzjährigen Vollzeitjob ging um 83 Personen zurück, sodass dies im Saldo die Zunahme von 494 Personen ergab. In der zeitlichen Betrachtung zeigte sich, dass die Zunahme ausschließlich in der Periode von 2004 bis 2008 stattfand, in der die Zahl der Personen mit einer Vollzeitstelle um 868 zunahm. Von 2009 bis 2011 ging diese Zahl um 374 Personen zurück.

Eine recht deutliche Steigerung fand bei den Personen mit Vollzeitstellen in der Baubranche statt, die rund 9% aller Vollzeitstellen ausmacht. Von 2004 bis 2011 erhöhte sich deren Anzahl um 548, 94% davon



Männer – in der von der Beschäftigungsstruktur stark männlich geprägten Bauindustrie keine große Überraschung. Auch in diesem Wirtschaftsbereich fand der Großteil der Zunahme bereits in den Jahren vor 2009 statt: mehr als zwei Drittel aller zusätzlichen Personen mit einer ganzjährigen Vollzeitstelle kamen in den Jahren von 2004 bis 2008 hinzu.

Im Handel, in dem rund 16% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk tätig sind, kamen 586 Personen hinzu. Der Anteil der Männer an dieser Steigerung lag bei knapp 75%, wobei diese Zunahme ausschließlich in den Jahren von 2004 bis 2008 stattfand (620 Personen kamen in diesem Zeitraum hinzu). Von 2009 bis 2011 ging diese Anzahl um 191 Personen zurück.

Eine nur geringe Bedeutung für die Bereitstellung ganzjähriger Vollzeitstellen hat das Beherbergungs- und Gastronomiewesen. Nur rund 4% (1.020 Personen) der Personen mit einer derartigen Beschäftigungsform arbeiten im Bezirk Kufstein in dieser Branche. Von 2004 bis 2011 kamen 152 ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen in dieser Branche hinzu, 76% davon männlich. 92% des Zuwachses fand in den Jahren von 2004 bis 2008 statt.

Als einzige der beschäftigungsstarken Branchen wies das Verkehrswesen, in dem rund 10% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten des Bezirks arbeiten, eine negative Jobbilanz auf. Von 2004 bis 2011 ging die Anzahl der Personen mit einer jahresdurchgängigen Vollzeitstelle um 18 zurück. Diese Entwicklung betraf nur die Männer. Die Zuwächse bei den Frauen (+127 Personen) wurden durch den Rückgang bei den Männern (-145 Personen) überkompensiert.

Die Branche der Unternehmensdienstleistungen macht etwa 15% der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse im Bezirk Kufstein aus. Im Beobachtungszeitraum von 2004 bis 2011 nahmen die in dieser Branche tätigen Personen mit Vollzeitstellen um 636 zu. Zu 74% waren dies Männer (+469 Personen). Die Zunahme bei den Frauen machte 167 Personen aus. Entgegengesetzt zur zeitlichen Dynamik der anderen Branchen, fand der Großteil des Zuwachses, nämlich über zwei Drittel, im Zeitraum von 2009 bis 2011 statt.

Nach der Sachgüterproduktion und dem Handel ist der öffentliche Bereich (öffentliche Verwaltung, Gesundheits-, Sozial- und Unterrichtswesen) der größte Anbieter ganzjähriger Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse. Im Zeitraum von 2004 bis 2011 kamen rund 221 in dieser Branche tätige Personen mit Vollzeitstellen hinzu. Rund zwei Drittel dieser Personen

waren Frauen (+136 Personen). Mehr als die Hälfte (58%) des Zuwachses fand in der Periode von 2004 bis 2008 statt.

### **Landeck**

Landeck ist seit Jahren laut Lohnsteuerstatistik der einkommensschwächste Bezirk, nicht nur Tirols sondern ganz Österreichs. Einer der wesentlichen Gründe dafür liegt im niedrigen Anteil ganzjähriger Arbeitsplätze, da die Landecker Wirtschaftsstruktur durch die großen touristischen Zentren geprägt ist und deshalb stark durch Saisonalität beeinflusst wird. In Landeck waren 2011 insgesamt 9.647 in Landeck wohnhafte Personen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung tätig. 71% dieser Personen waren Männer, Frauen waren, wie in allen anderen Tiroler Bezirken, vorwiegend in Teilzeitbeschäftigung. In den Jahren von 2004 bis 2011 betrug der Zuwachs von Personen mit Vollzeitstellen 566, wovon 456 Männer (81%) und 110 Frauen waren. Die Zunahme der Personen mit ganzjährigen Vollzeitstellen erfolgte dabei ausschließlich im Zeitraum von 2004 bis 2008, in dem 613 Personen hinzukamen. Von 2009 bis 2011 reduzierte sich diese Anzahl um 47 Personen, sodass im Saldo der Zuwachs von 566 Personen blieb.

Die Sachgüterproduktion mit einem Anteil von etwa 7% der Beschäftigten (alle Arbeitsformen) spielt in Landeck eine im Tirol-Vergleich nur eine untergeordnete Rolle. 2011 waren insgesamt 1.146 ganzjährig vollzeitbeschäftigte Landeckerinnen und Landecker in der Herstellung von Waren beschäftigt, was einem Anteil von 12% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk entsprach. Der Großteil davon, 84%, waren Männer. Von 2004 bis 2011 kamen 98 Personen mit einer jahresdurchgängigen Vollzeitarbeit hinzu, wobei der Zuwachs nur Männer betraf. Zu fast drei Viertel (74%) erfolgte dieser Zuwachs in den Jahren von 2004 bis 2008, danach flachte die Entwicklung deutlich ab.

Im Baubereich waren etwa 14% (1.346 Personen) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk tätig, mit einem Anteil von 93% waren dies fast ausschließlich Männer. Der Zuwachs während des Beobachtungszeitraums von 2004 bis 2011 machte 251 Personen aus (98% davon Männer). Die Zunahme erfolgte zu 100% in den Jahren vor dem Einsetzen der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 (2004 – 2008: +283 Personen), von 2009 bis 2011 ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Personen in dieser Branche um 32 Personen zurück.

Die 1.442 Personen, welche 2011 im Handel beschäftigt waren, machten 15% der ganzjährig Voll-

zeittätigen im Bezirk aus. Mit Anteilen von 55% bzw. 45% war das Verhältnis von Männern und Frauen in dieser Branche fast ausgeglichen. Im Laufe der Periode von 2004 bis 2011 kamen 187 Personen in einer Vollzeittätigkeit im Bezirk hinzu, wobei die Männer mit einem Anteil von 65% (+122 Personen) zu 35% Frauen (+65 Personen) den Überhang hatten. 86% der Zunahme erfolgte im Zeitraum von 2004 bis 2008.

Das Beherbergungs- und Gastronomiewesen stellt zwar die Kerntätigkeiten des in Landeck so wichtigen Tourismus dar, bietet aber mit einem Anteil von etwa 7% (669 Personen im Jahr 2011) nur wenigen ganzjährige Vollzeitbeschäftigung. Mit einem Anteil von 57% dieser Beschäftigten überwogen die ganzjährig vollbeschäftigten Frauen leicht. Von 2004 bis 2011 ging die Zahl der Personen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis leicht zurück (-38 Personen). Während es im Zeitraum von 2004 bis 2011 noch eine Zunahme von 136 Personen in einer Vollzeittätigkeit gab, ging dieser Bestand in den Jahren von 2009 bis 2011 um 174 Personen zurück. Der Rückgang teilte sich dabei fast gleichmäßig auf Männer und Frauen auf: -83 Personen bei den Männern, -91 Personen bei den Frauen.

Das Verkehrswesen umfasst nicht nur Speditionen und die Personenbeförderung per Auto, Bus oder Eisenbahn, sondern auch die Seilbahngesellschaften, welche in Landeck aufgrund der hohen touristischen Intensität eine wichtige Rolle spielen. Mit 1.572 Personen waren rund 16% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 2011 in diesem Wirtschaftsbereich tätig. Männliche Beschäftigte stellten mit einem Anteil von 91% die große Mehrheit. Im Analysezeitraum von 2004 bis 2011 ging die Zahl der Personen, welche in dieser Branche einer Vollzeittätigkeit nachgingen, um 105 zurück. Der Rückgang fand ausschließlich bei den männlichen Beschäftigten statt (-133 Personen), bei den Frauen gab es sogar eine leichte Zunahme von 28 Personen zu beobachten.

In der Branche der Unternehmensdienstleistungen, welche eine ganze Reihe Dienstleistungen von Marketingfirmen bis Reinigungsservices umfasst, gingen 2011 in Landeck 428 Personen einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung nach (ca. 4% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten) – 60% davon waren Männer, 40% Frauen. In den Jahren von 2004 bis 2011 kamen 61 vollzeitbeschäftigte Personen im Bezirk in dieser Branche hinzu. Zu zwei Drittel erfolgte der Zuwachs bei den Männern und zum überwiegenden Teil (74%) im Zeitraum von 2009 bis 2011.

Der öffentliche Bereich war 2011 mit einer Zahl von 2.114 ganzjährig im Vollzeitausmaß tätigen Personen und einem Anteil von 22% an allen Personen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, der größte Arbeitgeber. Die Frauen überwogen mit 57%. Die Zunahme von 52 Personen in diesem Bereich betraf zu zwei Drittel (65%) die Männer. Der Zuwachs fand, im Gegensatz zu den meisten anderen Branchen, zur Gänze im Zeitraum von 2009 bis 2011 statt.

## **Lienz**

Im Jahr 2011 befanden sich 11.494 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bezirk Lienz in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung. Etwa zwei Drittel davon waren Männer (69%), etwa ein Drittel (31%) Frauen. In den Jahren 2004 bis 2011 kamen 1.446 Personen mit einem ganzjährigen Beschäftigungsverhältnis im Bezirk hinzu. Erneut dominierten die Männer mit einem Zuwachs von 853 Personen bzw. einem Anteil von 59%. Bei den Frauen kamen 593 Personen hinzu, ihr Anteil betrug daher 41%.

Mehr als drei Viertel der zusätzlichen Ganzjahresarbeitskräfte (77% bzw. + 1.114 Personen) kamen in den Jahren von 2004 bis 2008 hinzu. Dabei gab es große Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Während bei den Männern ganze 95% der zusätzlichen Vollzeitbeschäftigten von 2004 bis 2008 hinzu kamen und nur 5% im Zeitraum von 2009 bis 2011, zeigten die Frauen eine wesentlich gleichmäßigere Entwicklung. Nur etwas mehr als die Hälfte der zusätzlichen ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen (52%) kamen in den Jahren von 2004 bis 2008 hinzu, 48% von 2009 bis 2011.

Ein großer Anteil der ganzjährig Beschäftigten im Bezirk Lienz ist in der Sachgüterproduktion tätig. 2011 waren es 3.394 Personen bzw. 30% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten. Zu 80% handelte es sich dabei um Männer. In den Jahren von 2004 bis 2011 erfolgte ein Zuwachs von 662 Personen, die in dieser Branche ganzjährig Beschäftigung fanden. Rund zwei Drittel davon (64%) waren Männer. Der Zuwachs erfolgte fast zur Gänze (96%) in den Jahren von 2004 bis 2008.

Mit einem Anteil von 94% war und ist das Baugewerbe eine stark männlich dominierte Branche, in der 2011 1.171 Osttirolerinnen und Osttiroler ganzjährig Vollzeit erwerbstätig waren. Das entsprach einem Anteil von 10% aller Personen in dieser Beschäftigungsform. Der Zuwachs von 256 Personen in dieser Branche mit einer jahresdurchgängigen Vollzeitstelle fand ausschließlich bei den Männern statt, die

Entwicklung bei den Frauen war leicht rückläufig. In den Jahren von 2004 bis 2008 erfolgte der gesamte Zuwachs an Personen in einer derartigen Beschäftigung (+345 Personen), von 2009 bis 2011 ging diese Zahl um 89 Personen zurück.

Im Handel waren 2011 rund 15% der Osttiroler Vollzeitbeschäftigten tätig, 55% davon Männer, 45% Frauen. Der Handel war damit was die Geschlechterverhältnisse betrifft, eine der am meisten ausgeglichenen Branchen. Im Beobachtungszeitraum 2004 bis 2011 kamen 219 Personen mit einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung hinzu, wobei die Anteile der Männer und Frauen ziemlich genau der Branchenverteilung entsprachen (Männer 57%, Frauen 43%). Knapp zwei Drittel (64%) des Zuwachses passierte in den Jahren von 2004 bis 2008, danach flachte die Dynamik merklich ab.

Nur vier Prozent der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Osttirol waren im Beherbergungs- und Gastromiewesen tätig. Zwei Drittel dieser Beschäftigten waren Frauen. Die Gastwirtschaft zeigte wenig Zuwachsdynamik, denn in den Jahren von 2004 bis 2011 kamen – im Saldo – lediglich 32 Personen mit einer jahresdurchgängigen Vollzeitstelle in dieser Branche hinzu. Dies waren ausschließlich Männer, welche in den Jahren von 2004 bis 2008 ihre Tätigkeit aufnahmen (+55 Personen). In den Folgejahren 2009 bis 2011 ging dieser Bestand um 23 Personen zurück.

Die 694 Personen, die im Jahr 2011 im Bereich des Verkehrswesens ganzjährig einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgingen, stellten sechs Prozent aller Ganzzeitbeschäftigten Osttirols dar. Mit einem Anteil von 87% waren die männlichen Beschäftigten deutlich in der Überzahl. Im Laufe der Jahre 2004 bis 2011 ging die Zahl der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen in der Branche um 97 zurück. Der Rückgang betraf vollständig die Gruppe der männlichen Beschäftigten, bei den weiblichen gab es eine leichte Steigerung um 13 Personen. Der Rückgang fand zu 98% in den Jahren von 2004 bis 2008 statt.

Im vielfältigen Bereich der Unternehmensdienstleistungen waren im Jahr 2011 etwa fünf Prozent (524 Personen) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten Osttirols aktiv, fast zwei Drittel davon Männer. In den Jahren von 2004 bis 2011 fand eine Steigerung um 68 Personen mit einem solchen Dienstverhältnis in dieser Branche statt. Hauptsächlich kamen Frauen hinzu, deren Anteil am Gesamtzuwachs machte 73% aus. Die Steigerung erfolgte zur Gänze in den Jahren von 2009 bis 2011, in der Vorperiode zwischen 2004

und 2008 ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten in den Unternehmensdienstleistungen sogar zurück.

Neben der Sachgüterproduktion war der öffentliche Sektor der größte Arbeitgeber für Menschen mit ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungen. Die 2.821 Frauen und Männer (Stand: 2011) in der öffentlichen Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen und in den Bildungseinrichtungen machten einen Anteil von 25% aller Vollzeitstellen aus. Im Laufe der Analyseperiode von 2004 bis 2011 kamen zusätzlich 240 Personen in einem derartigen Beschäftigungsverhältnis hinzu, wobei der Frauenanteil bei rund 70% lag. Zum allergrößten Teil (92%) erfolgte dieser Zuwachs in den Jahren 2009 bis 2011.

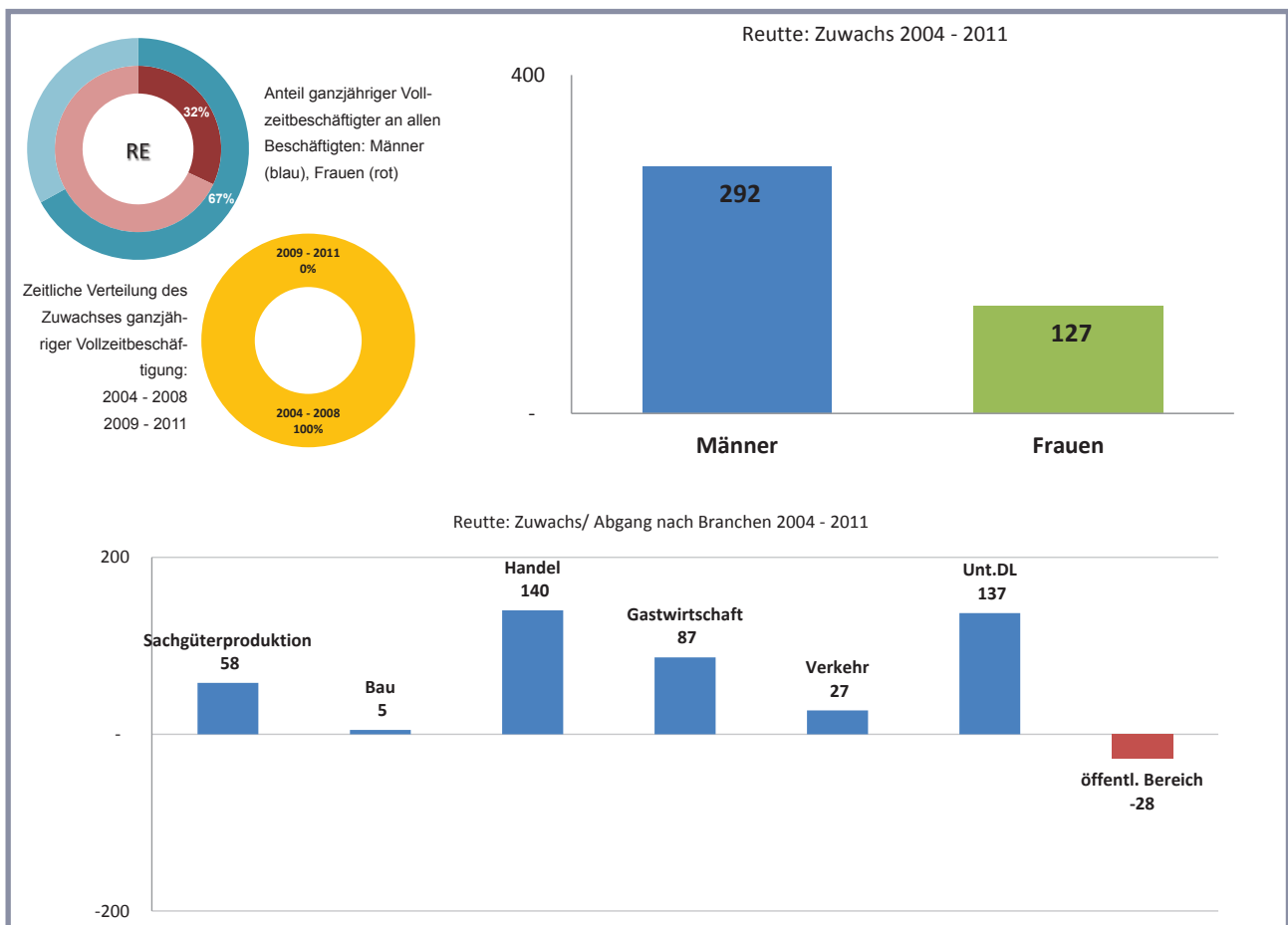
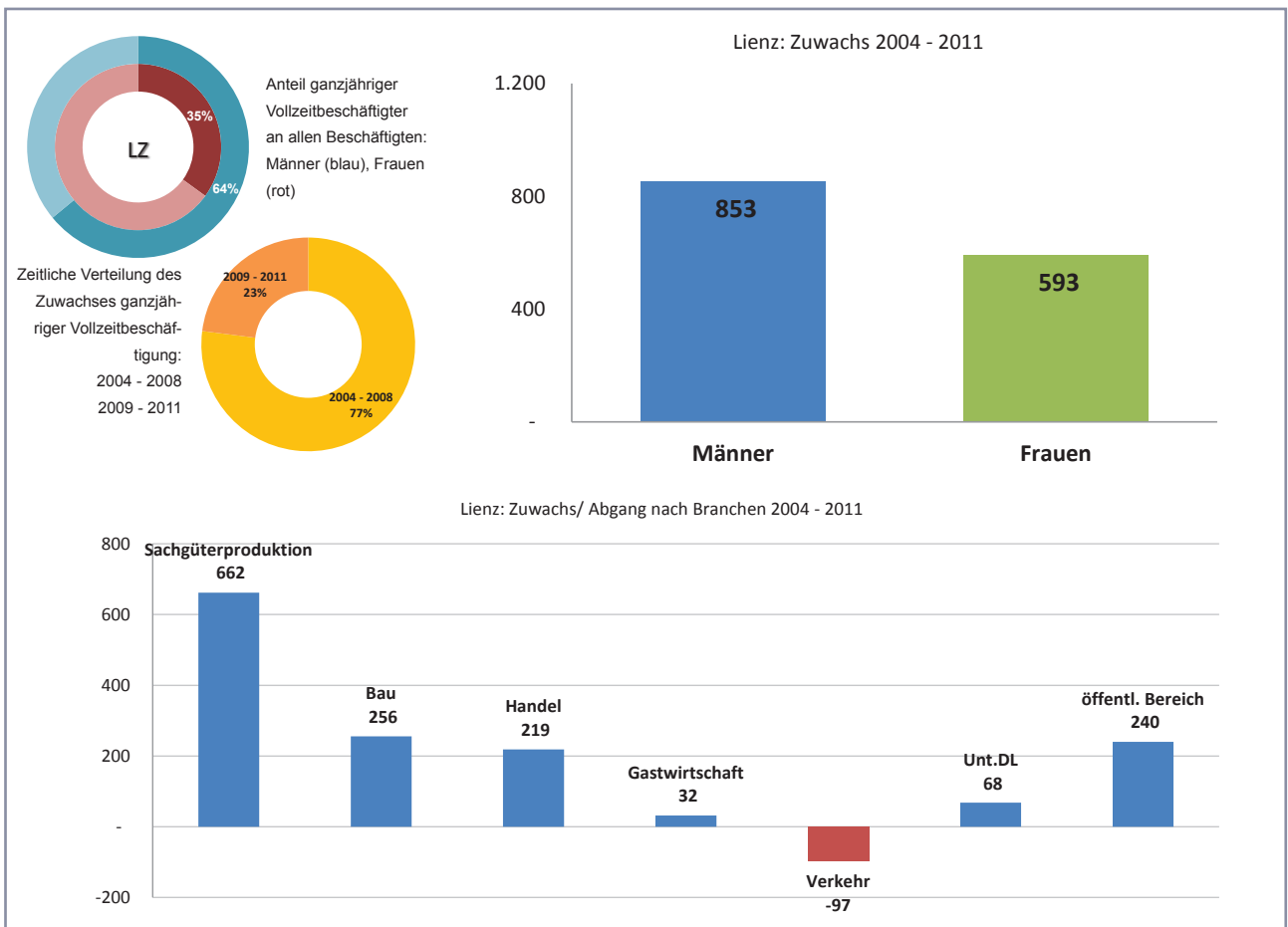
### **Reutte**

Im Jahr 2011 befanden sich 7.859 Personen im Bezirk Reutte in einem ganzjährigen Beschäftigungsverhältnis. Den Großteil dieser Gruppe stellten die Männer mit einem Anteil von 71%. Frauen machten demzufolge lediglich 29% der ganzjährigen Vollzeitangestellten aus, einer der niedrigsten Anteile in Tirol. Die Vollzeitbeschäftigten konzentrierten sich im Wesentlichen auf zwei Branchen: die Produktionswirtschaft und den öffentlichen Sektor.

Von 2004 bis 2011 kamen 419 Personen in einer jahresdurchgängigen Vollzeittätigkeit hinzu, rund 70% des Zuwachses (+292 Personen) waren männliche Beschäftigte. Die Zunahme dieser Personengruppe erfolgte zur Gänze vor dem Jahr 2009. Von 2004 bis 2008 kamen 549 Personen hinzu, nach 2009 schrumpfte die Zahl der Personen um 130.

Der größte Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter fand sich in der Sachgüterproduktion. 2011 waren in dieser Branche 2.876 Personen in einer entsprechenden Beschäftigung, was einem Anteil von 37% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk entsprach. 86% davon waren Männer. Eine signifikante Zunahme – im Saldo - fand in diesem Zeitraum keine statt, die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg von 2004 bis 2011 um lediglich 58 Personen an, ausschließlich Männer.

Hinter diesem eher geringen Anstieg stand aber eine große Dynamik, denn die Zunahme fand zur Gänze in der Periode von 2004 bis 2008 statt. 277 Personen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung kamen in diesem Zeitraum hinzu, allerdings folgte darauf eine Abnahme von 219 Personen im Zeitraum von 2009 bis 2011, sodass im Saldo die Zunahme von 58 Personen übrig blieb. Die Entwicklung bei den Frauen war über den gesamten Analysezeitraum von 2004





bis 2011 negativ (-29 Personen).

Die 459 Personen im Baugewerbe stellten im Jahr 2011 einen Anteil von 6% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk Reutte. Zu 92% waren die Beschäftigten Männer. Im Baugewerbe ergaben sich für die Jahre 2004 bis 2011 nur minimale Veränderungen im Bestand ganzjährig Vollzeitbeschäftigter. 11% betrug der Anteil der 877 jahresdurchgängig im Vollzeitausmaß beschäftigten Personen im Handel an der Gesamtgruppe in Reutte. Die Frauen stellten mit 52% die Mehrheit dieser Beschäftigten. Seit 2004 kamen 140 Personen in einer Vollzeitbeschäftigung in dieser Branche hinzu, wovon knapp 60% erneut Frauen waren. Der Großteil dieses Zuwachses geschah in der Periode von 2004 bis 2008 (83% des Zuwachses).

Die für die Gesamtbeschäftigung wichtige Gastwirtschaft stellte im Jahr 2011 mit 569 Personen lediglich einen Anteil von 7% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk Reutte. 56% dieser Beschäftigten waren Frauen. 87 Personen in einer derartigen Beschäftigung kamen von 2004 bis 2011 hinzu, zu mehr als zwei Drittel handelte es sich dabei um Frauen. Der Zuwachs erfolgte zu 100% im Zeitraum von 2004 bis 2008 (+172 Personen), von 2009 bis 2011 nahm diese Zahl um 85 Personen ab, sodass sich im Saldo der Zuwachs von 87 Personen ergab.

Mit 512 ganzjährig Vollzeitbeschäftigten waren 2011 7% im Verkehrswesen, zu der auch die Seilbahnwirtschaft gehört, tätig. Auch in dieser Branche waren die Männer mit einem Anteil von 84% bei den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten deutlich in der Überzahl. Im Zeitraum von 2004 bis 2011 kamen 27 Personen mit einem Beschäftigungsverhältnis im Vollzeitausmaß hinzu, die gesamte Zunahme ging in den Jahren von 2004 bis 2008 vor sich.

Die Branche der Unternehmensdienstleistungen umfasst vielfältige Aktivitäten, von Werbeagenturen bis Wachdienste und Reinigungsservices. 2011 fanden 503 in Reutte wohnhafte Personen in diesem Wirtschaftsbereich eine ganzjährige Vollzeitstellung, dies entsprach einem Anteil von 4% an der Gesamtgruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten. Rund 64% der Personen waren Männer, 36% Frauen. Im Zeitraum von 2004 bis 2011 nahm die Zahl der Personen mit jahresdurchgängiger Vollzeitarbeit um 137 zu, wobei drei Viertel des Zuwachses Männer betraf. Im Gegensatz zu den meisten der analysierten Branchen erfolgte der gesamte Zuwachs im Zeitraum von 2009 bis 2011 und nicht in den Jahren davor.

Neben dem Produktionssektor, war der öffentliche Bereich der größte Anbieter von ganzjähriger Vollzeitarbeit. 2.114 Personen in Reutte arbeiteten in der öffentlichen Verwaltung, dem Gesundheits- und Sozialwesen und im Unterrichtswesen. Diese Personen, knapp 57% davon Frauen, stellten über ein Fünftel aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Bezirk. Im Zeitverlauf 2004 bis 2011 vergrößerte sich die Gruppe der Vollzeitangestellten in diesem Bereich um 52 Personen, wovon 65% männlich waren. Der Zuwachs an ganzjährig Vollzeitbeschäftigten erfolgte gänzlich in den Jahren 2009 bis 2011.

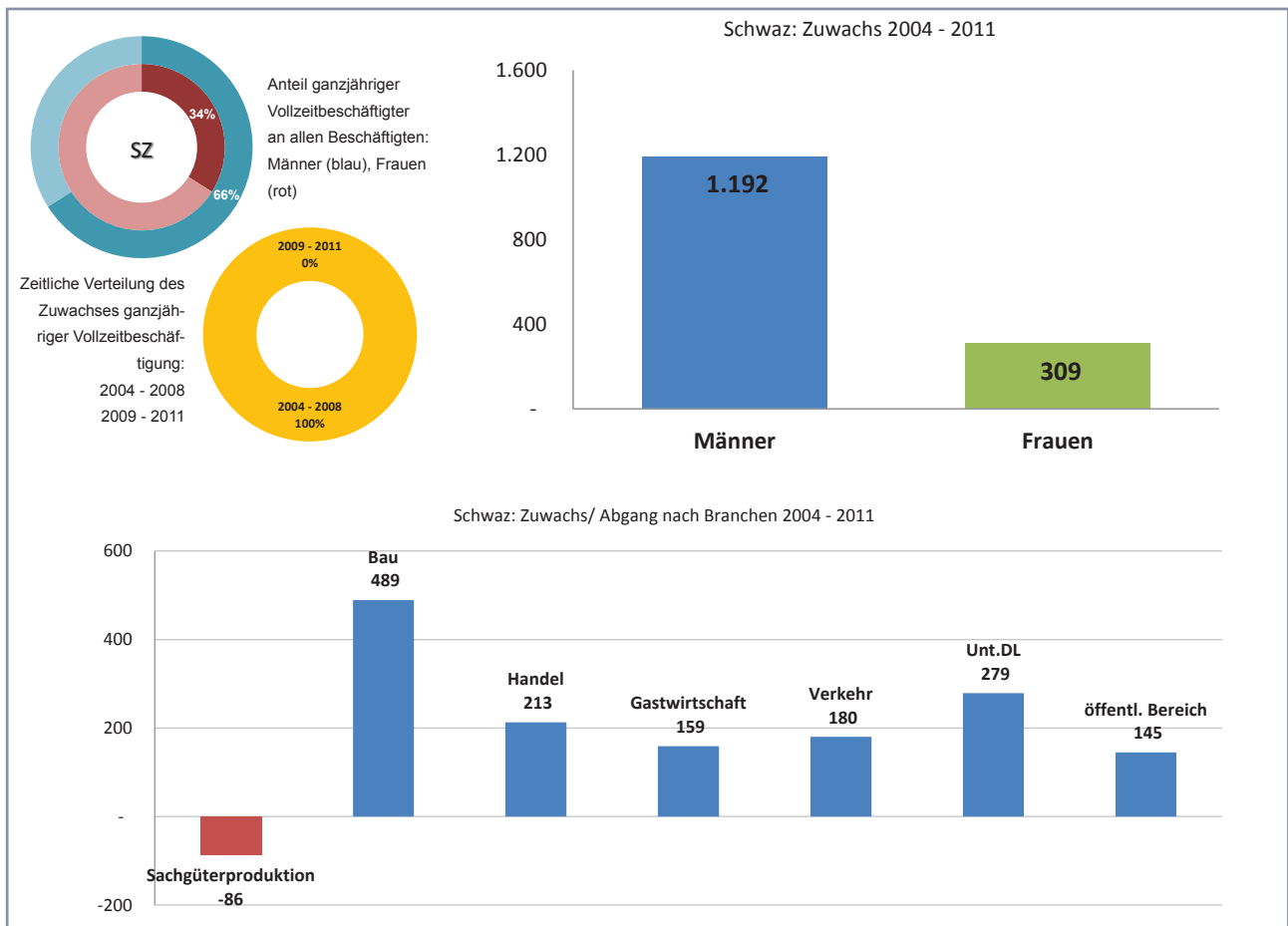
### **Schwaz**

Im Jahr 2011 waren 21.649 in Schwaz wohnhafte Personen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung tätig. Mehr als zwei Drittel (69%) davon waren Männer, die Frauen machten etwas weniger als ein Drittel (31%) aus. Im Zeitraum von 2004 bis 2011 kamen 1.501 zusätzliche Personen mit jahresdurchgängigen Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen hinzu. Auch hier neigte sich die Waagschale deutlich zu den männlichen Beschäftigten: 79% (1.192 Personen) der zusätzlichen Vollzeitbeschäftigten waren Männer, 21% (309 Personen) waren Frauen.

Der gesamte Zuwachs an ganzjährig beschäftigten VollzeitarbeitnehmerInnen fand in den Jahren von 2004 bis 2008 statt, danach stagnierte die Entwicklung. Von 2009 bis 2011 ging die Zahl der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen sogar leicht zurück (-74 Personen).

Rund ein Drittel aller Personen (32% bzw. 6.882 Personen) im Bezirk mit einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung war in der Sachgüterproduktion tätig. Der Männeranteil an dieser Gruppe betrug 79%. Allerdings stagnierte die Beschäftigungsentwicklung in dieser Branche deutlich. Über den gesamten Zeitraum von 2004 bis 2011 betrachtet, reduzierte sich die Zahl der ganzjährig Beschäftigten im Vollzeitausmaß um 86 Personen, wobei das Minus gänzlich auf einem Rückgang bei den Frauen beruhte.

Mit einem Personenbestand von 2.486 waren 11,5% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten im Baugewerbe tätig. Der Großteil davon, 91%, waren Männer. 2004 bis 2011 nahm die Zahl der Personen in dieser Beschäftigungsform in der Branche um 489 zu. Zwei Drittel dieser Zunahmen, die fast gänzlich männliche Beschäftigte betraf (deren Anteil am Zuwachs lag bei 97%), geschahen in den Jahren von 2004 bis 2008. Im Handel waren im Jahr 2011 3.057 Personen der



in Schwaz wohnhaften Personen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung tätig, was einem Anteil von 14% aller Personen in dieser Beschäftigungsform entsprach. Etwas mehr als die Hälfte (56%) waren männliche Beschäftigte. Im Laufe der Jahre 2004 bis 2011 kamen 213 Personen hinzu, mehrheitlich (60%) Frauen. Die Zunahme erfolgte ausschließlich im Zeitraum von 2004 bis 2008 (+213 Personen), in den Jahren 2009 bis 2011 nahm die Personengruppe geringfügig um 3 Personen ab.

Trotz der wichtigen wirtschaftlichen Bedeutung des Beherbergungs- und Gastronomiewesens, dem Kernbereich des Tourismus, waren nur 6% aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Schwaz in dieser Branche tätig. Der Frauenanteil an diesen Beschäftigten machte 55% aus, damit war die Gastwirtschaft einer der wenigen Wirtschaftsbereiche, in denen die Frauen in ganzjähriger Vollzeittätigkeit in der Mehrzahl waren. Im Laufe der Jahre 2004 bis 2011 kamen 159 ganzjährig Vollzeitbeschäftigte im Bezirk hinzu, allerdings in der Mehrzahl (71%) Männer. Die Zunahme erfolgte – im Saldo – ausschließlich in den Jahren von 2004 bis 2008, danach, von 2009 bis 2011, ging die Zahl der Vollzeittätigen in der Branche um 57 Personen zurück. Der Rückgang betraf nur weibliche Beschäftigte.

Im Verkehrswesen waren 8% (1.829 Personen) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Schwaz tätig, zu 80% waren dies Männer. 180 Personen in dieser Beschäftigungsform kamen in den Jahren 2004 bis 2011 hinzu. Der Zuwachs war überwiegend männlich geprägt (63% der hinzugekommenen Personen waren Männer) und erfolgte in der Hauptsache in der Periode von 2004 bis 2008 (94%).

Der Wirtschaftsabschnitt der Unternehmensdienstleistungen ist eine im Strukturwandel wachsende, sehr vielfältige Branche, in der allerdings 2011 nur 5% der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (1.098 Personen) in Schwaz tätig waren. 61% davon waren Männer, 39% Frauen. Der Zuwachs in den Jahren 2004 bis 2011 betrug 279 Personen, wovon wiederum 66% Männer waren. Im Gegensatz zum Großteil der analysierten Branchen, erfolgte der Zuwachs überwiegend in den Jahren 2009 bis 2011 (81%), nur 19% des Zuwachses erfolgte in den Vorkrisenjahren. Neben der Sachgüterproduktion war der öffentliche Bereich der größte Anbieter von jahresdurchgängigen Vollzeit Arbeitsplätzen. Rund 15% aller in Schwaz wohnhaften Vollzeitbeschäftigten waren in der öffentlichen Verwaltung, dem Gesundheits- und Sozialwesen bzw. im Erziehungs- und Unterrichtswesen tätig. Von 2004 bis 2011 nahm die Zahl der ganzjährig voll-

zeitbeschäftigten Schwazerinnen und Schwazer in diesen Bereichen um 145 Personen zu. Die Zuwächse bei Männern (46%) und Frauen (54%) hielten sich dabei beinahe die Waage. Zu zwei Drittel erfolgte die Zunahme in den Jahren von 2009 bis 2011.

## Methodische Hinweise

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten der Lohnsteuerstatistik, wie sie jährlich von der Statistik Austria bereitgestellt werden. Mittels eines Zuordnungsverfahrens werden die Datenfälle von der Statistik Austria bestimmten Beschäftigungsformen zugeordnet, die es ermöglichen einen Wandel in den Beschäftigungsformen nachzuvollziehen. Um dies für Tirol leisten zu können, wurde eine Sonderauswertung der Lohnsteuerdaten für die Jahre 2004 bis 2011 von der Statistik Austria eingeholt.

## Vergleichbarkeit mit Beschäftigtenstatistiken des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger

Die Beschäftigtenzahlen der Lohnsteuerstatistik unterscheiden sich methodisch von den Beschäftigtenzahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Zum einen orientieren sich die Zahlen der Lohnsteuerstatistik am Wohnort der Personen und nicht am Arbeitsort. Zum anderen handelt es sich bei den Jahreszahlen in der Lohnsteuerstatistik um keine Durchschnittswerte, sondern um Aufsummierungen. Das bedeutet, dass in Tirol wohnhafte Personen, die eine Beschäftigung innehaben, zum Bestand der Beschäftigten gezählt werden. Monate mit beispielsweise schwächerer Beschäftigung drücken nicht den Jahreswert. Deshalb sind die Beschäftigtenzahlen in der Lohnsteuerstatistik auch höher als die Durchschnittswerte der Beschäftigtenzahlen in der Statistik des Hauptverbandes.

## Klassifikation nach ÖNACE 2003

Um eine möglichst lange vergleichbare Zeitreihe nach Wirtschaftsklassen zu ermöglichen, folgen die Daten der ÖNACE 2003 Systematik. Im Vergleich zur Klassifikation nach der aktuellen ÖNACE 2008 ergeben sich dadurch einige Unterschiede, welche in erster Linie den Wirtschaftsabschnitt „Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen“ (ÖNACE „K“) betreffen. Dieser Wirtschaftsabschnitt wurde mit der Neustrukturierung in der ÖNACE 2008 im Wesentlichen in Teilbereiche aufgeteilt (ÖNACE 2008 - Abschnitte J bis N). Die Aussagekraft der vorliegenden Analyse wird dadurch nicht beeinträchtigt, da im Mittelpunkt die Bestandszahlen der beschäftigten Personen in Tirol und ihre jeweiligen Arbeits-

formen stehen. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Personen nach Wirtschaftsklassen steht dabei nicht im Fokus.

## Fokus auf beschäftigungsstarke Wirtschaftsabschnitte

Analysiert werden die beschäftigungsstärksten Branchen der Tiroler Wirtschaft. Diese sind:

- Sachgütererzeugung (ÖNACE 2003 „D“)
- Bauwesen (ÖNACE 2003 „F“)
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (ÖNACE 2003 „G“)
- Beherbergungs- und Gaststättenwesen (ÖNACE 2003 „H“)
- Verkehr und Nachrichtenübermittlung (ÖNACE 2003 „I“)
- Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen (ÖNACE 2003 „K“)
- der öffentliche Bereich, zusammengefasst aus:
  - o Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung (ÖNACE 2003 „L“)
  - o Unterrichtswesen (ÖNACE 2003 „M“)
  - o Gesundheits-, Veterinär-, und Sozialwesen (ÖNACE 2003 „N“)

## Unterscheidung Vollzeit - Teilzeit

Aus der Lohnsteuerstatistik können vier verschiedene Typen der Beschäftigung unterschieden werden, die sich aus der Verkreuzung von Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit, sowie von ganzjähriger und nichtganzjähriger Beschäftigung ergeben:

- Ganzjährige Vollzeitarbeit
- Nichtganzjährige Vollzeitarbeit
- Ganzjährige Teilzeitarbeit
- Nichtganzjährige Teilzeitarbeit

Allerdings bringen diese vier Arbeitsformen in der inhaltlichen Interpretation Abgrenzungsschwierigkeiten mit sich. Eine unbefristete Vollzeitstellung die während eines Jahres aufgelöst wird, scheint in den Daten als nichtganzjährige Vollzeitarbeit auf und ist somit nicht von einer saisonalen Beschäftigung, die von vornherein nicht als Ganzjahrestätigkeit angelegt ist, zu unterscheiden. Um dadurch entstehende Unschärfen, z.B. über das Ausmaß von Saisonarbeit, zu vermeiden, beschränkt sich die vorliegende Analyse auf eine Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

Einzig Personen mit ganzjähriger Vollzeitarbeit werden gesondert analysiert. Hier gilt die Einschränkung, dass durch den gewählten Ansatz nur

Personen betrachtet werden, die in den jeweiligen Kalenderjahren tatsächlich das gesamte Jahr über in einer entsprechenden Vollzeitbeschäftigung tätig waren. Personen, deren Beschäftigungsverhältnisse unter dem Jahr beendet wurden, werden in dieser Betrachtungsweise nicht berücksichtigt.

### **Saldenbetrachtung**

Die Darstellung von Zunahme oder Abnahme von beschäftigten Personen in einem Wirtschaftsabschnitt oder einer Region beruht auf einer Saldenbetrachtung der Differenzen der Veränderungen im Personenbestand der einzelnen Jahre von 2004 bis 2011. Dies bringt mit sich, dass auch hinter numerisch kleinen Veränderungen, große Beschäftigungsdynamiken stehen können. Beispielsweise beträgt nahm die Zahl der Beschäftigten in der Tiroler Sachgüterproduktion in den Jahren von 2004 bis 2011 um lediglich 381 Personen zu. Dahinter verbergen sich jährliche Beschäftigungsschwankungen von teilweise mehreren hundert Personen, die sich jedoch im Laufe der Jahre weitgehend ausgleichen.

# IN ZAHLEN

## Das erste Quartal 2014

### Der Arbeitsmarkt in Österreich: Quartal I 14 & IV 2013

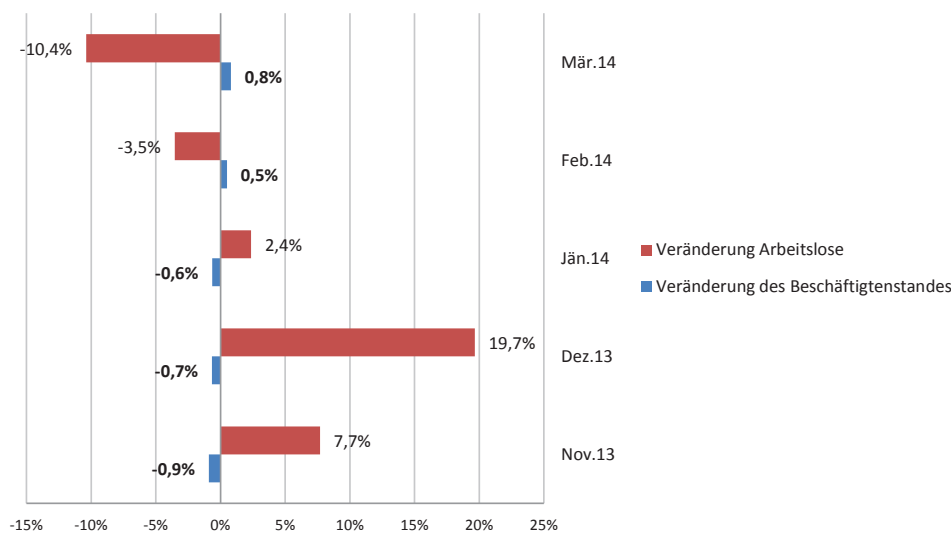
Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Okt.13	3.502.645	1.880.402	1.622.243	280.336	131.323	149.013	7,4%	7,5%	7,3%
Nov.13	3.471.364	1.854.083	1.617.281	301.898	136.340	165.558	8,0%	7,8%	8,2%
Dez.13	3.448.743	1.805.455	1.643.288	361.279	134.278	227.001	9,5%	7,6%	11,2%
Jän.14	3.426.857	1.792.813	1.634.044	369.837	133.036	236.801	9,7%	7,5%	11,7%
Feb.14	3.444.192	1.806.102	1.638.090	356.745	130.753	225.992	9,4%	7,4%	11,1%
Mär.14	3.472.178	1.842.645	1.629.533	319.715	131.801	187.914	8,4%	7,5%	9,2%

Veränderung gegenüber Vormonat									
Nov.13	-0,9%	-1,4%	-0,3%	7,7%	3,8%	11,1%	0,6	0,3	0,9
Dez.13	-0,7%	-2,6%	1,6%	19,7%	-1,5%	37,1%	1,5	-0,2	3,0
Jän.14	-0,6%	-0,7%	-0,6%	2,4%	-0,9%	4,3%	0,2	-0,1	0,5
Feb.14	0,5%	0,7%	0,2%	-3,5%	-1,7%	-4,6%	-0,3	-0,1	-0,6
Mär.14	0,8%	2,0%	-0,5%	-10,4%	0,8%	-16,8%	-1,0	0,1	-1,9

Q: AMS - Monatswerte, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten  
ÖSTERREICH



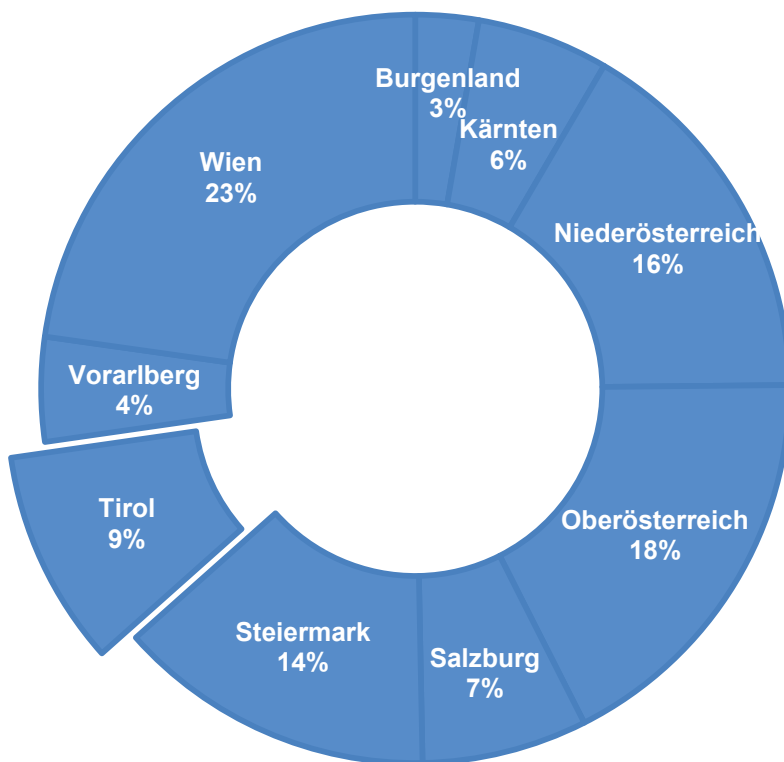
In der Zahl der Beschäftigten und der Zahl der Arbeitslosen in Österreich zeigte sich ein deutlicher saisonaler Effekt. Bis Jänner 2014 ging die Beschäftigung jeweils im Vergleich mit dem Vormonat zurück und die Arbeitslosigkeit stieg an.

Mit Februar 2014 drehte diese Entwicklung, die Beschäftigung stieg wieder an und die Arbeitslosigkeit ging zurück.

Bei den Frauen ergab sich im März 2014 der Effekt, dass sowohl die Beschäftigung gegenüber dem Vormonat zunahm (+2,0%), als auch die Arbeitslosigkeit (+0,8%).

## Unselbständige Beschäftigte in Österreich

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q I 2014	Q I 2013	Veränderung %	absolut
Burgenland	93.941	91.926	2,2%	2.015
Kärnten	196.475	197.044	-0,3%	-569
Niederösterreich	565.985	563.918	0,4%	2.067
Oberösterreich	610.374	604.767	0,9%	5.607
Salzburg	246.355	246.562	-0,1%	-207
Steiermark	473.542	469.299	0,9%	4.243
Tirol	320.886	318.233	0,8%	2.653
Vorarlberg	155.173	152.780	1,6%	2.393
Wien	785.011	778.289	0,9%	6.722
<b>ÖSTERREICH</b>	<b>3.447.742</b>	<b>3.422.818</b>	<b>0,7%</b>	<b>24.924</b>



Anteile der Bundesländer an allen unselbständigen Beschäftigten im ersten Quartal 2014

Gegenüber dem ersten Quartal 2013 stieg die Beschäftigung in den drei ersten Monaten von 2014 um 0,7% an. Die deutlichste prozentuale Beschäftigungszunahme gab es im Burgenland mit einem Plus von 2,2%. Auch in Vorarlberg stieg die Beschäftigung mit einer Zunahme von 1,6% deutlich überdurchschnittlich an.

Beschäftigungsrückgänge gab es in Kärnten (-0,3%) und im geringeren Ausmaß in Salzburg (-0,1%).

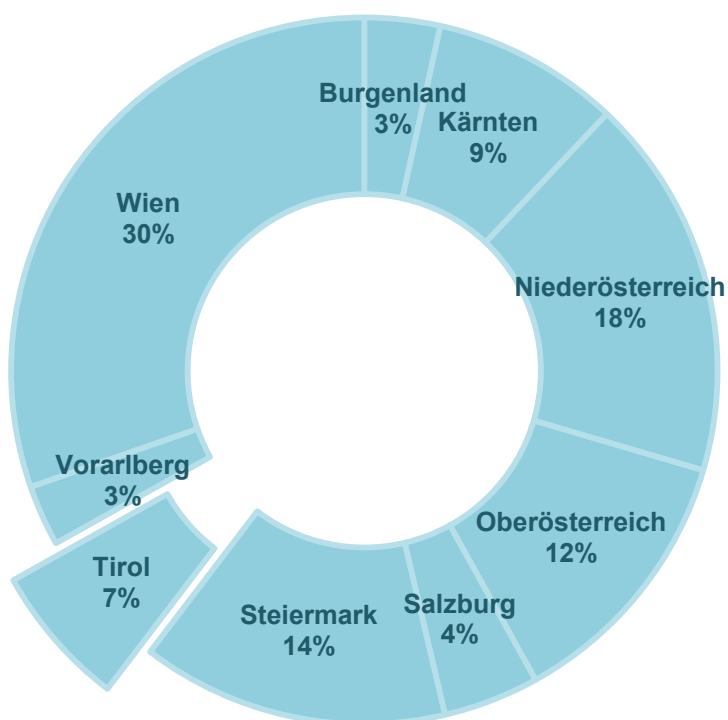
Tirol lag mit einer Zunahme der Beschäftigung von 0,8% bzw. von zusätzlichen 2.653 Personen etwas über dem österreichischen Durchschnitt von 0,7%.

Insgesamt stieg die Beschäftigung in Österreich um fast 25.000 Personen an.

## Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

	durchschnittliche Arbeitslosigkeit			
	Q I 2014	Q I 2013	ggü. VQ	absolut
Burgenland	12.072	11.652	3,6%	420
Kärnten	29.962	28.598	4,8%	1.364
Niederösterreich	61.059	57.190	6,8%	3.869
Oberösterreich	43.269	39.067	10,8%	4.201
Salzburg	15.293	13.616	12,3%	1.677
Steiermark	48.973	46.419	5,5%	2.554
Tirol	22.761	19.406	17,3%	3.355
Vorarlberg	9.716	9.161	6,1%	555
Wien	105.814	93.180	13,6%	12.634
<b>ÖSTERREICH</b>	<b>348.919</b>	<b>318.289</b>	<b>9,6%</b>	<b>30.630</b>

Q: AMS - Monatsdaten; Eigenberechnung der AK



Anteile der Bundesländer an allen Arbeitssuchenden im ersten Quartal 2014

Neben der Beschäftigung stieg aber auch die Arbeitslosigkeit an. Eine österreichweite Zunahme der Zahl der Arbeitslosen von 9,6% bedeutete über 30.000 Personen mehr auf Jobsuche.

Über die ersten drei Monate des Jahres 2014 gesehen, hatte Tirol die größte Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Der milde Winter und das frühe Saisonsende trugen dazu bei, die Zahl der Ar-

beitslosen in Tirol um 3.355 Personen ansteigen zu lassen - um 17,3% mehr als im ersten Quartal des Vorjahres.

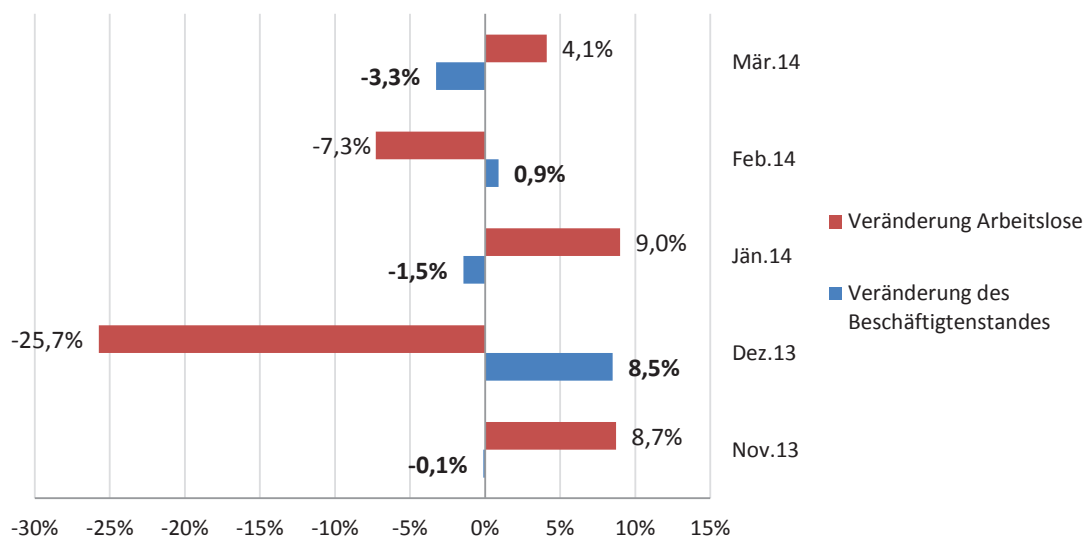
In keinem Bundesland ging die Arbeitslosigkeit zurück, der geringste Anstieg war noch im Burgenland mit einer Zunahme von 3,6% zu beobachten.

## Der Arbeitsmarkt in Tirol Quartal I 14 & IV 2013

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Okt.13	301.965	140.095	161.870	26.825	14.645	12.180	8,2%	9,5%	7,0%
Nov.13	301.605	140.739	160.866	29.164	15.532	13.632	8,8%	9,9%	7,8%
Dez.13	327.249	157.811	169.438	21.658	7.119	14.539	6,2%	4,3%	7,9%
Jän.14	322.500	156.201	166.299	23.608	7.292	16.316	6,8%	4,5%	8,9%
Feb.14	325.398	156.958	168.440	21.889	7.068	14.821	6,3%	4,3%	8,2%
Mär.14	314.761	149.225	165.536	22.787	9.948	12.839	6,6%	6,1%	7,1%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Nov.13	-0,1%	0,5%	-0,6%	8,7%	6,1%	11,9%	0,6	-0,4	-0,8
Dez.13	8,5%	12,1%	5,3%	-25,7%	-54,2%	6,7%	-2,6	-5,6	0,1
Jän.14	-1,5%	-1,0%	-1,9%	9,0%	2,4%	12,2%	0,6	0,2	1,0
Feb.14	0,9%	0,5%	1,3%	-7,3%	-3,1%	-9,2%	-0,5	-0,2	-0,7
Mär.14	-3,3%	-4,9%	-1,7%	4,1%	40,7%	-13,4%	0,3	1,8	-0,9

Q: AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten  
TIROL



Im Beschäftigungsstand und in der Zahl der Arbeitslosen machte sich der milde Winter und das wetterbedingte frühe Saisonende in der Tiroler Tourismuswirtschaft deutlich bemerkbar.

So sah der März eine deutliche Beschäftigungsabnahme gegenüber dem Februar von -3,3%. Die Beschäftigung der Frauen nahm um 4,9% ab, diejenige der Männer um 1,7%.

Gleichzeitig machte die Arbeitslosigkeit im März gegenüber dem Vormonat einen deutlichen Sprung nach oben. Die Zahl der Arbeit suchenden Frauen nahm um mehr als vierzig Prozent zu (+2880 Personen). Dagegen ging die Zahl der beschäftigungslosen Männer um 13,4% zurück.



## Beschäftigung in Tirol: Quartal I 14 & IV 13

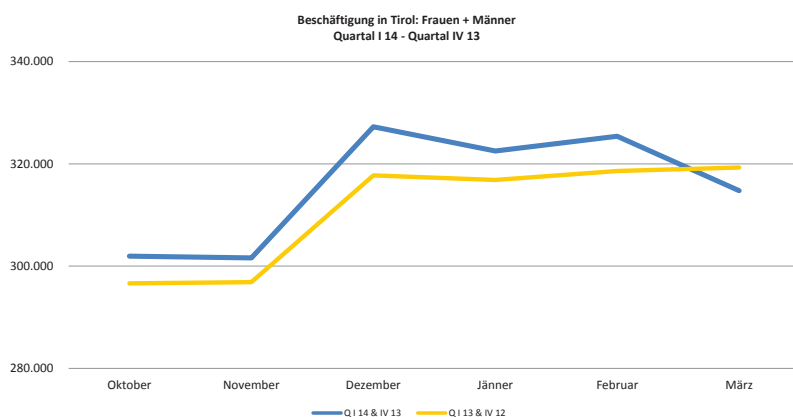
Beschäftigung in Tirol						
	ALLE	FRAUEN	MÄNNER	Alle-%*	Frauen-%*	Männer-%*
Okt.13	301.965	140.095	161.870	1,8%	2,3%	1,3%
Nov.13	301.605	140.739	160.866	1,6%	2,4%	0,9%
Dez.13	327.249	157.811	169.438	3,0%	3,5%	2,5%
Jän.14	322.500	156.201	166.299	1,8%	-4,9%	1,2%
Feb.14	325.398	156.958	168.440	2,1%	-5,1%	1,8%
Mär.14	314.761	149.225	165.536	-1,4%	-10,9%	-1,2%

\*Veränderung ggü. Jeweiligem Vorjahr

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

## Unselbständige Beschäftigte in Tirol

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q I 2014	Q I 2013	Veränderung %	absolut
Imst	26.308	26.178	0,5%	130
Innsbruck (inkl. IL)	122.976	121.327	1,4%	1.649
Kitzbühel	25.549	25.473	0,3%	76
Kufstein	43.833	43.375	1,1%	458
Landeck	21.663	21.593	0,3%	70
Lienz	18.018	18.067	-0,3%	-49
Reutte	13.259	13.259	0,0%	-1
Schwaz	37.140	36.902	0,6%	237
<b>Tirol</b>	<b>308.746</b>	<b>306.175</b>	<b>0,8%</b>	<b>2.571</b>



Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der Beschäftigten in Tirol in jedem Monat des letzten halben Jahres, mit Ausnahme des März, zu.

Das stärkste Beschäftigungswachstum sah der Dezember 2013 mit einem Plus von 3,0%. Die Frauenbeschäftigung stieg mit 3,5% um einen Prozentpunkt mehr als die der Männer (+2,5%).

Im Vergleich der Beschäftigungssituationen in den Tiroler Bezirken zeigte sich für Tirol eine durchschnittliche Beschäftigungssteigerung von 0,8%. Die kräftigste Steigerung war im Bezirk Innsbruck/ Innsbruck-Land mit 1,4% zu beobachten - in absoluten Zahlen waren fast zwei Drittel der Tiroler Beschäftigungszunahme in diesem Bezirk verortet. Einzig im Bezirk Lienz war ein Rückgang zu verzeichnen (-0,3%).

### Arbeitslosigkeit in Tirol - GESAMT

GESAMT		Vorjahr	ggü. Vorjahr
Quartal IV 2013	Okt.13	26.825	23.931
	Nov.13	29.164	26.597
	Dez.13	21.658	18.869
	Jän.14	23.608	20.721
Quartal I 2014	Feb.14	21.889	19.640
	Mär.14	22.787	17.857

Q: AMS

### Arbeitslosigkeit in Tirol - FRAUEN

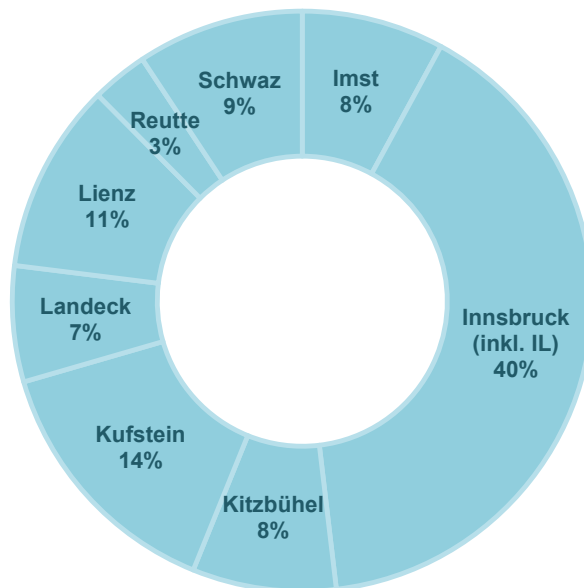
FRAUEN		Vorjahr	ggü. Vorjahr
Quartal IV 2013	Okt.13	14.645	13.380
	Nov.13	15.532	14.439
	Dez.13	7.119	5.975
	Jän.14	7.292	5.995
Quartal I 2014	Feb.14	7.068	5.895
	Mär.14	9.948	7.000

Q: AMS

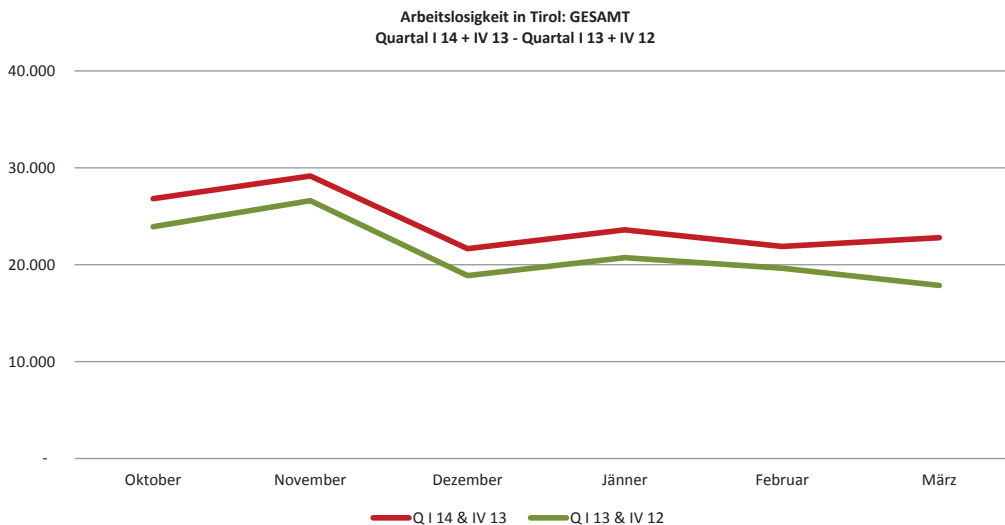
### Arbeitslosigkeit in Tirol - MÄNNER

MÄNNER		Vorjahr	ggü. Vorjahr
Quartal IV 2013	Okt.13	12.180	10.551
	Nov.13	13.632	12.158
	Dez.13	14.539	12.894
	Jän.14	16.316	14.726
Quartal I 2014	Feb.14	14.821	13.745
	Mär.14	12.839	10.857

Q: AMS



Anteile der Tiroler Bezirke an der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2014

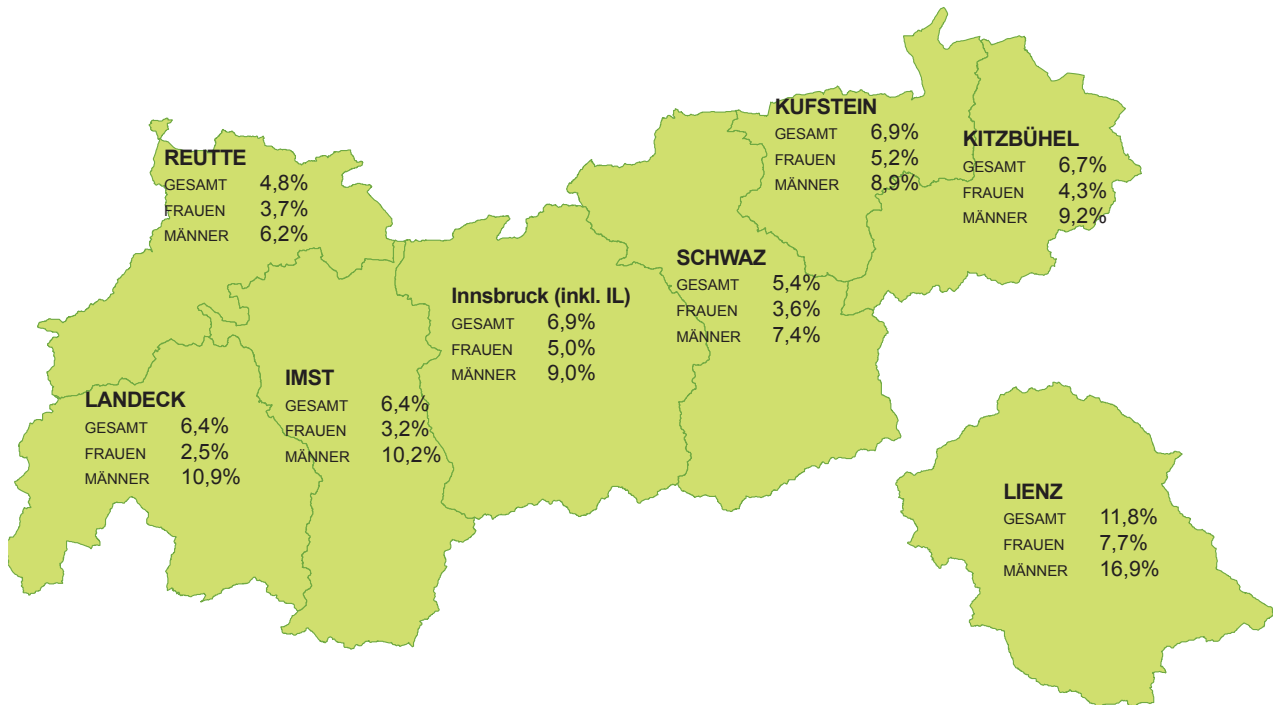


Die Arbeitslosigkeit in Tirol stieg in jedem Monat des vierten Quartals 2013 und des ersten Quartals 2014 gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat an.

Tourismus, in dem mehrheitlich Frauen beschäftigt sind. Die Arbeitslosigkeit der Männer stieg im Vergleich nicht einmal halb so stark an.

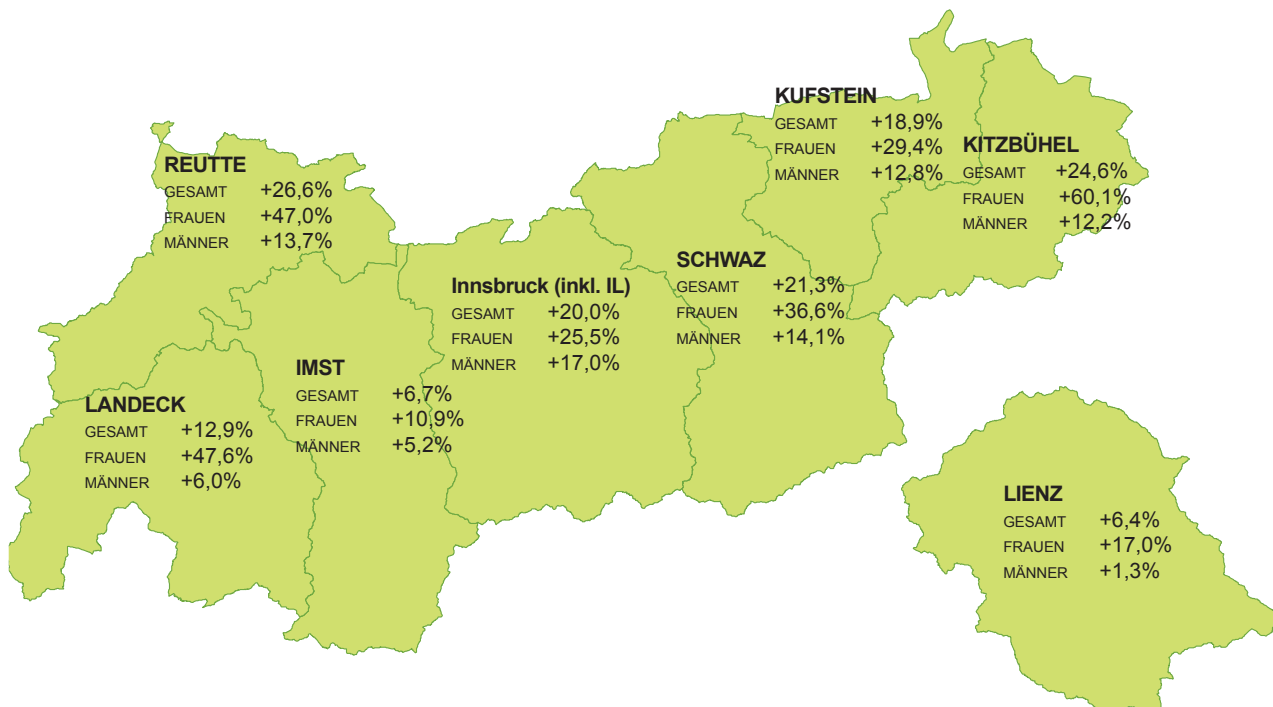
Die stärkste Steigerung gab es zum Ende des Zeitraums im März 2014 mit einer Zunahme von 27,6%. Verantwortlich dafür ist die besonders starke Zunahme der weiblichen Arbeitslosigkeit um über vierzig Prozent aufgrund des frühen Saisonendes im Tiroler

## Arbeitslosenraten Quartal I 2014



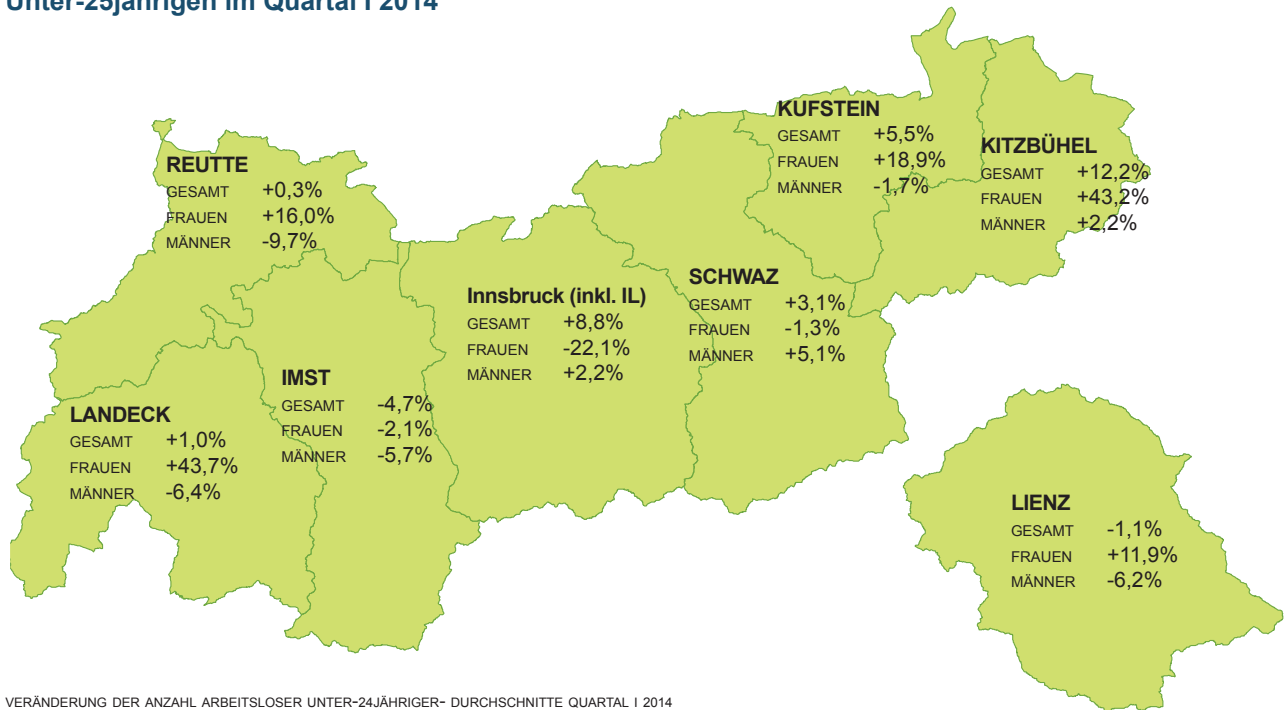
ARBEITSLOSENRATEN DER TIROLER BEZIRKE - DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2014  
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

## Veränderung der Anzahl der Arbeitslose Quartal I 2014



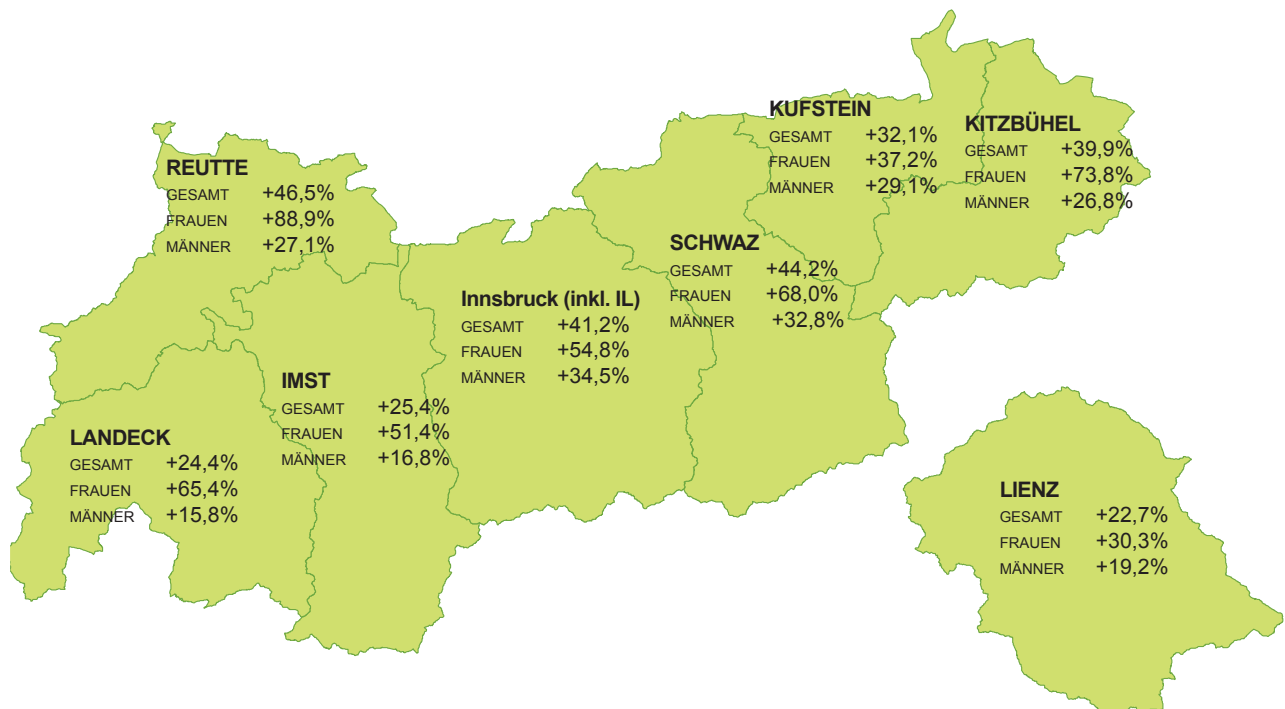
VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN GEGENÜBER DEM VORJAHR:  
QUARTAL I 2014  
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

## Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Unter-25jährigen im Quartal I 2014



VERÄNDERUNG DER ANZAHL ARBEITSLOSER UNTER-24JÄHRIGER- DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2014  
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

## Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Über-50jährigen im Quartal I 2014

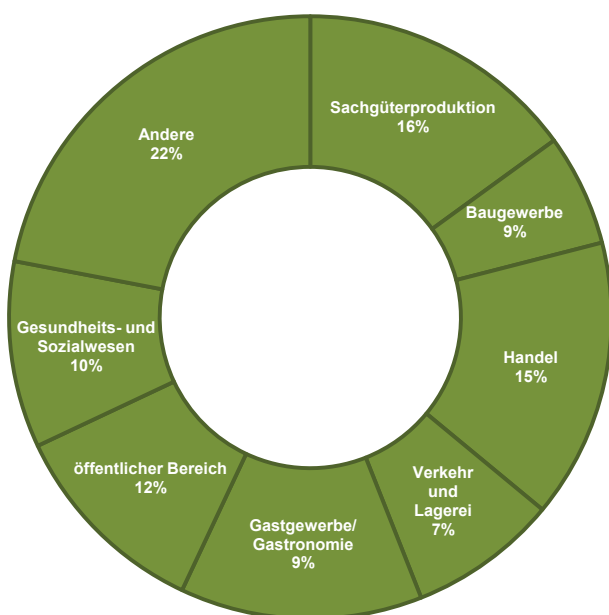


VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN ÜBER-50JÄHRIGEN - DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2014  
Q: AMS, BERECHNUNG DER AK

## Beschäftigte pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q I 2014	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	836	12,6%	93
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	369	5,4%	19
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	48.726	0,1%	48
Energieversorgung	2.760	2,9%	77
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1.179	4,4%	50
Baugewerbe / Bau	19.649	-0,3%	-51
Handel	47.938	0,5%	232
Verkehr und Lagerei	24.946	8,9%	2.034
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	42.676	-3,2%	-1.412
Information und Kommunikation	3.506	-0,1%	-3
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	8.701	-3,0%	-271
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.194	-5,0%	-116
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	10.728	-2,3%	-258
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11.238	3,9%	422
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	35.357	1,2%	427
Erziehung und Unterricht	10.463	1,5%	152
Gesundheits- und Sozialwesen	31.211	2,3%	696
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.712	2,9%	77
sonstigen Dienstleistungen	6.371	3,9%	238
Private Haushalte	267	-6,5%	-19
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	0
Wirtschaftsklasse unbekannt	9	-10,3%	-1
Präsenzdienstleistungen	1.086	39,1%	305
KBG- bzw. KRG- BezieherInnen	7.964	-1,1%	-87
<b>Insgesamt</b>	<b>320.886</b>	<b>0,8%</b>	<b>2.653</b>

Q: HV der Sozialversicherungen



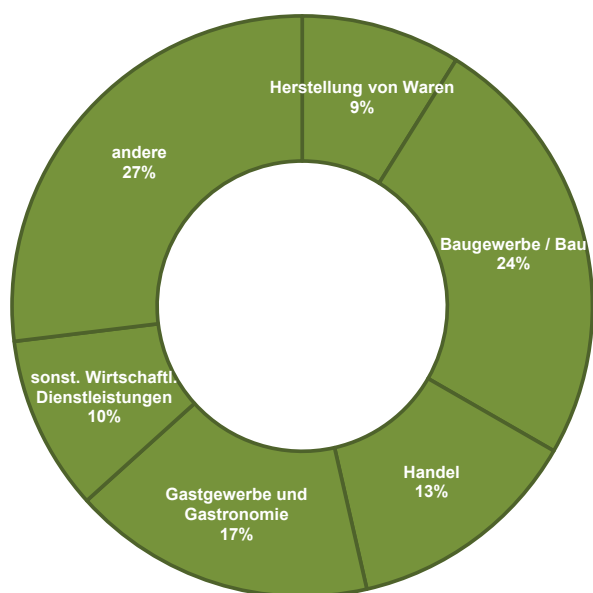
### Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Beschäftigten in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

\* öffentlicher Bereich = öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

## Arbeitslose pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q I 2014	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	140	-4,3%	- 6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	66	-15,3%	- 12
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	2.029	12,0%	217
Energieversorgung	35	5,0%	2
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	65	7,1%	4
Baugewerbe / Bau	5.570	0,5%	27
Handel	2.993	25,5%	608
Verkehr und Lagerei	1.229	13,2%	143
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	3.853	46,8%	1.228
Information und Kommunikation	147	16,4%	21
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	173	5,7%	9
Grundstücks- und Wohnungswesen	134	53,6%	47
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	500	6,7%	31
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2.225	16,3%	311
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	638	8,3%	49
Erziehung und Unterricht	423	56,2%	152
Gesundheits- und Sozialwesen	1.175	27,4%	252
Kunst, Unterhaltung und Erholung	285	6,6%	18
sonstigen Dienstleistungen	327	9,7%	29
Private Haushalte	17	21,4%	3
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-	-
sonstiges	738	43,0%	222
<b>Insgesamt</b>	<b>22.761</b>	<b>17,3%</b>	<b>3.355</b>

Q: AMS



**Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Arbeitslosen in Tirol (Quartalsdurchschnitt).**

*Wir sind für Sie da*



---

Impressum:  
Medieninhaber und Verleger:  
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol  
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck  
Verfasser: Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Tirol

**Arbeiterkammer Tirol**  
**Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck**  
**[www.ak-tirol.com](http://www.ak-tirol.com)**  
**[ak@tirol.com](mailto:ak@tirol.com)**

AK Tirol in den Bezirken:

**Imst**, Rathausstraße 1, 6460 Imst  
**Kitzbühel**, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel  
**Kufstein**, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein  
**Landeck**, Malsersstraße 11, 6500 Landeck  
**Lienz**, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz  
**Reutte**, Mühler Straße 22, 6600 Reutte  
**Schwaz**, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz  
**Telfs**, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

kostenlose AK-Servicenummer:  
**Tel.: 0800/ 22 55 22**